

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dietrich Staritz

Die SED, Stalin und die Gründung der DDR
Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs

Jochen Laufer

Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahl-
fälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR

Armin Mitter

Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR
Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit

Stefan Wolle

Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956
in der DDR

Christoph Kleßmann

Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR

B 5/91
25. Januar 1991

Dietrich Staritz, Dr. rer. pol., geb. 1934; Professor an der Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Sozialwissenschaften, Arbeitsbereich DDR-Geschichte.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus in einem halben Lande, Berlin 1976; (Hrsg.) Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980²; Die Gründung der DDR, München 1987²; Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt/M. 1989³.

Jochen Laufer, Dr. phil., geb. 1956 in Berlin; 1978–1983 Studium der Geschichte in Berlin; seit 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte (jetzt: Institut für deutsche Geschichte), Bereich DDR-Geschichte. Forschungsgebiete: Nachkriegsentwicklung, Alliiertes Kontrollrat, Reparationen. Dazu einzelne Veröffentlichungen 1990. Seit Juni 1990 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Aufdeckung der Strukturen und der Arbeitsweise des MfS.

Armin Mitter, Dr. phil., geb. 1953; Studium der Geschichte in Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Berlin.

Veröffentlichungen zur polnischen Geschichte vor 1914 und zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges.

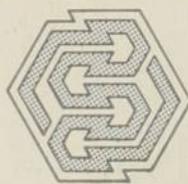
Stefan Wolle, Dr. phil., geb. 1950; Studium der Geschichte in Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften in Berlin.

Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte Rußlands und zu den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen im 18./19. Jahrhundert.

Stefan Wolle und Armin Mitter waren von Januar bis März 1990 Sachverständige am Zentralen Runden Tisch für das Schrifttum des MfS; danach bis 3. Oktober 1990 Mitarbeiter des Staatlichen Komitees für die Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS; sie gaben gemeinsam heraus: „Ich liebe euch doch alle . . .“. Befehle und Lageberichte des MfS (Januar–November 1989), Berlin 1990.

Christoph Kleßmann, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1986⁴; Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988; (Hrsg.) September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen, Göttingen 1989; (Hrsg.) Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die SED, Stalin und die Gründung der DDR

Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED)¹⁾

I. Vorbemerkungen

Daß sich die Sowjetunion seit dem Frühjahr 1948 in Deutschland auf eine neue Situation einzustellen begann, war allen Zeitgenossen im Westen und Osten bewußt. Die Ost-West-Spannungen, die ihren Ausdruck 1947 in der Truman-Doktrin, der Kompromißunfähigkeit der Außenminister in Moskau (April 1947) und schließlich in der Verkündung des Marshall-Planes (ERP) gefunden hatten, wurden durch die Bildung des Kominform im September 1947 noch verschärft und schlugen sich im Dezember 1947 im Scheitern auch des Londoner Außenministertreffens nieder. Der revolutionäre Staatsstreich in Prag (Februar 1948) und der Versuch, die jugoslawischen Kommunisten zu disziplinieren, verdeutlichten, daß die Sowjetunion nun daran ging, ihre osteuropäische Interessensphäre machtpolitisch abzusichern. Angesichts der Erfolge der chinesischen Kommunisten zeichnete sich mit dem Entstehen der Volksdemokratischen Republik in Nordkorea (Proklamation: 9. September 1948) auch in Asien die Ausweitung und Verfestigung des sowjetischen Einflusses ab. Im Westen gewann die Nato deutlichere Konturen, und sie wie das ERP schienen geeignet, dem amerikanisch-westeuropäischen Bündnis die erforderliche militärisch-ökonomische Basis zu geben.

Die deutsche Frage, bis dahin weder auf der sowjetischen noch der amerikanischen Agenda ein Problem von höchster Priorität, geriet in den Sog der Lagerbildung: Es entstand dringender Handlungsbedarf. Die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialordnungen, die sich in beiden Besatzungsgebieten seit 1945 herausgebildet hatten, drängten auf die Ausprägung entsprechender administrativer Strukturen, nach Formen einer Staatlichkeit, die geeignet war, die Integration der Teilgesellschaften

in die internationalen Blocksysteme zu erleichtern.

Diesem Ziel hatte der Westen mit der Londoner Sechsmächte-Konferenz (März—Juni 1948) näherzukommen versucht. Sie sollte die Modalitäten für eine sinnvolle Verteilung der ERP-Mittel verabreden, um so über die wirtschaftliche die politische Annäherung der westeuropäischen Staaten zu vertiefen. Zugleich hatte sie sich über Verfahren zu verständigen, mit denen die zur Trizone zusammengeschlossenen westlichen Besatzungszonen einerseits gemeinsamer europäischer Kontrolle unterstellt werden, andererseits Teilsouveränität im Rahmen eines westeuropäischen Bündnisses erlangen konnten.

Die Sowjetunion hatte bereits gegen die Konferenz protestiert und mit Folgen gedroht, da deren Intention darauf gerichtet sei, Fragen zu verhandeln, die „Deutschland als Ganzes“ betreffen, wozu gemäß alliierter Übereinkunft formal keine der Siegermächte ohne Beteiligung aller anderen berechtigt war. Am 20. März 1948 zog sie ihre Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurück, leitete die Blockierung der Zufahrtswege nach West-Berlin ein und sperrte sie schließlich ganz, nachdem in der Folge der Konferenz im Westen Deutschlands mit der Staatsbildung begonnen worden war und am 18. Juni die separate Währungsreform stattgefunden hatte.

Diese Zuspitzung der Lage, die quasimilitärische Konfrontation in Berlin, schien die in London im Grundsatz beschlossene Bildung des deutschen Weststaates als Reaktion auf die Drohung aus dem Osten zu rechtfertigen; sie erleichterte die Annahme der aus den „Londoner Empfehlungen“ hervorgegangenen „Frankfurter Dokumente“ durch die westdeutschen Ministerpräsidenten und gab auch der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 ein Maß an Legitimation, das ohne die Krise kaum hätte erreicht werden können.

¹⁾ Ich danke dem Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung für die Erlaubnis, Bestände des ZPA durchzusehen und die Dokumente zu veröffentlichen.

II. „Zwei Deutschlands“ oder eines?

Die Herausbildung dieser grob skizzierten Konstellation bildete den Hintergrund, vor dem die Führungen der SED und der KPdSU die Chancen und Risiken ihrer Deutschlandpolitik reflektierten. Sie waren herausgefordert, ihre Optionen klarer zu definieren und ihre Taktik auf sie zuzuschneiden. Nicht zufällig verbanden sich daher im Denken der deutschen wie der sowjetischen Kommunisten die Erwägungen über eine möglicherweise doppelstaatliche Zukunft Deutschlands mit denen über die künftige Struktur des politischen Systems in der SBZ und dem Nachdenken über die Rolle Ostdeutschlands im Entstehungsprozeß des „Lagers der Volksdemokratien“.

Von den Hoffnungen, die die deutschen Kommunisten unmittelbar nach Kriegsende geleitet hatten, war kaum etwas geblieben. Damals hatten sie gemeint, die von ihnen als „antifaschistisch-demokratisch“ charakterisierten Umwälzungen im Osten würden, weil von Mehrheiten in ganz Deutschland unterstützt, zu einer einheitlichen Entwicklung des Landes führen. Zwar hatte Stalin die engere KPD-Führung (Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka) bereits am 4. Juni 1945 vor Optimismus in den deutschen Dingen gewarnt, als er, wie Pieck notierte²⁾, eine eher düstere Prognose gab: „Perspektive — es wird zwei Deutschlands geben, trotz aller Einheit der Alliierten.“ Doch auch der Sowjet-Führer schien damals noch an die Kraft der deutschen Kommunisten zu glauben, denn als Mittel gegen die Teilung empfahl er (nach Piecks Kürzel-Mitschrift): „Einheit sichern durch einheitliche KPD, einheitliches ZK, einheitliche Partei der Werktätigen“ und skizzierte die dafür vermeintlich erfolgreiche Programmatik: „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, bürgerlich-demokratische Regierung, Macht der Rittergutsbesitzer brechen, Reste des Faschismus beseitigen“³⁾.

An der Jahreswende 1947/48 — angesichts der Bizone und ihres Wirtschaftsrates sowie der Diskussionen über eine westdeutsche Teilhabe am Marshall-Plan — hatte die SED-Spitze offenbar erkannt, daß dieser Weg zur Einheit wohl gescheitert war. Am Sylvesterabend, bei einer erneuten Begegnung mit Stalin in Moskau, regte Otto Grotewohl an, Schritte zur Bildung einer zentralen staatlichen Instanz in der SBZ zu überlegen, doch Stalin lehnte ab. Ein „Zonenorgan“, schrieb Pieck mit, solle erst gebildet werden, wenn gesamtdeutsche „Zentral-

verwaltungen nicht zustande (kommen)“. Sie („als vorübergehenden Zustand“) zu bilden, schien ihm leichter als eine deutsche Regierung, mit der es „bei Widerstand der Amerik(aner)“ schwer werden würde. Im übrigen sah er in einer einheitlichen Partei wohl noch immer die Klammer, die Deutschland zusammenhalten könne. Er diagnostizierte jedoch, daß die KPD im Westen „mit (dem) alten Programm der KPD . . . belastet“ sei („Angst vor Diktatur — Revolution“) und empfahl deshalb ein „neues Programm“⁴⁾.

Daß die seither heftige Polemik gegen Marshall-Plan und Westintegration⁵⁾ der eigenen Sache allerdings nicht voranhalf, mußte Pieck schon drei Monate später beim nächsten Moskau-Besuch den Sowjetführern Suslow, Mikojan und Merkulow⁶⁾ mitteilen. Er hatte im Gegenteil zu berichten, daß die Akzeptanz des ERP (in der damaligen KPD-Sprache ein Programm zur „Kolonisierung“ Westdeutschlands) dort erheblich sei und seine Befürworter „gewisse Erfolge“ erzielten bei ihren Versuchen, „die Massen von ihren Plänen abzulenken“. Dies wirke auch auf das Urteil über die SED zurück: „angeblich russ(ische) Staatspartei, für alles verantwortlich — totalitäre Bestrebungen usw.“. Die dagegen gerichteten Anstrengungen seien „wenig wirksam“. Ob auf die von Pieck angesprochene „Zerreißen Deutschlands“, die mit der Bildung des westdeutschen Staates kommen werde, mit einem ostdeutschen Staat zu antworten sei, wurde offenbar nicht diskutiert. Sicher wäre dazu auch Stalins Anwesenheit erforderlich gewesen. Doch durchaus im Sinne Stalins war die parteipolitische Konsequenz, die der SED-Vorsitzende aus der deutschen Lage zog: Stärkung der westdeutschen Parteileitung („auf Illegalität vorbereiten, illeg[alen] Apparat aufbauen“) auf der einen und politisch-ideologische Festigung der SED auf der anderen Seite („obwohl noch viele pol-[itische] Unklarheiten — so daß sogar Hetze der Gegner Schwankungen hervorrufen“) ⁷⁾.

⁴⁾ Vgl. Besprechung Freitag, 31. Januar 1947, in Moskau, 9–12 Uhr abends, in: IfGA ZPA, NL 36/694, S. 3 ff.

⁵⁾ Vgl. Dietrich Staritz/Arnold Sywottek, The International Political Situation as seen by the German Linksparteien (SPD, SED and KPD) between 1945 and 1949, in: Josef Becker/Franz Knipping (Hrsg.), Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950, Berlin–New York 1986, S. 213 ff.

⁶⁾ W. D. Merkulow, Generaloberst der sowjetischen Staatssicherheit, enger Mitarbeiter von Stalin und Berija, zusammen mit Berija 1953 hingerichtet.

⁷⁾ Interner Bericht Wilhelm Piecks in Moskau am 26. März 1948, in: IfGA ZPA, NL 36/695, S. 2 ff.

²⁾ IfGA ZPA, NL 36 (Wilhelm Pieck)/629, Bl. 62.

³⁾ Ebda.

III. Die SBZ auf dem Wege zur Volksdemokratie?

Deutlicher als Pieck thematisierte den Zusammenhang von Partei und deutscher Frage Anfang Mai 1948 Generalmajor Sergej Tjulpanow, der Chef der Informationsverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). In einem 26-Seiten-Memorandum⁸⁾, das — so im Text — an die „Leiter der Partei“ adressiert war und Pieck offenbar am 8. Mai, dem dritten Jahrestag der Befreiung, erreichte, hielt er nach kurzem Lob und vor längerer Kritik an der SED ihre künftigen Aufgaben fest: „. . . die Veränderungen in der politischen und — man könnte auch sagen — in der staatlichen Situation der Sowjetzone diktieren eine drastische Hebung des Niveaus der organisatorischen und ideologischen Arbeit der Partei — einen Wechsel im Stil der Parteiführung“. Die neue Lage skizzierte er so:

„1. Faktisch ist eine Aufteilung Deutschlands in zwei Teile, welche sich nach verschiedenen Gesetzen entwickeln, zustande gekommen. 2. Die Entwicklung der sowjetischen Zone ist eine Entwicklung nach dem Typ der neuen Demokratien. 3. An der Macht in der sowjetischen Zone steht die Partei der Arbeiter und Bauern. 4. Die Funktionen der Staatsmacht ändern sich grundsätzlich. Das vergesellschaftete Eigentum, die Planierung, die Teilnahme der Massen an dem wirtschaftlichen Leben stellen die Partei vor neue Aufgaben und legen ihr neue Funktionen auf.“

Dem folgte die Aufforderung, die SED in eine Partei neuen Typus umzuwandeln. Zwar verzichtete Tjulpanow auf diesen Begriff; was er im einzelnen anregte (Parteischulung, Durchsetzung des Marxismus-Leninismus, „organisatorische Festigung“, Bildung eines Parteiaktivs, konkretere Anleitung der Massenorganisationen), verwies aber auf dieses Ziel und ebenso auf dessen Dringlichkeit, denn die Partei befinde sich „an der Grenze zweier Welten, dort, wo die Welt des Kapitalismus auf die Welt des Sozialismus trifft. Deswegen sind ihr auch große verantwortliche Aufgaben auferlegt.“

In dieser Sicht war die SBZ sowohl theoretisch — Entwicklung nach dem (osteuropäischen) Typ der „neuen Demokratie“ — wie politisch-pragmatisch („Welt des Sozialismus“) Element der sowjetischen Lagergemeinschaft und spielte in ihr nicht nur als Grenzland eine herausragende Rolle. Auch ihrem politischen System kam erhebliche Bedeutung zu, denn, so hob Tjulpanow hervor, die SED sei „die erste Partei in Europa, die auf Grund der Vereinigung der ehemaligen Sozialdemokratischen und der ehemaligen Kommunistischen Partei geschaffen wurde“. Sie sei deshalb „zum Beispiel für eine ganze Reihe anderer Länder des Ostens und Südostens Europas geworden“.

Obleich im September 1947 bei der Bildung des Kominform nicht berücksichtigt und von den osteuropäischen Kommunisten als deutsche Partei kaum geliebt, schienen ihr nun besondere Aufgaben zuzuwachsen — zumal angesichts des Scheiterns der Hoffnungen der Sowjetunion, ihre Sicherheits- und Wiedergutmachungsinteressen gegenüber ganz Deutschland durchsetzen zu können. Auf der Tagesordnung standen damit die Integration in den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang der KP-dominierten osteuropäischen Länder, die Partei neuen Typus und schließlich die Staatsgründung.

Dies waren denn auch die Themen, über die die SED-Führung während der kommenden Monate debattierte, zuweilen auch kontrovers, weil immer stärker unter dem Eindruck von zwei Prozessen, die ihre politische Existenz gefährden mochten: die Staatsgründung im Westen mit ihrer nationalen Sog- und die Dissidenz der jugoslawischen Kommunisten im Osten mit ihrer blockpolitischen Sprengkraft. Beides unterstrich, zusammen mit der Berlin-Blockade, die Notwendigkeit schneller und eindeutiger Entscheidungen. Doch insbesondere das Konzept für eine tragfähige Deutschlandpolitik hing von der Sowjetunion ab.

IV. „Ohne jeden Rückhalt nach dem Osten“?

Die Sowjetunion wollte sich jedoch noch nicht festlegen. Zwar hielten die SMAD-Chefs die SED-Führer über das weltpolitische Geschehen auf dem laufenden, diskutierten mit Pieck am 5. Juni die Londoner Beschlüsse und die anstehende Währungsreform⁹⁾ sowie am 26. Juni die möglichen

Formen einer eventuellen Oststaatsgründung¹⁰⁾, konkrete Schritte aber wurden nicht verabredet. Am 30. Juni schließlich zeigte die SED selbst Flagge. Auf einer Sitzung des Parteivorstandes, die zum Beginn der Wirtschaftsplanung (Zweijahresplan 1949/50) und zur Notwendigkeit, eine „Partei neuen Typs“ zu werden, Stellung nahm, umriß

⁸⁾ Ohne Titel, handschriftlicher Eintrag Piecks (S. 1) 8. Mai 1948 Tjulpanow (so schrieb Pieck den Namen bis Ende 1948), in: IfGA ZPA, NL 36/735, Bl. 54 ff.

⁹⁾ Vgl. IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 99.

¹⁰⁾ Vgl. Pieck-Notiz: „Ob Regierung in Ostzone (Vorl. Wirtsch. Kommiss.); Volksrat, Nationalvers. Außenabteilungen, Missionen, Visen“, ebda., Bl. 109.

Otto Grotewohl die Lage und zog aus ihr die Konsequenz:

„Die Spaltung Deutschlands muß uns vor die klare Beantwortung der Frage stellen, auf welcher Seite der Platz der sowjetischen Besatzungszone für die nächsten Jahre ist. Wir kommen um die Frage nicht mehr herum. Die Spaltung Deutschlands läßt kein Streben für die sowjetische Besatzungszone zu, etwa das Wohlwollen der westlichen Besatzungsmächte irgendwie zu erringen, dafür ist jetzt kein Platz mehr. Wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die phantasievollen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien durchführbar sind, die immer davon reden, wir müssen uns als eine Brücke zwischen Ost und West ansehen, dann ließe eine solche Kompromißlösung bestenfalls für uns die Ausrichtung auf den Kapitalismus zu und bestenfalls die Wiedererrichtung einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik . . . Das aber, Genossen, ist kein politisches Ziel, das wir im Auge haben. Das wollen wir nicht. Also ergibt sich aus der durch London geschaffenen Situation die klare Beantwortung unserer Frage so, daß die Ausrichtung unserer Partei bei der Durchführung dieses Wirtschaftsplanes sich eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren hat. Davon bleibt unsere Forderung nach der Einheit Deutschlands unberührt . . . Die Entwicklung, die sich in den Ländern der Volksdemokratien gezeigt hat, ist die einzige Entwicklungsmöglichkeit, die uns im Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsplan in unserer Zone geblieben ist und die wir als marxistisch-leninistische Partei klar erkennen müssen, um klare Schlußfolgerungen für die Politik, die wir in den nächsten zwei Jahren neben diesem Wirtschaftsplan betreiben müssen, zu ziehen.“¹¹⁾

Die Nähe der SBZ zu den Volksdemokratien wurde in den folgenden Wochen auch von der Parteipropaganda unterstrichen; und im September 1948 machte Walter Ulbricht intern, wenn auch knapp und ohne die staatspolitische Konsequenz zu benennen, deutlich, was die SED gesellschaftspolitisch anstrebte: „Unsere Aufgabe ist es . . . den Weg der völligen Beseitigung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente sowohl auf dem Lande wie in den Städten zu beschreiten. Diese Aufgabe ist, kurz gesagt, die des sozialistischen Aufbaus.“¹²⁾

¹¹⁾ Zit. nach: Neues Deutschland vom 1. Juli 1948; vgl. auch Tägliche Rundschau vom 2. Juli 1948 sowie: Zur Vorbereitung der Parteikonferenz der SED vom 4. bis 6. Dezember 1948 in Berlin, hrsg. vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, o. O. o. J., S. 33 ff.

¹²⁾ Zit. nach: Stenographische Niederschrift über die 13. (27.) Tagung des Parteivorstandes der S . . . E . . . D . . . am 15./16. September 1948 im „Zentralhaus der Einheit“ in Berlin, in: IfGA ZPA, IV 2/1/26, Bl. 43. Auf dieser Tagung stand die Kominform-Resolution gegen die jugoslawische KP im Zentrum, wurde die Orientierung der SED am sowjeti-

Am 16. Oktober erfuhren die SED-Spitzen von den Führungsoffizieren der SMAD, daß Stalin sie (Pieck, Grotewohl und Ulbricht) demnächst in Moskau empfangen wolle und dazu einen Bericht zur aktuellen Situation erwarte, nach Piecks Notizen u. a. mit Informationen über die „Lage in Berlin“ und Vorschlägen dazu, „wann Wahlen in (der) Zone, wann (der) Parteitag (der) SED“ stattfinden sollen¹³⁾. 14 Tage später machte der SMAD-Chef Marshall W. D. Sokolowski Grotewohl und Pieck deutlich, daß nun auch in Moskau an entscheidende Weichenstellungen gedacht werde. Pieck vermerkte unter dem Stichwort „Perspektive“: „Entwicklung der mil(itärischen) Lage – Westmächte-Weststaat“ und unter dem Rubrum „Sowj(etische) Zone“: „Selbständigkeit, Regierung-Parlament, Rolle der Partei“. Zugleich wurde mitgeteilt, der Moskau-Besuch werde Ende November stattfinden und für ihn sei bis Mitte November ein „Dokument“ vorzubereiten¹⁴⁾.

Die Reise verzögerte sich. Die Geladenen sowie Fred Oelbner, der wiederum als Dolmetscher fungierte, trafen am 15. Dezember in Moskau ein und sahen Stalin erst am 18. Die von ihnen mitgebrachte Situations-Analyse¹⁵⁾ umriß die Schwierigkeiten ihrer Politik und zog aus ihnen (vielleicht von Sokolowski so beraten) den Schluß, den erreichten Entwicklungsstand besser noch nicht „volksdemokratisch“ zu nennen, sondern vorerst als „höhere demokratische Ordnung“ zu charakterisieren, jedoch die Volksdemokratie – den Sozialismus also – als nächstes Etappenziel anzuvisieren und dazu die „führende Rolle der Partei“ auszubauen. Mit Blick auf den deutschen Westen versprach man, die KPD zur „Verstärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands, gegen die Kolonisierung Westdeutschlands“ anzuhalten, die Bildung oppositioneller „Diskussionsgruppen“ in der SPD „mit dem Ziel der Abspaltung von der Schumacher-Partei“ zu betreiben sowie den eigenen Einfluß in den Gewerkschaften zu intensivieren. Mit Blick auf den deutschen Osten hieß es:

schen Weg zum Sozialismus unterstrichen und die von Ackermann 1946 im Auftrage der KPD-Führung niedergeschriebenen Überlegungen über einen „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus verworfen.

¹³⁾ Zit. nach Besprechungen am 16. Oktober 1948, um 6 Uhr abends mit G(eneral) L(eutnant) Ruskich (G. A. Ruskich war zwischen 1948 und 1949 als Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Angelegenheiten in Deutschland), G(eneral) M(ajor) Russow (Chef der Politischen Verwaltung der SMAD), Semjonow (pol. Berater des SMAD-Chefs), Tjulpanow, in: IfGA ZPA, NL 36/735, Bl. 150 ff.

¹⁴⁾ Zit. nach: Besprechung beim Marschall am 30. Oktober 1948 (zugegen waren) Semjonow, Kusnezow (Vorname und Funktion unbekannt), Ruskich, Tjulpanow, Grotewohl, Pieck, in: ebda., Bl. 154 ff.

¹⁵⁾ Antwort auf die Fragen zur Besprechung am 18. Dezember 1948, in: IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 48 ff.

„Wenn die Regierungsbildung im Westen erfolgt, sind in der Ostzone folgende Maßnahmen notwendig: 1.) Zusammenfassung der bestehenden Organe: Deutsche Wirtschaftskommission, Deutsche Verwaltung des Innern, Zentralverwaltung für Justiz und Zentralverwaltung für Volksbildung zu einer ‚Deutschen Regierung für die sowjetische Besatzungszone‘. 2.) Ausbau des Plenums der DWK zu einer ‚Volkskammer für die sowjetische Besatzungszone‘. 3.) Schaffung eines ‚Verwaltungsgesetzes für die sowjetische Besatzungszone‘ . . .“

Von einer Deutschen Demokratischen Republik war mithin noch nicht die Rede – im Rückblick überraschend, denn immerhin hatte die SED schon im November 1946 für eine solche einen Verfassungsentwurf vorgelegt, und über diesen diskutierte der Verfassungsausschuß des Volksrates bereits seit Mitte 1948. Auch in Piecks Notizen für seine mündlichen Erläuterungen des Positionspapiers taucht der Begriff nicht auf. Das offenbar in Moskau vorgelegte „Verwaltungsgesetz“¹⁶⁾ charakterisierte er als eine „Art Verfassung“, die „gegen (das) Besatzungsstatut im Westen“ gestellt werden solle. Auch über die notwendigen Wahlen hatte sich die SED bereits Gedanken gemacht. Auf Piecks Spickzettel

V. „Zickzack – opportunistische Politik zum Sozialismus“

Stalins Antworten¹⁸⁾ waren zumeist befriedigend. Er sagte zu, die KPD-Arbeit durch Westmark-Beträge zu unterstützen, kritisierte jedoch, daß beim Versuch einer Einflußnahme im Westen der „Kampf zu offen“ geführt werde, riet, sich zu „maskieren“, „einfache Leute in (die) SPD (zu) schicken“ und die „Verbindung (der KPD) mit (der) SED offiziell (zu) lösen“¹⁹⁾. Auch beim Vorantreiben des gesellschaftlichen Umbaus in der SBZ mahnte er Vorsicht an. Schließlich gebe es „noch keine Volksdemokratie“, für weitere Enteignungen sei es daher „noch zu früh“, man solle „nicht gegen Gruppen von Besitzern vorgehen, nur gegen einzelne, wenn diese Sabotage“ betrieben, kurzum: „nicht direkte Eingriffe, sondern Zickzack – opportunistische Politik zum Sozialismus“, denn in der Sowjetzone sei die „Lage nicht gleich wie (in den) V(olks)D(emokratien)“; es existiere „noch kein einheitl(icher) Staat. Notwendig sei eine „vor-

stand: „Frage – wann pol(itische) Wahlen in Ostzone, – Blockliste – Herbst 1949 oder Frühjahr 50, ob vorher Enteignung der Betriebe über 50 Beschäftigte, Entwicklung der Blockarbeit, Rechten Flügel geschlagen“.

Insbesondere zur künftigen Entwicklung der SED war Stalins Rat gefragt. Angesichts der bevorstehenden 1. Parteikonferenz¹⁷⁾ mußten sowohl programmatische wie organisatorische Entscheidungen getroffen werden. Im Zentrum der Programmatik hatte nach SED-Sicht der Weg zur „breitesten nationalen Front“ zu stehen, im Mittelpunkt der organisatorischen Anstrengungen die Straffung der Parteiführung nach sowjetischem Muster (Politbüro, kleines Sekretariat, Parteikontrollkommission). Ein weiteres Ziel hieß nach Piecks Vortrags-Memo: „Parität überwinden – mit fortschreitender ideologischer Einheit“, also die Aufkündigung jenes Funktionsbesetzungsverfahrens, das bei der Fusion von KPD und SPD verabredet worden war. Und schließlich erkundigte er sich nach den Chancen für eine stärkere internationale Anerkennung und blockpolitische Aufwertung seiner Partei: „Frage – ob Aufnahme in Informbüro“ (Kominform).

sichtige Politik“. Das jedenfalls hielt Pieck fest, und auch daß Stalin die deutschen Genossen wiederholt mit den „Teutonen“ verglich, die trotz ihres Mutes den Römern wegen ihrer falschen Taktik schließlich doch unterlagen²⁰⁾.

Der Straffung der SED-Führung stimmte er zu und regte an, auf der Parteikonferenz die Umstrukturierung der SED in eine „Partei neuen Typus“ zu beschließen. Eine „Prov(isorische) deutsche Regierung“ im Osten könne erst dann gebildet werden, „wenn im Westen Reg(ierung) im Febr(uar)März“. Gewählt werden solle sie von einer „deutschen Volkskammer“; allgemeine Wahlen seien nicht vor

²⁰⁾ Vgl. Anm. 15, Bl. 43; s. auch W. Pieck in der Sekretariatsitzung (Sitzung des SED-Zentralsekretariats) am 27. Dezember 1948, Bericht über die Besprechung am 18. Dezember 1948, in: Anm. 15, Bl. 64 ff. Vgl. auch Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt/M. 1985, S. 22. Nach dem Bericht eines ehemals hohen SED-Funktionärs erfuhr dieser von einem sowjetischen Mittelsmann den folgenden Wortlaut der damaligen Kritik Stalins: „Ihr deutschen Kommunisten seid wie Eure Vorfahren, die Teutonen. Ihr kämpft immer mit offenem Visier. Das ist vielleicht mutig, aber oft sehr dumm. Man diskutiert bei Euch unter den unerhört schwierigen Verhältnissen . . . über eine volksdemokratische Ordnung, diskutiert über Diktatur des Proletariats oder bürgerlich-demokratische Ordnung. Die Diskussion ist äußerst dumm und schädlich. Man muß sie beenden. Die Analyse, was für eine Ordnung in Deutschland war, kann man hinterher machen, wenn man in Deutschland gesiegt hat, jetzt soll man besser arbeiten.“

¹⁶⁾ In den wenigen der von mir durchgesehenen Bestände fand sich dieser Text nicht.

¹⁷⁾ Sie war zunächst für Ende November 1948 einberufen worden, dann auf den 4. Dezember 1948 vertagt, später für den 14. Januar 1949 angesetzt und schließlich auf den 25. Januar 1949 terminiert worden.

¹⁸⁾ Vgl. Ergebnis der vierstündigen Besprechungen am 18. Dezember 1948, in: Anm. 15, Bl. 42 ff.

¹⁹⁾ Am 3. Januar 1949 beschloß der Parteivorstand der KPD die „organisatorische Trennung“ von der SED und zog die KPD-Mitglieder aus dem SED-Vorstand zurück.

dem „Frühjahr 1950“ zu veranstalten. Mit Blick auf das parteipolitische Kräfteverhältnis in Ostdeutschland empfahl er die „Entwicklung der Blockarbeit in (der) Ostzone“; und Pieck hielt fest, wie das gemeint war: „rechten Flügel in bürgerl(ichen) Parteien schlagen — fortschrittl(iche) Kräfte stärken — so daß einheitl(iche) Blockliste zur Wahl“²¹). Dies alles entsprach durchaus den Zielen der SED-Führung. Sie hatte sich allerdings ein höheres

Tempo gewünscht und zudem die förmliche Einbindung ihrer Partei wie ihres werdenden Staates in den Kominform-Kontext. Doch auch dies wurde den „Teutonen“ verweigert. Aus Moskau zurück, mußte Pieck vor dem Zentralsekretariat berichten: „Die Aufnahme in das Informbüro wurde noch nicht als genügend reif betrachtet“ — von einem „Antrag“ sei deshalb abzusehen²²).

VI. Von der Nationalen Front zur DDR

Ob zwischen diesem Besuch und der Konsultation vor der DDR-Gründung andere Parteiführer in Moskau direkten Rat einzuholen suchten, war bislang nicht zu rekonstruieren. Sicher ist nur, daß Wilhelm Pieck Anfang Mai 1949 — während eines Kuraufenthaltes in der Sowjetunion — um ein Gespräch mit Molotow nachsuchte, in dem er — wie er zur Vorbereitung festhielt — über die neue Lage sprechen wollte, die mit der am 6. Mai 1949 angekündigten Aufhebung der Berlin-Blockade eintreten könne, sowie über den zu erwartenden Ausgang der für den 23. Mai angesetzten Pariser Außenminister-Konferenz. Er sah offenbar sowohl die Möglichkeit einer „Wiederaufnahme der Arbeit des Kontrollrats“ als auch Chancen für eine neue Entwicklung der „Deutschlandfrage“: „kein Weststaat — keine Westregierung, sonst d(eu)tsch(e) Regierung durch Volksrat“, und er fragte sich, „ob Wahlen“²³). Aber Molotow antwortete nicht; und auch dies mag als Indiz für die sowjetische Haltung gelten, erst dann staatspolitisch aktiv zu werden, wenn im Westen Deutschlands eine endgültige Entscheidung absehbar war, sich aber jétzt auf die nationale Agitation zu konzentrieren.

Hierfür war sowjetische Hilfe leicht zu haben. Bereits im Juni 1948 hatte Semjonow die SED-Führung aufgefordert, sich über das Konzept für eine Nationale Front, für eine auf die staatliche Einheit Deutschlands zielende militante Massenbewegung, Gedanken zu machen, für diese ein „Manifest“ zu entwerfen, das in den Westzonen alle, auch „ehem(alige) Nazis“ und „ehem(alige) Militär(s)“ ansprechen sollte, und sie zu einer „Kampfformation“²⁴) zu machen — für die „Stärkung des nationalen Befreiungskampfes“. An diesen Gedanken erinnerte er erneut am 6. Mai 1949. Eben aus der Sowjetunion zurückgekehrt, übermittelte er Otto Grotewohl Stalins Verlangen, diesen Ansatz nun

intensiv zu verfolgen und damit über das Konzept des eher appellativ agierenden Volkskongresses hinauszugehen (Pieck-Notiz: „St. notwendig Schritt weiter als Volkskongreß“). Doch weder bei der CDU und LDP noch in der eigenen Partei fand die Nationale Front die rechte Resonanz. Am 23. Mai hielt Pieck fest: „Schaffung der nat(ionalen) Front — aber nicht vorbereitet, was soll das sein? Agitation — Organisation . . . Losung bedenklich — Nazi-Parole nach außen, evtl. nat(ionale) Einheitsfront — nach innen“²⁵); und am 28. Mai — einen Tag vor der konstituierenden Sitzung des 3. Deutschen Volkskongresses, der die nationale Front ausrufen sollte — notierte er: „Widerstand bürgerl. Parteien gegen Schaffung der Nat. Front“²⁶).

Doch der Volkskongreß trat dennoch zusammen, bestätigte die DDR-Verfassung, die bereits am 19. März vom 1948 gebildeten Volksrat angenommen worden war und wählte einen neuen Volksrat. Der 3. Volkskongreß war aus den ersten Einheitslistenwahlen (15./16. Mai 1949) hervorgegangen, bei denen die Entscheidung über die Kandidaten mit dem auf die Wahlscheine gedruckten Bekenntnis verbunden werden sollte: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste . . .“ Trotz Manipulationen (vgl. den Beitrag von Jochen Laufer in diesem Heft) hatten nur 66,1 Prozent der Stimmen als Ja-Voten ausgewiesen werden können. Auch angesichts dieser Lage war es schwer, das Gremium mit dem Plan für eine „Kampfformation“ zu konfrontieren. Man beließ es bei einem Manifest, das alle „nationalgesinnten“ Kräfte aufrief, eine „nationale Front für Einheit und gerechten Frieden“ zu bilden²⁷).

Wann sich in der Sowjetunion die Erwartung verlor, mit Hilfe einer patriotischen Bewegung in Deutschland die Gründung der Bundesrepublik

²¹) Vgl. W. Pieck in der Sekretariatssitzung am 27. Dezember 1948, Anm. 15, Bl. 68.

²²) Anm. 15, Bl. 71.

²³) Vgl. Notizen zum Brief Wilhelm Piecks an Genossen Molotow sowie Disposition zur vorgesehenen Besprechung beim Genossen Molotow, ebda., Bl. 81 ff.

²⁴) Vgl. IfGA ZPA, NL 36/735, Bl. 106 ff.

²⁵) IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 86; s. auch die Protokolle der SED-Parteivorstandssitzung vom 27. Mai, 20./21. Juli, 23./24. August und 4. Oktober 1949, in: IfGA ZPA, IV 2/1 33—36.

²⁶) IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 86.

²⁷) Vgl. D. Staritz (Anm. 20), S. 24 ff.

und ihre politisch-militärische Integration in das westliche Bündnissystem tatsächlich verhindern zu können, ist bislang ungewiß. Sicher aber trug der Ausgang der Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag (9. August 1949) dazu bei, sie erheblich zu dämpfen. Die KPD, die als einzige Partei an der Nationalen Front gekämpft hatte, erzielte mit 5,7 Prozent der Stimmen allenfalls einen Achtungserfolg; es gewannen jene Parteien – voran die CDU/CSU –, die eindeutig für die Westintegration standen. Wahrscheinlich bot dies den Anlaß, erneut eine SED-Delegation nach Moskau zu bitten. Es reisten Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner. Am 17. September trafen sie mit den sowjetischen Politbüro-Mitgliedern Malenkow, Berija, Bulganin, Molotow, Mikojan und Kaganowitsch zusammen. Anwesend waren zudem der seit Ende März 1949 amtierende SMAD-Chef Tschuikow, sein politischer Berater Semjonow, der Leiter der Auslandsabteilung des sowjetischen ZK, Gregorian, sowie dessen für Deutschland und Österreich zuständiger Vertreter Smirnow²⁸⁾.

Der Besprechung lagen schriftliche Informationen der SED über Wirtschaftsfragen und Probleme der Partei zugrunde. Ihre wesentlichen Aussagen wurden in einem Brief an Stalin zusammengefaßt (Dokument 1)²⁹⁾, mit dessen Präsenz die Gäste wohl gerechnet hatten, der aber fehlte. Pieck, offenbar schon krank in der Sowjetunion angekommen, verfertigte anscheinend keines seiner sonst üblichen Kürzel-Protokolle. Überliefert ist eine maschinenschriftliche Fassung seiner Ausführungen bei der Präsentation der SED-Papiere (vgl. Dokument 2)³⁰⁾, und mit dem von Pieck mit „Von M.“ gekennzeichneten Text (vgl. Dokument 3)³¹⁾ liegt die sowjetische Antwort auf die Fragen und Bitten der SED vor. „M“ mag für Molotow oder Malenkow stehen. Dieser Text wurde der SED-Delegation – nach Piecks späteren Notizen – wahr-

scheinlich am 27. September überreicht³²⁾. Am 28. flog die Delegation zurück, noch am gleichen Tag traf sich in Ostberlin das Politbüro und anschließend sah Pieck Semjonow³³⁾.

Am 4. Oktober unterbreitete das Politbüro seine in der Sowjetunion formulierten „Vorschläge“ dem Parteivorstand unter dem Tagesordnungspunkt 2 „Staatliche Maßnahmen“. Über die Entstehung des Szenarios teilte es nichts mit. Der Parteivorstand akzeptierte die leicht veränderte Ministerliste und die Gründungsprozedur³⁴⁾. PV-Mitglied Gerhart Eisler, schon vor der DDR-Gründung für die Massenmedien verantwortlich und seit je zur Emphase neigend, regte zur Umrahmung der Staatsgründung „große Demonstrationen“ und „gewaltige Kundgebungen“ an. Eisler: „So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar . . . auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen.“³⁵⁾

Das leuchtete allen ein; die „Manifestationen“ fanden statt, die größte – mit Fackelzug – am 11. Oktober in Ostberlin, nach der Wahl des Staatspräsidenten (Wilhelm Pieck) durch die Volks- und Länderkammer. Ihr Organisator war Erich Honeker. Seither wurde das Spektakel an jedem runden Republik-Geburtstag wiederholt, das letzte Mal am 40., am 7. Oktober 1989.

³²⁾ Vielleicht verzögerte sich die Übergabe, weil Pieck vom 18. bis zum 26. September mit rheumatischen Rückenschmerzen und einer Gürtelrose darniederlag. In seinen Notizen (Anm. 28) heißt es: „27. 9. Besprechung im Politbüro des ZK – Antwort.“ Möglich ist aber auch, daß Stalin diese Zeit für die Entscheidung brauchte.

³³⁾ Vgl. IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 103 f. Die Moskautreise der SED-Spitze im September 1949 wurde in der DDR erstmals 1975 erwähnt. Vgl. Gerhard Roßmann, Die brüderlichen Beziehungen zur Partei und zum Lande Lenins, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1975) 2, S. 210–231. Roßmann teilte mit, was aus den hier vorgelegten Papieren nicht hervorgeht: „Gleichzeitig erfolgte ein Meinungsaustausch über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den volksdemokratischen Ländern . . .“ (S. 222) – über die weitere Ostintegration der DDR also.

³⁴⁾ Hierzu wie über die Verhandlungen im Block erscheint in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte (Heft 1/1991) eine von Siegfried Suckut edierte Dokumentation.

³⁵⁾ Zit. nach: Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des Parteivorstandes der S . . . E . . . D . . . am 4. Oktober 1949, 11.00 Uhr, im „Zentralhaus der Einheit“, in: IfGA ZPA, IV 2/1/36, Bl. 38.

²⁸⁾ Vgl. Piecks Rekonstruktion der Reise, in: IfGA ZPA, NL 36/395, Bl. 103.

²⁹⁾ Signatur: IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 117–121. Der Brief trägt das Datum vom 19. September. Es ist daher anzunehmen, daß er erst nach dem Gespräch vom 17. geschrieben wurde. Die von Pieck (vgl. Dok. 2) genannten Ausarbeitungen wurden noch nicht aufgefunden.

³⁰⁾ Signatur: IfGA ZPA, NL 36/695, Bl. 108–116.

³¹⁾ Signatur: IfGA ZPA, NL 36/735, Bl. 339–342.

Dokument 1
„Wir bitten um Ihre Meinung . . .“
Brief der SED-Führung an J. W. Stalin

Lieber Genosse Stalin!

Nachstehend legen wir dem Zentral-Komitee der KPdSU(B) in Kürze die Fragen zur Überprüfung vor, über die wir die notwendigen Entschlüsse zu fassen bitten.

1. *EntschlieÙung über die Schaffung der Nationalen Front und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*

Wir bitten um Ihre Meinung, ob die EntschlieÙung grundsätzlich richtig ist, über die 22 Forderungen, die die Grundlage der Nationalen Front bilden sollen, und über die in der EntschlieÙung entwickelte Taktik zur Durchführung der Nationalen Front. Wir sind der Meinung, daß die in der Volkskongreß-Bewegung geschaffenen Volksausschüsse durch die Politik der Nationalen Front und die Gewinnung breiter nationalbewußter Kreise sich allmählich zu Ausschüssen der Nationalen Front umwandeln sollen. Ferner sollen in Westdeutschland und West-Berlin breitere Arbeitskreise gebildet werden, aus denen Ausschüsse der Nationalen Front entwickelt werden sollen.

2. *Bildung einer provisorischen deutschen Regierung in der sowjetischen Besatzungszone*

Die Regierung soll in der ersten Hälfte des Oktobers innerhalb einer Woche gebildet werden, indem der jetzt bestehende Volksrat sich zur *provisorischen Volkskammer* umbildet und der schon beschlossenen *Verfassung* Gesetzeskraft verleiht, eine *Länderkammer* der 5 Länder aus 35 Vertretern beschließt und in einer gemeinsamen Tagung der Volkskammer und der Länderkammer den Präsidenten der Republik wählt. Den Ministerpräsidenten stellt nach der Verfassung die stärkste Fraktion, das ist die SED. Dieser stellt der Volkskammer die provisorische Regierung vor und gibt die Regierungserklärung ab.

Die Regierungserklärung soll u. a. folgende Punkte enthalten:

1. Die Potsdamer Beschlüsse sahen nur eine *vorübergehende* Besetzung Deutschlands vor. Durch das Besatzungsstatut der Westmächte wird die *berechtigte* Okkupation in eine *unberechtigte* bewaffnete Intervention in Westdeutschland auf unbegrenzte Zeit verwandelt.

2. Eine Anerkennung der Westregierung soll nicht ausgesprochen werden. Die Regierung lehnt alle für Deutschland oder einzelne Teile getroffenen Maßnahmen ab, die gegen die Potsdamer Beschlüsse oder die gesamtdeutschen Interessen

verstoßen. Die Regierung ist dagegen bereit, alle Maßnahmen zu entwickeln und zu fördern, die im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen und der Entwicklung zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands stehen.

3. Die Regierung wird sich darum bemühen, daß die Sowjetische Militäradministration in Deutschland umgewandelt wird in eine Sowjetische Kontrollkommission mit der Übergabe der Verwaltung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Für die Zusammensetzung der Regierung sollen von der SED Verhandlungen mit den anderen 4 Parteien geführt werden. Die Regierung soll aus 18 Mitgliedern bestehen, dem Ministerpräsidenten und 3 Stellvertretern sowie 14 Ministern. Davon sollen die SED 8 und die übrigen Parteien 10 Minister bekommen. Der Präsident der Republik soll der SED angehören. Dafür wird Wilhelm Pieck vorgeschlagen. Ministerpräsident soll Otto Grotewohl werden, seine Stellvertreter Walter Ulbricht, Otto Nuschke (CDU) und Hermann Kastner (LDP). Die übrigen Mitglieder sind aus der beigefügten Liste ersichtlich³⁶⁾.

Die Volkskammer soll beschließen, daß allgemeine Wahlen für die endgültige Volkskammer stattfinden werden. Über den Termin der Wahlen soll später entschieden werden, und dieser Termin soll auch für die Wahlen zu den Landtagen, den Kreis- und Gemeindevertretungen gelten. Wir wollen versuchen, für die Wahlen Einheitslisten mit den anderen Parteien aufzustellen.

Wir bitten um Ihre Meinung über den Termin und die Prozedur der Regierungsbildung und über die Zusammensetzung der Regierung.

3. *Die Aufgaben der Partei in Westdeutschland*

Allgemein soll der Kampf gegen die Maßnahmen der Westmächte, für die Einheit Deutschlands und den Friedensvertrag verstärkt weitergeführt werden. Die Westregierung ist als Organ der Westmächte zu entlarven. Die Aufklärung über die Sowjetunion ist zu verstärken.

Die Hauptaufgabe der SED besteht darin, die KPD noch stärker zu unterstützen in ihrer Arbeit zur Herstellung der Kampfgemeinschaft mit den Gewerkschaftlern und den sozialdemokratischen Arbeitern sowie zur Bildung der Nationalen Front. Dazu ist es erforderlich, die beim Politbüro gebildete

³⁶⁾ Sie war in diesem Teil des Pieck-Nachlasses nicht auffindbar.

Westkommission³⁷⁾ sowohl in ihrer Zusammensetzung wie in ihrer Arbeit zu verstärken.

4. Wirtschaftsfragen

Die Hauptaufgabe auf wirtschaftlichem Gebiet besteht darin, den Zweijahresplan bis Juli 1950 zu erfüllen (mit Ausnahme von Stahl und Walzwerks-Erzeugnissen). Dadurch treten die Rohstoffschwierigkeiten stärker in Erscheinung. Die Grundfragen zur Lösung dieser Aufgaben sind die Verbesserung der Qualität der Produkte und die Steigerung des Exports. Diese Fragen stehen im Zusammenhang mit der Regierungsbildung, den Wahlen im Herbst 1950 und der zu schaffenden Wahlplattform.

Darum bitten wir Sie um die Entscheidung folgender wirtschaftlicher Fragen:

1. Erhöhung der Lieferung von Walzwerks-Erzeugnissen aus der Sowjetunion im Jahre 1949 auf 200 000 Tonnen.

2. Volle Lieferung der im Plan für 1949 vorgesehenen 13 000 Tonnen Baumwolle. Erhöhung der Lieferung für 1950 in dem Maße, daß die gesamte Baumwoll-Einfuhr 1950 auf 30 000 Tonnen kommt.

3. Lieferung von 1 000 schweren Lastkraftwagen (Fünftonner).

4. Um die Erhöhung der Lebensmittelrationen ab 1. Januar 1950 durchführen zu können, bitten wir um a) 230 000 Tonnen Brotgetreide und noch 150 000 Tonnen Brotgetreide für die Reserve b) 20 000 Tonnen Fett für die Versorgung und für die Reserve.

5. Damit wir die notwendigen Rohstoffe aus den volksdemokratischen Ländern beziehen können, benötigen wir hochwertige Qualitätswaren für den Export. Wir bitten, uns für diesen Zweck bestimmte Warenmengen aus der Produktion der Sowjetischen Aktiengesellschaften zur Verfügung zu stellen.

6. Wir bitten um Änderung des Vertrages zwischen Exportlion³⁸⁾ und der deutschen Hauptverwaltung Außenhandel betreffend den Verkauf der Perlonproduktion aus Volkseigenen Betrieben an Exportlion. Wir bitten um Ihre Zustimmung, daß mit Ausnahme der für die Produktion von Kord für die Sowjetunion bestimmten Perlonmenge, die Hauptmenge des Perlons in Deutschland selbst für den deutschen Export verarbeitet wird.

Es ist die Frage zu prüfen, ob der Export der Sowjetischen Aktiengesellschaften, mit Ausnahme

bestimmter Produkte, in den allgemeinen Exportplan der Zone eingeschlossen werden kann.

5. Parteifragen der SED

a) Der Termin für den nächsten Parteitag hängt mit dem Termin der Wahlen zusammen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn der Herbst 1950 als Wahltermin vorgesehen wird, vorher zur Festlegung des Wahlprogramms der Parteitag einberufen werden soll.

b) Dem Parteitag sollen die Richtlinien für den Fünfjahrplan vorgelegt werden. Wir bitten um Ihre Ansicht, ob wir Ende 1949 mit den Vorarbeiten zur Ausarbeitung des Fünfjahresplanes beginnen sollen.

c) Wir bitten um Ihre Meinung zu unserem Vorschlag, vor dem Parteitag eine Überprüfung der Mitgliedsbücher durchzuführen.

d) Zur ideologischen und politischen Erziehung der Partei bitten wir um Ihre Erlaubnis, Ihre Gesamtwerte in deutscher Sprache herausgeben zu dürfen.

6. Verschiedene Fragen

a) Ehemalige Nazis

Wir bitten um Ihre Meinung zu unserem Vorschlag, Personen, denen durch Beschluß der Entnazifizierungskommission oder durch Urteile von Strafkammern auf Grund der Befehle Nr. 24 oder 38³⁹⁾ das aktive und passive Wahlrecht entzogen wurde, das aktive und passive Wahlrecht wiederzugeben. Diese Personen können entsprechend ihren Eignungen einen Beruf ausüben (Ausnahmen: Polizei, Verwaltung des Innern, Brandschutz und Justiz).

b) Finanzfragen

1. Für die finanzielle Unterstützung der KPD im Westen sind monatlich 320 000 DM-West erforderlich. Von Genossen Tschuikow werden nur 250 000 DM-West zur Verfügung gestellt. Außerdem benötigt die KPD eine einmalige Zuwendung von 500 000 DM-West zur Bezahlung von Schulden an Druckereien usw.

2. Zur Unterstützung der Rundfunk-Propaganda nach dem Westen sind zur Aufrechterhaltung des Korrespondenten-Netzes im Westen bis Ende 1949 130 000 DM-West und für das Jahr 1950 320 000 DM-West erforderlich.

c) Rückkehr der Kriegsgefangenen

Da die provisorische Regierung in ihrer Erklärung zur Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen

³⁷⁾ Sie wurde von Franz Dahlem geleitet.

³⁸⁾ Sowjetische Außenhandelsgesellschaft für Flachs, Garne, Fasern, Baumwolle etc. (Diesen Hinweis verdanke ich Jan Foitzik.)

³⁹⁾ Gemeint sind die Kontrollrats-Direktiven Nr. 24 vom 12. Januar 1946 und 38 vom 12. Oktober 1946, in denen die Bestrafung (Festnahme etc.) von Kriegsverbrechern und NS-Aktivisten geregelt wurde.

Stellung nehmen muß, bitten wir erklären zu dürfen, daß bis Ende 1949 alle Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion entlassen werden.

d) Auflösung der Straflager

Wir halten es für zweckmäßig, die bestehenden Straflager⁴⁰⁾ in der Ostzone aufzulösen, die von

den Sowjetorganen abgeurteilten Verbrecher nach der Sowjetunion zu transportieren und die übrigen den deutschen Organen zu übergeben.

den 19. September 1949

Dokument 2⁴¹⁾ Wilhelm Pieck: Zur Einleitung der Besprechung

Wir danken dem Genossen St. für die Berufung zu dieser Besprechung einiger Fragen, die für uns von großer Bedeutung sind. Aber zuvor danken wir dem Genossen St. für die große materielle Hilfe, die er uns durch die Sowjetregierung und die Militärverwaltung in so großzügiger Weise im Laufe dieses Jahres wieder hat zuteil werden lassen . . . Nun zu den Fragen, bei denen wir Ihren Rat erbiten. [1. Entschließung zur Nat(ionalen) Front, 2. Regierungsbildung in der sowj(etischen) Bes(atzungs)zone, 3. Einschätzung der Lage in Deutschland u(nd) Wahlen, 4. Wirtschaftsplan für 1950, 5. Lage in der Partei – Termin des nächsten Parteitages.]

Wir haben eine Vorlage über die Lage und die Aufgaben der Partei unterbreitet, in der die Lage im Westen, in Berlin und in der Ostzone dargelegt wird. Die Lage wird in allen drei Zonen beherrscht durch die Maßnahmen, die von den drei westlichen Besatzungsmächten im Westen Deutschlands und in Berlin zur Zerreißung Deutschlands und zur Kolonisierung des ihnen unterstehenden Teiles Deutschlands ergriffen werden. Zum Betrüge der Volksmassen wird mit der Bildung einer Westregierung der Anschein erweckt, als ob es sich hier um eine demokratische deutsche Einrichtung handelt. Bei diesem Betrüge werden die Westmächte durch die ihnen hörigen Führer der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie unterstützt. [Dazu tragen auch die *Illusionen* bei, die in den Massen durch die vollen Schaufenster u(nd) Versprechungen erzeugt werden, als ob sich daraus Verbesserungen ergeben.]

⁴⁰⁾ Im September 1949 existierten auf dem Gebiet der SBZ noch drei der ursprünglich elf sowjetischen Lager mit ca. 30 000 Insassen. Insgesamt hatten die sowjetischen Staatssicherheitsbehörden (nach eigenen Angaben) zwischen 1945 und 1950 122 671 Deutsche interniert, von denen 42 889 starben. Für genauere Informationen s. die auf Anregung des damaligen DDR-Innenministers Diestel Ende Juli 1990 angefertigte „Denkschrift des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der UdSSR zu den Sonderlagern in der ehemaligen SBZ“, in: Neues Deutschland vom 27. Juli 1990.

⁴¹⁾ Eindeutig zuzuordnende handschriftliche Zusätze Piecks wurden in eckige Klammern gesetzt, Abkürzungen in runden Klammern ergänzt und Auslassungen durch . . . gekennzeichnet.

Die am 14. August durchgeführten Wahlen für den sogenannten Bundestag zeigen, daß ihnen dieser Massenbetrug gelungen ist. . . Wenn man die Stimmen der Sozialdemokratie noch den bürgerlichen Stimmen hinzurechnet, da doch die Sozialdemokratie die gleiche Politik für die koloniale Versklavung des deutschen Volkes unterstützte, so steht fest, daß die gewaltige Mehrheit der Wähler sich für diese Parteien entschieden hat, und damit den Westmächten die Möglichkeit gibt zu erklären, daß ihre Politik die Zustimmung der Volksmassen gefunden habe . . . Gegenüber den früheren Landtagswahlen verlor die KPD 530 000 Stimmen, während sie gegenüber den Kreistagswahlen von 1948 350 000 Stimmen gewann, aber infolge der höheren Wahlbeteiligung im prozentualen Anteil von 5,8 auf 5,6 Prozent zurückging . . . Alle Parteien betrieben in ihrer Wahlagitation eine infame Hetze gegen die KPD, gegen die Entwicklung in der Ostzone und gegen die Sowjetunion, von der behauptet wurde, daß sie den Frieden und die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes bedrohe, also gerade das, was in Wirklichkeit von den Westmächten geschieht . . .

Um den Widerstand und den Kampf gegen diese Politik der Westmächte zu verbreitern und zu vertiefen, ist der Vorschlag auf Schaffung der Nationalen Front entstanden, für den wir die Anregung vom Genossen St. erhielten. Wir fanden mit diesem Vorschlag zunächst kein richtiges Verständnis bei den bürgerlichen Parteien, mit denen wir im Block und im Volksrat zusammenarbeiten . . . Aber schließlich ist es doch auf dem III. Volkskongreß am 29./30. Mai 1949 gelungen, eine Einmütigkeit für die Nationale Front herbeizuführen, allerdings unter dem Kompromiß, daß von der Erweiterung der Nationalen Front gesprochen wurde. Aber später verschwand dieser Begriff immer mehr, und es blieb bei der Schaffung der Nationalen Front. Wir haben in längeren Beratungen und unter besonderer Mitwirkung des Genossen Semenow einen Entwurf einer Entschließung über die Nationale Front und die Sozialistische Einheitspartei ausgearbeitet, der die Grundlage für die Propaganda der Nationalen Front bilden soll . . . Wir erbitten also die Meinung des Genossen St. zu diesem Entwurf . . .

Die Entwicklung der Lage im Westen zeigt, daß die westlichen Besatzungsmächte unter der Führung der Amerikaner auf eine Kolonisierung des Westens hinarbeiten und durch die Einbeziehung in den Nordatlantikkpakt und durch das Besatzungsstatut ihre unumschränkte Macht über die westliche Bevölkerung aufrichten. Die jetzt geschaffene Westregierung ist nichts anderes als ein Werkzeug in den Händen der Besatzungsmächte, um ihnen die Durchführung ihrer Politik zu erleichtern . . .

Aus dieser Situation heraus ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, in der Sowjetischen Besatzungszone mit der Bildung einer deutschen Regierung vorzugehen, zu deren Legitimation als deutsche Regierung wir uns ebenso wie bei dem Volksrat darauf berufen können, daß sie auf dem Potsdamer Abkommen beruht und für die Einheit Deutschlands, den Friedensvertrag und die nationale Selbständigkeit eintritt. Aus unserer Kampagne zur Entlarvung der Westregierung als Organ der Westmächte muß aus dem Volke heraus die Forderung nach einer deutschen Regierung erwachsen. Wir bitten deshalb um den Rat des Genossen St., wie wir bei der Bildung der deutschen Regierung vorgehen sollen.

Es wird notwendig sein, daß die Bildung der Regierung möglichst kurzfristig herbeigeführt wird, damit nicht vom Westen her oder auch aus dem reaktionären Flügel der bürgerlichen Parteien Störungsmanöver unternommen werden. Wir haben einen solchen Plan, daß die Regierung aus 18 Mitgliedern bestehen soll, wovon 8 von der SED und die übrigen 10 von den anderen Parteien besetzt werden . . .

Die Frage der Wahlen spielt bei der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien eine nicht unwichtige Rolle. Die Legislaturperiode der am 20. Oktober 1946 gewählten Landtage läuft mit diesem Termin in diesem Jahre ab. Schon im Vorjahre wurde die Wahlperiode der Gemeindevertretungen und Kreistage um ein Jahr verlängert mit der Begründung, die Wahlen gemeinsam mit den Landtagswahlen durchzuführen. Die bürgerlichen Parteien berufen sich also darauf, daß in diesem Herbst die Wahlen stattfinden müssen. Zum Teil wurde von ihren Vertretern erklärt, daß bei den Wahlen die Kräfte zwischen den Parteien gemessen werden sollen . . . Aber die gegenwärtige Lage ist nicht günstig für die Durchführung von Wahlen. Es muß die demokratische Ordnung unserer Zone noch mehr verstärkt, und die wirtschaftlichen Verbesserungen auf Grund der Durchführung des Wirtschaftsplanes müssen noch gesteigert werden. Wir wollen deshalb den bürgerlichen Parteien den Vorschlag machen, in den 5 Landtagen zu beschließen, daß die Legislaturperiode bis zu einem Jahr verlängert wird, und daß im nächsten Frühjahr über die Festsetzung des Wahltermins

beraten und beschlossen werden soll. Es wurde im Block schon beschlossen, daß die Wahlen zu gegebener Zeit stattfinden sollen. Wann also das sein wird, das wird besser im nächsten Frühjahr festzustellen sein, nachdem die weitere Entwicklung im Westen Deutschlands klar ergeben hat, daß dort die Lage sich fortgesetzt verschlechtert, im Gegensatz zu dem Vormarsch in der Ostzone . . .

Es wird große Schwierigkeiten machen, die bürgerlichen Parteien für diese Vorschläge auf Verschiebung der Wahlen zu gewinnen, aber wir müssen es erreichen. [Besonders wird das unter Hinweis auf die *Wahlen für die Volkskammer* möglich sein, für die doch erst eine Zeit der Arbeit der Provisorischen Regierung erforderlich ist.] Hinzu kommt noch, daß wir die bürgerlichen Parteien für die Aufstellung von Einheitslisten zu gewinnen haben, wie das bei der Wahl zum III. Volkskongreß der Fall war. Wir hatten uns vorher über den Proporz der einzelnen Parteien verständigt. Aber es hat schon dabei sehr ernste Widerstände in den Parteien gegeben, worauf auch ein großer Teil der Nein-Stimmen zurückgeführt wird . . .

Wie sich die [wirtschaftliche] Lage im nächsten Jahre gestalten soll, dafür haben wir ein Material [über den Wirtschaftsplan 1950] vorgelegt, aus dem ersichtlich ist, daß wir im nächsten Jahre in der Industrie den Produktionsstand vom Jahre 1936 erreichen wollen und auch die Aussichten dafür bestehen. Natürlich wird das nur mit einer entsprechenden Unterstützung durch die Sowjetunion bei der Belieferung mit Rohstoffen möglich sein. Sehr viel schwieriger steht es mit der Ernährungsfrage, bei der wir sogar infolge der mangelnden Kartoffelernte die in diesem Frühjahr vorgenommene Freigabe des Kartoffelverkaufs wieder aufheben müssen. Unser Plan ist, im Jahre 1950 die Rationierung vollständig aufzuheben, aber dazu bedarf es der Schaffung von Getreidereserven . . .

Dann gibt es noch eine Parteifrage über den Termin des nächsten Parteitages. Es hängt das mit der Festsetzung der Wahlen zusammen. Der Parteitag müßte vor den Wahlen stattfinden, um das Wahlprogramm der Partei zu beschließen. Werden also die Wahlen bis zum Herbst verschoben, vielleicht auf den Oktober, so müßte der Parteitag Anfang oder Mitte September stattfinden . . .

Über die Lage in der KPD ist einiges in der Vorlage über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Partei gesagt. Es bestehen sehr große Schwächen in der KPD, und das in der Partei [noch] vorherrschende Sektierertum gegenüber der Nationalen Front und gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitermassen ist zum Teil die Erklärung für das schlechte Wahlergebnis . . .

Auch in Berlin ist die Lage der SED sehr schwierig. Durch die Aufspaltung Berlins in die vier Sektoren und die Doppelwährung verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung in den Westsektoren zusehends, aber es wird ihr von den Westmächten und den Spalterpolitikern eingeredet, die Schuld dafür [läge] bei der SED und der Sowjetischen Militärverwaltung. Die Westmächte, besonders die Amerikaner, organisieren Gruppen für Spionage und Sabotage, bilden trotzkistische Gruppen, die zusammen mit den Schumacher-Gruppen Zersetzungsversuche in der SED unternehmen . . .

Die Parteientwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone ist wesentlich günstiger, wenn auch hier noch mancherlei Schwächen vorhanden sind. Auch hier macht sich das Sektierertum gegenüber unserer nationalen Politik sehr bemerkbar, und es wird noch einer sehr gründlichen Schulungsarbeit bedürfen, um die Partei auf das erforderliche [ideologische] Niveau zu bringen . . . Auch die Entwicklung der beiden neuen [am 16. 6. 48 gebildeten] Parteien ist sehr ungenügend. So zählt die National-Demokratische-Partei nur 19 458 Mitglieder in 706 Ortsgruppen. Die Demokratische-Bauern-Partei hat 33 989 Mitglieder in 2 145 Ortsgruppen. Es ist klar, daß sich diese beiden Parteien erst durch

ihre Teilnahme an den Wahlen und ihre Vertretung im Parlament entwickeln werden.

Ich habe noch [zwei] Fragen, die in der Hetze unserer Gegner eine Rolle spielen. Das ist [erstens] die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Es wäre dringend notwendig, daß bis zum Jahresschluß die Rückkehr abgeschlossen sein könnte. Auch die Korrespondenz der Kriegsgefangenen mit ihren Angehörigen müßte in breiterem Ausmaß ermöglicht werden. Es kommen immer wieder darüber Klagen zu uns. Auch wenn einzelne Kriegsgefangene nicht mehr am Leben sind, sollte den Angehörigen eine Mitteilung gemacht werden. [Zweitens die Verhaftungen durch den sowj(etischen) Sicherheitsdienst ohne unsere Inf(ormation) u(nd) keine Korrespondenz der Verhafteten . . ., Schwierigkeiten bei Wahlen, Bemühungen (?) um Freilassung, besser an d(eu)tsch(e) Volkspolizei übergeben.]

Damit möchte ich meine einleitenden Bemerkungen zu den von uns gestellten Fragen beenden. Es werden noch der Genosse Grotewohl zu den Regierungsfragen und der Genosse Ulbricht zu den Wirtschaftsfragen [Volkspolizei und Partei] Ausführungen machen.

Dokument 3: [von M.] Die sowjetische Antwort: Es wird zugestimmt . . .“

Vorschläge des Politbüros an den PV zur Bildung einer Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

1. *Parteivorstandssitzung*, die den Plan zur Bildung einer Provisorischen Regierung beschließt und dem Politbüro die Vollmacht erteilt, mit den anderen Parteien Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung zu führen.

2. *Besprechung* mit den Vorsitzenden der vier anderen Parteien und des FDGB über den Plan der Regierungsbildung, Einberufung der Blocksitzung und des Präsidiums des Volksrats.

3. *Gemeinsame Sitzung* des Demokratischen Blocks und des Präsidiums des Deutschen Volksrats zur Entgegennahme einer Erklärung über die Lage, über die Bildung einer Provisorischen Regierung und Beschluß auf Einberufung des Volksrats.

4. *Volksratstagung* mit folgender Tagesordnung: 1. Erklärung des Vorsitzenden zur Lage, 2. Beschluß: Der Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer, 3. Beschluß: Der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wird Rechtskraft verliehen, 4. Wahl des Präsidenten der Provisorischen Volkskammer sowie seiner Stellvertreter und der Beisitzer, 5. Beschluß auf Bildung der Länderkammer entsprechend den in der Verfassung

enthaltenen Bestimmungen. Die Landtage müssen sofort zu Außerordentlichen Tagungen zusammentreten, um die den Ländern zustehenden Vertreter zu wählen: (Sachsen 12, Sachsen-Anhalt 8, Thüringen 6, Brandenburg 5, Mecklenburg 4, verteilt nach der Stärke der Fraktionen) Berlin soll 5 Vertreter als Beobachter entsenden, 6. Beschluß auf Einberufung einer gemeinsamen Tagung der Volkskammer und Länderkammer zur Wahl des Präsidenten der Republik.

5. *Erweiterte Parteivorstandssitzung* durch Hinzuziehung von je einem Vertreter der Kreise. Stellungnahme zum Ergebnis der Verhandlungen über die Regierungsbildung.

6. *Gemeinsame Tagung* der Volkskammer und Länderkammer zur Wahl des Präsidenten der Republik.

7. *Zusammentritt der Volkskammer* mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidiums (Präsident, Stellvertreter, Beisitzer), 2. Bekanntgabe der Zusammensetzung der Regierung durch den Ministerpräsidenten, der von der stärksten Fraktion gestellt wird, 3. Bekanntgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten, 4. Stellung-

nahme der Volkskammer zur Zusammensetzung der Regierung und zur Regierungserklärung durch ein Vertrauensvotum, 5. Vereidigung der Regierungsmitglieder durch den Präsidenten der Republik, 6. Wahl der Ausschüsse, 7. Beschluß, die Provisorische Volkskammer durch eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Ständige Volkskammer zu ersetzen entsprechend Artikel 51 der Verfassung. Es ist bei der Wahl zur Ständigen Volkskammer die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten der SED mit den anderen Parteien anzustreben (Aufbaublock). Als Termin für die Wahlen soll der Herbst 1950 in Aussicht genommen werden.

8. Zusammensetzung der Prov. Regierung (18 Mitglieder)

Präsident der Republik Wilhelm Pieck (SED),
Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED),
Stellv. Min. Präsident Walter Ulbricht (SED),
Stellv. Min. Präsident Otto Nuschke (CDU),
Stellv. Min. Präsident Hermann Kastner (LDP),
Min. f. Inneres Karl Steinhoff (SED),
Min. f. Wirtschaftsplanung Heinrich Rau (SED),
Min. f. Industrie Fritz Selbmann (SED),
Min. f. Außenhandel u. Materialversorgung Georg Handke (SED),
Min. f. Volksbildung Paul Wandel (SED),
Min. f. Justiz Max Fechner (SED),
Min. f. Handel u. Versorg. Luitpold Steidle (CDU)⁴²⁾,
Min. f. Post Reinhold Lobedanz (CDU),
Min. f. Finanzen Hans Loch (LDP),
Min. f. Aufbau Karl Hamann (LDP),
Min. f. Außenpolitik Lothar Bolz (NDP),
Min. f. Landwirtschaft Herbert Hofmann (DBP),
Min. f. Verkehr H. Reingruber (ptls),
Staatssekretär Fritz Geyer (SED),
Präs. Oberstes Gericht Eugen Schiffer (LDP),
Oberster Staatsanwalt Ernst Melsheimer (SED),
Präs. der Volkskammer Jonny Löhr (NDP),
Präs. der Länderkammer Otto Buchwitz (SED),

Kommissionen beim Min. Präs.:

Kontrollkommission Vors. Fritz Lange (SED),
Verw. f. Information Vors. Gerhart Eisler (SED),
Verw. f. Reparation Vors. (Bernd) Weinberger (SED) . . .

⁴²⁾ Die Verhandlungen über die Regierungsbildung brachten einige Veränderungen. Steidle (CDU) wurde Chef des zunächst nicht vorgesehenen Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen; das für ihn vorgesehene Ressort übernahm Hamann (LDP), an dessen Stelle Lothar Bolz trat, der das Außenministerium an Georg Dertinger abtreten mußte. An Stelle von Lobedanz wurde Friedrich Burmeister (ebenfalls CDU) Post- und statt Hofmann Ernst Goldenbaum (ebenfalls DBD) Landwirtschaftsminister; statt des Altkommunisten Löhr (seit 1948 NDPD) bekam Johannes Dieckmann das Amt des Volkskammer-Präsidenten. Präsident des Obersten Gerichts wurde Kurt Schumann (NDPD).

9. Bei der Provisorischen Regierung soll ein politischer Vertreter der UdSSR im Range eines Botschafters sein.

10. Die Ernennung eines politischen Vertreters der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR ist zulässig.

11. Die Provisorische Regierung übernimmt alle Verwaltungsfunktionen, die bisher von der SMA ausgeübt wurden, während die SMA zu einer Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin umgebildet wird.

12. Nach der Bildung der Provisorischen Regierung wird eine Erklärung des Obersten Befehlshabers im Auftrage der Sowjetregierung erfolgen, wonach diese sich mit dem Beschluß des Deutschen Volksrats einverstanden erklärt und der Umbildung der SMA in eine Sowjetische Kontrollkommission zustimmt. Die Kontrolle soll sich auf die Erfüllung der in den Abkommen der Alliierten festgelegten Besetzungsaufgaben in der Ostzone sowie die Verwirklichung der Potsdamer und anderer gemeinsamer Beschlüsse der Alliierten über Deutschland obliegen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll die Kontrollkommission solche Organe haben, wie die Reparationsverwaltung und Abteilungen, die den deutschen Ministerien entsprechen. In den Ländern und in den größeren Städten soll die Kontrollkommission ihre Vertreter und einen kleinen Beamtenapparat unterhalten.

13. In der Regierungserklärung soll eine Formulierung enthalten sein, wonach die Potsdamer Beschlüsse nur eine vorübergehende Besetzung Deutschlands vorsehen, daß aber das Besatzungsstatut der Westmächte darauf abzielt, die berechnete Besetzung in eine unberechtigte bewaffnete Intervention in Westdeutschland zu verwandeln.

14. Dem Vorschlag, den Termin des nächsten Parteitag auf den Herbst 1950 zu verlegen, und daß er das Wahlprogramm für die darauffolgenden Wahlen beschließt, wird zugestimmt. Ferner wird zugestimmt, daß dem Parteitag die Richtlinien für den Fünfjahresplan vorgelegt werden und Ende 1949 mit den Vorarbeiten zur Ausarbeitung des Fünfjahresplanes begonnen wird.

Zugestimmt wird, die Überprüfung der Mitgliedsbücher vor dem Parteitag (vorzunehmen). Es wird die Erlaubnis erteilt, die Gesamtwerke St. in deutscher Sprache herauszugeben.

15. Der Wiederherstellung der Rechte der ehemaligen Nazis, Gewährung des Wahlrechts und des Rechtes auf Betätigung in ihrer fachlichen Eigenschaft, ausgenommen in der Polizei, Verwaltung des Inneren, Feuerwehr und Justiz, wird zugestimmt. Von der SMA sind entsprechende Vorschläge herauszugeben.

16. Der Auflösung der MWD-Lager in Deutschland wird insofern zugestimmt, als die Möglichkeit der Entlassung eines Teils der Gefangenen und die Übergabe der übrigen Gefangenen an die deutschen Behörden erfolgen soll. Eine Überweisung der Verurteilten in die SU ist nicht als ratsam anzusehen.

17. Es wird bestätigt, daß alle deutschen Kriegsgefangenen bis zum 1. Januar 1950 nach Deutschland gebracht werden, mit Ausnahme der von Militärgerichten Verurteilten. Eine Kommission soll in zwei Monaten die Untersuchungsakten der Kriegsgefangenen erledigen, um festzustellen, welche Personen an das Militärgericht (übergeben) oder freigesprochen oder nach Deutschland transportiert werden sollen. Gerichtsverhandlungen gegen alle Kriegsgefangenen sind bis zum 1. Januar 1950 abzuschließen.

18. Finanzfragen. Die KPD erhält eine monatliche Subvention von 320 000 Westmark und einen einmaligen Geldbetrag von 500 000 Westmark.

Zur Verstärkung der Rundfunkpropaganda auf Westdeutschland und Ausgaben für die Organisation und Ausbau des Netzes der Berichterstatter werden bis Ende 1949 130 000 Westmark und für das Jahr 1950 320 000 Westmark bewilligt.

19. *Zu den Wirtschaftsfragen:* Es wird zugestimmt:

1. der Erhöhung der Lieferung von Stahl-Walzwerk-Erzeugnissen von 180 000 auf 200 000 Tonnen im Jahre 1949 und ferner der Erhöhung von Baumwolle von 11 100 auf 13 000 Tonnen,

2. im Jahre 1950 1 000 LKW „SIS 150“,

3. für 1950 nicht 30 000, sondern nur 20 000 Tonnen Baumwolle,

4. 1950 zu liefern: 380 000 Tonnen Brotgetreide, darunter 150 000 Tonnen für Reservebildung, ferner 20 000 Tonnen Fett, darunter 12 000 Tonnen zur Reservebildung,

5. angenommen wird die Bereitstellung einer bestimmten Warenmenge aus der Produktion der SAG zu Exportzwecken,

6. zugestimmt wird, die ganze deutsche Produktion von Perlon zur Verarbeitung in deutschen Betrieben für den Export von Waren aus Perlon zu belassen, davon ausgenommen sind die Perlonmengen, die von der SU für Produktion von Kord in der SU eingeführt werden,

7. der Export der SAG soll in den Gesamtexportplan der Ostzone einbezogen werden, mit Ausnahme der Produktion der SAG Wismut. Es sollen darüber von der SMA Verhandlungen mit der DWK geführt und innerhalb von zehn Tagen konkrete Vorschläge dem Ministerrat der UdSSR gemacht werden.

8. Zwischen der SMA und der DWK soll ein Übereinkommen über die Gegenleistungen für die im Jahre 1950 aus der SU zu liefernden Waren herbeigeführt und bis zum 20. Oktober Vorschläge dem Ministerrat vorgelegt werden.

Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR

„Die ganze Wahl ist nur ein neuer Weg zur Volksdemokratie und zum Bolschewismus, das dumme Volk und viele SED-Genossen sehen den Wald vor Bäumen nicht. Frieden sagt man und Bolschewismus meint man. Die Wahl ist ein Zeichen, daß man auch Revolutionen mit dem Stimmzettel machen kann . . . Trotzdem habe ich für den Frieden gestimmt, um des lieben Friedens willen.“¹⁾

I. Die ersten Wahlen in der DDR

Am 15. Oktober 1950 fanden in der neugegründeten DDR zum ersten Mal Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen statt, die mit außerordentlich großem Aufwand auch vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vorbereitet wurden. Mit diesen Wahlen fand der Prozeß der politischen Umwälzung, der Machtergreifung durch die KPD/SED in der SBZ seinen Abschluß. Durch die Ausschaltung aller oppositionellen Kräfte und deren Kriminalisierung war diesem Prozeß die Tendenz zur Erstarrung und zum Absterben des politischen Lebens immanent. Die Wurzeln des Untergangs der DDR liegen auch in der Durchsetzung des DDR-eigenen Wahlsystems begründet.

Bereits 1974 stellte Karl Wilhelm Fricke völlig zutreffend fest: „Der politische Sündenfall der SED – ihr Verzicht auf ein demokratisches Votum bei der Gründung der DDR – ist zur Erbsünde geworden, die fortzeugend immer neue Konflikte hervorgerufen hat: Opposition und Widerstand gegen den ‚Aufbau des Sozialismus‘, den Aufstand vom 17. Juni 1953, die ‚Abstimmung mit den Füßen‘ und schließlich die Reaktion darauf, die Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961.“²⁾ Und – so ließe sich ergänzen – der letzte Wahlbetrug der SED bei den Kommunalwahlen 1989 bereitete den politischen Untergang der DDR vor.

Fällig waren die Wahlen zu den Gemeindevertretungen bereits im Herbst 1948³⁾ und die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen im Herbst 1949. Die SED wich beiden Wahlen aus. Offensichtlich sollten Wahlen mit selbständigen Listen der Parteien verhindert werden, die 1946 der CDU und Liberal-Demokratische Partei (LDP) gemeinsam in den

Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt, in einigen Kreistagen und in vielen Gemeindevertretungen die nominelle Mehrheit der Sitze gebracht hatten⁴⁾. Vor der anstehenden Entscheidung der Wähler sollte zunächst der Führungsanspruch der SED gegenüber den Widersachern in der CDU und LDP durchgesetzt werden⁵⁾.

Als sich am 7. Oktober 1949 der Deutsche Volksrat auf Initiative der SED zur Volkskammer konstituiert hatte, war deren erste Entschließung, die Landtagspräsidenten aufzufordern, die Landtage zu außerordentlichen Sitzungen einzuberufen, Vertreter für eine Länderkammer zu wählen und die ablaufende Wahlperiode bis zum Herbst 1950 zu verlängern⁶⁾. Damit hatte sich die SED, die mit Unterstützung der Massenorganisationen, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) die provisorische Volkskammer beherrschte, eine einjährige Frist geschaffen, ihre eigenen Machtpositionen gegenüber möglichen andersartigen Bekundungen der Wähler zu behaupten

4) Vgl. dazu Günter Braun, Wahlen und Abstimmungen, in: SBZ-Handbuch, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 381–432; Günter Braun, Determinanten der Wahlentscheidung in der Sowjetischen Besatzungszone 1946, in: Deutsche Studien, (1986) 96, S. 341–357.

5) Zur allgemeinen Einordnung der Wahlen 1950 vgl. Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, 2. erweiterte Auflage 1988, Köln 1988, S. 52–61. Eine apologetische Detailstudie, die zugleich verdeutlicht, wie gering die Möglichkeiten der DDR-Geschichtsschreibung zur Untersuchung der tatsächlichen Vorgänge waren und wie sehr diese durch „parteiliche“ Voreingenommenheit noch weiter eingeengt wurden, bietet Jochen Cerny, Vom Antifaschistisch-demokratischen Block zum sozialistischen Mehrparteiensystem. Eine Studie zur Genesis der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR (Oktober 1949 bis Oktober 1950), in: Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945–1961, hrsg. von R. Badstübner und H. Heitzer, Berlin 1979, S. 159 ff.

6) Vgl. Nationale Front des demokratischen Deutschland, Informationsdienst, 2. Jg., Nr. 4/5, Berlin o. J.

1) Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 221/66, Bl. 133–138, Stimmungsbericht nach der Wahl, Verwaltung Sachsen-Anhalt, 23. 10. 1950, Äußerung eines Beschäftigten der Leuna-Werke.

2) Karl Wilhelm Fricke, DDR-Gründung und Opposition, in: Deutschland Archiv, (1974) 9, S. 946–955.

3) Vgl. GVBl, Brandenburg 1947, S. 307, Gemeindeordnung vom 14. 9. 1946, Abschnitt III, 9.

ten. Diese Zeit wurde genutzt, um durch massiven Druck auf alle dem entgegenstehenden politischen Kräfte Wahlen auf der Grundlage einer Einheitsliste vorzubereiten.

Die schrittweise Durchsetzung dieses neuen Wahlmodus und dessen rechtliche Fixierung im Wahlgesetz vom 9. August 1950 bildete den konstitutiven Akt der Verfälschung der ersten und aller nachfolgenden Wahlen in der DDR bis zu den Kommunalwahlen 1989. Unter Wahlfälschung kann in der Geschichte der DDR nicht nur der formelle Akt der Fälschung der Wahlergebnisse verstanden werden,

wie sie sich schon bei den ersten Wahlen in der DDR anhand der Dokumente des MfS exemplarisch nachweisen läßt. Die Wahlfälschung muß vielmehr im Kontext der Repressivmaßnahmen (Wahlterror), der Druckausübung auf die Wähler durch Regierung, staatliche Stellen und Einrichtungen (Wahlbeeinflussung) sowie den Eingriffen in den Vorgang der Stimmabgabe und Stimmauszählung (Wahlbetrug) gesehen werden. Auch diese Handlungen lassen sich am Beispiel der 1950er Wahl exemplarisch für die nachfolgenden DDR-Wahlen aufzeigen.

II. Die Wahlerfahrungen der SED

An die Durchführung der Wahlen mittels einer Einheitsliste wurde bereits im Frühjahr 1946 bei der Vorbereitung der Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen gedacht. Die am 28. Juni 1946 veröffentlichte Wahlordnung sah die Möglichkeit der Einreichung „einer gemeinsamen Vorschlagsliste durch mehrere Parteien oder antifaschistisch-demokratische Organisationen“ bzw. die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten vor⁷⁾.

Die Wahlen im Herbst 1946, bei denen eine „gemeinsame Vorschlagsliste“ noch nicht angewandt werden konnte, zeigten offenkundig, daß die allgemeine, freie und geheime Entscheidung der Wähler zwischen mehreren konkurrierenden Parteien ein höchst unsicherer Weg zur dauerhaften Sicherung der Macht für eine Partei – die SED – war. Trotz der Einwilligung in die Durchführung weitgehend freier Wahlen war die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) keineswegs bereit, entscheidende Machtpositionen in ihrer Zone zur Disposition zu stellen. Noch vor den Wahlen 1946 begann sie, die Polizei der Länderhoheit – und damit den zu wählenden Länderparlamenten – zu entziehen. Sie wurde nun der direkt von der SMAD angeleiteten Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) unterstellt⁸⁾. Die DVdI, aus der heraus sich das spätere Ministerium für Staatssicherheit entwickelte, sah es als eine ihrer Aufgaben an, künftig für solche Wahlen zu sorgen, die die Macht der SED garantierten.

Auf der ersten Konferenz der Präsidenten der DVdI mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone am 30. Oktober 1946, auf der die SED-Genossen unter

sich waren, erhob der für Personal- und Schulungsfragen zuständige Vizepräsident Erich Mielke die Forderung, in Zukunft für andere Wahlergebnisse zu sorgen: „Genossen, ich möchte anführen, was der Genosse Stalin am 23. Oktober 1946 auf eine Frage des Präsidenten der United Press antwortete. Die Frage lautete: ‚Haben sie angesichts der Wahlen, welche in den verschiedenen Zonen in diesem Sommer und Herbst abgehalten wurden, das Vertrauen, daß Deutschland sich nach demokratischen Prinzipien entwickelt, durch welche die Hoffnung auf seine Zukunft als friedliche Nation geweckt wird?‘ Stalin antwortete: ‚Gegenwärtig bin ich davon nicht überzeugt.‘ Ich möchte sagen, daß diese Antwort des Genossen Stalin für uns ein ganzes Programm ist . . . Wir sind verpflichtet, den Hinweis ernst zu nehmen. Es muß alles getan werden, damit die nächste Antwort des Genossen Stalin besser ausfällt.“⁹⁾

Die erste Möglichkeit, Wahlen auf der Grundlage einer Einheitsliste zu testen, bot die Delegiertenwahl zum 3. Volkskongreß, die das Präsidium des Volksrates am 30. März 1949 für den 15. und 16. Mai 1949 angesetzt hatte¹⁰⁾. Sache der Deutschen Verwaltung des Innern war es Mitte April 1949, eine Verordnung über die Durchführung der Wahl zu erlassen¹¹⁾. Die späteren gemeinsamen Wahlauftrufe vorwegnehmend, veröffentlichte das Präsidium des Volksrates zur gleichen Zeit einen Aufruf zur Delegiertenwahl. Erst unmittelbar vor der Wahl wurde bekanntgegeben, daß der Stimmzettel folgenden Wortlaut haben werde: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag, ich stimme daher für die nachstehende Kandidatenliste zum 3. Volkskongreß.“¹²⁾

⁷⁾ Vgl. Wahlfälschungen, Wahlbehinderungen, Wahlbeeinflussungen in der sowjetischen Besatzungszone 1946–1950. Dokumente und Tatsachen, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn o. J. (1950).

⁸⁾ Vgl. Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 399/66, o. Bl., Verordnung über die Bildung der DVdI, o. D.

⁹⁾ Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S. 229/66, o. Bl., Protokoll der Konferenz vom 30. 10. 1946.

¹⁰⁾ Vgl. Helmut Neef, Die Nationale Front des demokratischen Deutschland, Zeittafel, Berlin o. J. (1962), S. 112.

¹¹⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 24. 4. 1949.

¹²⁾ Vgl. H. Neef (Anm. 10), S. 118.

Die Wähler hatten bei dieser Vermischung von Plebiszit und Einheitslistenwahl immer noch die Möglichkeit, mit „Ja“ oder mit „Nein“ zu stimmen. Schon bei diesem ersten Vorspiel zu den späteren DDR-Wahlen kam es zur Verletzung des Wahlheimnisses und zu Wahlmanipulationen¹³⁾. Trotz der „Korrekturen“ brachten die Wahlen 34,2 Prozent Nein- und 6,7 Prozent ungültige Stimmen¹⁴⁾. Die SED ging durch ihre Eingriffe in die Stimmauszählung relativ knapp an einer Niederlage vorbei. Das Ergebnis dürfte für die SED-Führung eine traumatische Wirkung gehabt und die Entschlossenheit verstärkt haben, wirklich freie Wahlen vorläufig nicht zuzulassen.

Um die Wahlschlappe zu verbergen, unterließ die dafür zuständige DVdI die Veröffentlichung der vollständigen, nach Wahlkreisen aufgeschlüsselten Wahlergebnisse¹⁵⁾. Nach Meldung des Organs der SMAD „Tägliche Rundschau“ vom 29. Mai 1949 wichen lokale Ergebnisse erheblich vom Zonendurchschnitt ab: „In Plauen wurden nur 39,8 Pro-

zent Ja-Stimmen erbracht. Die Kreise und die Kleinstädte, in denen überwiegend Handwerker, kleine Privatunternehmer, Angehörige freier Berufe, Angestellte usw. wohnen, brachten beträchtliche Abweichungen vom Zonendurchschnitt.“¹⁶⁾

Wenige Wochen später analysierte Walter Ulbricht die Wahlen und kam dabei zu einem partiellen Eingeständnis der Wahlschlappe: „Man kann sagen, daß in den Orten, wo CDU und LDP die Mehrheit besitzen, die höchste Zahl der Nein-Stimmen zu verzeichnen ist, so in der Stadt Plauen 60,2 Prozent, in Plauen-Land 58,8 Prozent, im Landkreis Teltow 45,3 Prozent, im Stadtkreis Apolda 52,9 Prozent . . . Es gibt auch eine Reihe von Orten, wo unsere Partei eine starke Organisation hat und trotzdem das Wahlergebnis schlecht war. So stimmten in Zwickau 46,8 Prozent mit Nein . . . Im Stadtkreis Gera stimmten 50,3 Prozent, in Greiz 52,7 Prozent mit Nein.“¹⁷⁾

Ein wesentliches Ergebnis der Volkskongreßwahlen war es, daß die 40 Prozent der Wähler, die mit Nein gestimmt hatten oder deren Stimmzettel für ungültig erklärt wurden, ohne politische Vertretung im Volksrat bzw. der provisorischen Volkskammer blieben.

Für das MfS bildete die Auswertung der Volkskongreßwahlen 1949 einen wichtigen Ausgangspunkt für die Vorbereitung von Repressionsmaßnahmen zur Wahl 1950. Der Chef der Verwaltung für Staatssicherheit im Land Brandenburg, Gotman, wies im September die Leiter seiner Kreisdienststellen an, eine Aufstellung der Kreise anzufertigen, die bei den letzten Wahlen „schlecht gewählt“ haben (vgl. Anlage 2 am Schluß des Aufsatzes). Die Kreisdienststelle Perleberg konzentrierte sich dementsprechend auf die Gemeinden, „die bei der Volkskongreßwahl 1949 unter 60 Prozent gewählt haben“¹⁸⁾.

¹³⁾ Auf Weisung der Verwaltung des Innern wurden nach Abschluß des ersten Wahltages die Stimmzettel ausgezählt und die Ergebnisse an die zuständigen Wahlkommissionen übermittelt, vgl. G. Braun (Anm. 4), S. 391. Der Chef der DVdI, Kurt Fischer, warnte in einem Fernschreiben vom 15. 5. 1950 vor einer Stimmauszählung, „die eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von ungültigen Stimmen ergibt“. Er wies an, „die Wahlausschüsse besonders auf diesen Unfug aufmerksam zu machen“; vgl. Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952, S. 174, zitiert nach K. W. Fricke (Anm. 2), S. 948. Der Innenminister des Landes Brandenburg erließ nach dem Ende des zweiten Wahltages die Anordnung, „daß nur die Stimmzettel als Nein gezählt werden, bei denen das Kreuz im Kreis ‚Nein‘ bezeichnet wurde. Alle anderen Stimmzettel sind gültig. Unbeschriebene Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen. Bei Bemerkungen oder Streichungen handelt es sich ebenfalls um Ja-Stimmen.“ Vgl. ferner Wahlfälschungen (Anm. 7), S. 25, wo weitere Beispiele für Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Leipzig und Halle angeführt werden.

¹⁴⁾ Vgl. G. Braun (Anm. 4), S. 391; Deutsche Geschichte, Bd. 9. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945–1949, Autorenkollektiv Rolf Badstübner (Leiter), Berlin 1989, S. 441: „Die Nein-Stimmen eines Drittels der Wähler signalisierten die große politische Bewährungsprobe, die noch bevorstand.“

¹⁵⁾ Vgl. G. Braun, ebd., S. 392.

¹⁶⁾ Vgl. Wahlfälschungen (Anm. 7), S. 23.

¹⁷⁾ Walter Ulbricht, Die Organisationsarbeit der SED, Berlin 1949, S. 8.

¹⁸⁾ Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 11/51, Bd. 4, Bl. 59–61, Bericht der Kreisdienststelle Perleberg, o. D. (etwa 17. 10. 1950).

III. Die Durchsetzung der Einheitsliste

Obwohl bei den Volkskongreßwahlen die Einheitslistenwahl das erste Mal exerziert worden war, ließ die SED-Führung Hoffnungen auf freie und geheime Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht, d. h. mit getrennten Listen, weiter bestehen. In der vom Volkskongreß am 30. Mai 1949 angenommenen und von der Volkskammer am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzten Verfassung hieß es in Artikel 51: „Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“¹⁹⁾

Die SED-Führung äußerte sich bis zum Frühjahr 1950 nicht oder nur verschwommen zum künftigen Wahlverfahren, schloß jedenfalls öffentlich Wahlen nach getrennten Listen noch nicht aus²⁰⁾. Der Vorsitzende der CDU in der neugegründeten DDR, Otto Nuschke, blieb unwidersprochen, als er am 12. Oktober 1949 erklärte: „Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß eine Einheitsliste für uns nicht in Frage kommt. In einem Jahr wird das gemeinsame Werk in demokratischen Wahlen dem Urteil der Wähler unterbreitet. Das ist die feierliche von allen Parteien zugesagte Absicht (Hervorhebung J. L.) und unsere Mitwirkung garantiert, daß die Zusage gehalten wird.“²¹⁾

Die tatsächliche Absicht der SED, die nächsten Wahlen als Einheitslisten-Wahlen durchzuführen, deutete deren Vorsitzender und Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, in seiner Neujahrsbotschaft vorläufig nur sehr vage an: „Wir werden bei unseren Wahlen im Oktober dafür Sorge tragen, daß durch die Wahlen eine Festigung der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte in der Nationalen Front herbeigeführt wird.“²²⁾ Noch undeutlich hatte Pieck damit ein Signal gesetzt, die kommenden Wahlen nach einem neuen Modus durchzuführen.

¹⁹⁾ Verfassung der DDR von 1949. Erst durch die zweite Verfassung der DDR vom 6. April 1968 wurde diese Fassung revidiert. In Artikel 54 dieser neuen Verfassung verschwand der Hinweis auf das Verhältniswahlrecht.

²⁰⁾ So bemerkte Otto Grotewohl 1949 in einem Kommentar zur Verfassung: „Es darf keine verantwortungslose Opposition im Parlament der neuen deutschen Demokratie geben, die ihre ganze Funktion nur darin sieht, Obstruktion zu betreiben. Es darf sich keine Partei oder Organisation, wenn sie ihre Listen zur Parlamentswahl einreicht, vor der Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung drücken.“ (in: Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Mit einer Einleitung von Otto Grotewohl, Berlin 1949, S. 6).

²¹⁾ Die Wahlen in der SBZ. Dokumente und Materialien, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 25.

²²⁾ Ebd., S. 26.

ren. Nach Lage der Dinge konnte das jedoch nur das bereits bei der Volkskongreßwahl erprobte Verfahren der Einheitsliste sein.

Die SED-Führung forcierte nun ihren Kampf gegen die führenden Persönlichkeiten der CDU, die sich der Macht der SED nicht bedingungslos unterordnen wollten. Als Exempel wurde der zweite Parteivorsitzende und sächsische Landesvorsitzende der CDU, der Theologieprofessor Hugo Hickmann, gewählt. Dieser hatte am 6. Januar 1950 auf einer gemeinsamen Tagung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion vor der „Gefahr einer Gleichschaltung“ der CDU gewarnt und eine Blockpolitik „auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ gefordert. Zugleich sprach sich Hickmann für baldige Wahlen aus. Die absolute Mehrheit der SED in der Volkskammer kennzeichnete er als „nationalen Notstand“²³⁾.

Walter Ulbricht eröffnete daraufhin eine Kampagne gegen Hickmann. Die von ihm geführte SED inszenierte Resolutionen und Kundgebungen, die den Rücktritt Hickmanns forderten²⁴⁾. Unter diesem künstlich erzeugten Druck mußte Hickmann schließlich Ende Januar 1950 zurücktreten. Der CDU und den übrigen eigenständigen Kräften im „demokratischen Block“ war damit das politische Rückgrat gebrochen, obwohl es noch weitere Auflehnungsversuche gab. Die SED demonstrierte mit der Kampagne gegen Hickmann die bereits erreichte Machtvollkommenheit. Der Weg für die offene Ankündigung der Durchführung der anstehenden Wahlen auf der Grundlage der Einheitsliste war damit offen. Am 28. März stimmte der Block zunächst der Durchführung der Wahl auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms zu. Daß dieser Entschluß unter dem Primat der unbedingten Machtsicherung von der SED erzwungen

²³⁾ Hans Zillig, In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU (1945–1952), Christlich Demokratische Union Deutschlands, Beiträge zur Geschichte, Berlin 1975, S. 73. Nach einer Rückblende auf die Dauer des Bestehens der Weimarer Republik und des Dritten Reiches erklärte Hickmann, bezogen auch auf die DDR, „von den Anfängen, die wir als Staatsbildung sehen, können wir nur hoffen, daß sie ein weit kurzfristigeres Leben haben“.

²⁴⁾ Vgl. J. Cerny (Anm. 5), S. 173f. Die Angriffe gegen Hickmann rechtfertigend, beschreibt Cerny den „Fall Hickmann“: Eine Woche lang, vom 24. bis 31. Januar, brachte das ‚Neue Deutschland‘ in jeder Ausgabe Spitzenmeldungen und Schlagzeilen wie: ‚Bevölkerung fordert nach wie vor Rücktritt‘, ‚Neue Ausfälle von CDU-Reaktionären‘, ‚CDU soll Trennstrich ziehen . . . Hunderte von Entschließungen‘, ‚Demonstration in Schwerin, Mecklenburgs Werktätige protestieren gegen aufbaufindliche Haltung des Wirtschaftsministers Witte‘, ‚Klarheit über die Adenauer in der CDU‘, ‚Hickmanns Freunde treten ins Freie, Herr Fascher sabotiert‘.

wurde, konnte und wollte die offizielle DDR-Geschichtsschreibung nicht eingestehen²⁵⁾.

Nach dem Beschluß vom 28. März bedurfte es nur noch eines Schrittes, um die Zustimmung der nicht-kommunistischen Parteien zur Aufstellung einer Einheitsliste zu erlangen. Walter Ulbricht gab am 15. Mai 1950 zu verstehen, daß die SED daran nicht rütteln lassen würde: „Die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen . . . haben gemeinsam durch die Bildung der DDR den anglo-amerikanischen Räubern den Weg versperrt zur Kolonialisierung ganz Deutschlands . . . Daraus ergibt sich, daß die Oktoberwahlen den gemeinsamen Willen aller patriotischen Kräfte zum Ausdruck bringen müssen . . . Deshalb erfordert es das nationale und demokratische Interesse, daß bei den Oktoberwahlen gemeinsame Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufgestellt werden.“²⁶⁾

Befehlsgemäß beschloß der „demokratische Block“ daraufhin am folgenden Tage die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste²⁷⁾. Während der CDU-Vorsitzende Nuschke diese klare Abkehr von seiner vorhergehenden Position mit dem Anwachsen der von außen drohenden Gefahren zu rechtfertigen suchte²⁸⁾, herrschte an der Basis sowohl der CDU als auch der LDP noch Monate später starker Widerspruch gegen die Einheitslistenwahl: „Trotzdem der Beschluß der Hauptvorstände der CDU und der LDP, sich auf der Grundlage einer gemeinsamen Kandidatenliste an den Oktoberwahlen zu beteiligen, von der Mehrheit der Parteimitglieder nicht gebilligt wird, haben wir bisher geschwiegen, weil wir glaubten, daß das Volk ja die Möglichkeit haben würde, sich für oder gegen die gemeinsame Kandidatenliste zu entscheiden . . . Nach unserer Feststellung und aufmerksamen Beobachtung sind wir nun leider zu der Erkenntnis gekommen, daß unsere Annahme ein Trugschluß war.“²⁹⁾

²⁵⁾ Vgl. Autorenkollektiv (Ltg. Siegfried Wietstruck), Entwicklung des Arbeiter-und-Bauern-Staates in der DDR 1949–1961, Berlin, S. 53: CDU und LDP stimmten „unter dem Druck ihrer Mitglieder und dem Einfluß progressiver Kräfte in den Führungsgremien . . . im März 1950 . . . der Durchführung der Wahlen auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms zu.“

²⁶⁾ Wahlen ohne Wahl. Eine Chronologie der Wahlen in Mitteldeutschland, Begleitheft zur Ausstellung „Wahlen ohne Wahl – Bilder und Dokumente zur Verfassungswirklichkeit in Mitteldeutschland“, 5. 3.–14. 5. 1966, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn–Berlin 1966, S. 7 (Erklärung Ulbrichts vom 15. 5. 1950).

²⁷⁾ Vgl. Nationale Front (Anm. 6), 3. Jg., Nr. 11, S. 17.

²⁸⁾ Vgl. Wahlfälschungen (Anm. 7), S. 36; Erklärung Nuschkes auf der Landesdelegiertenkonferenz der sächsischen CDU: „Sämtliche Parteien sind sich angesichts der gefährdenden Lage darüber klar geworden, daß ein Wahlkampf nicht zu verantworten ist.“

²⁹⁾ Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 221/66, Bl. 185–188, Resolution von 75 Mitgliedern der CDU und LDP, unterzeichnet von insgesamt 1841 Mitgliedern in allen Landesverbänden, Halle/Sa., 6. 10. 1950.

Die Sitzverteilung für die Volkskammer und die übrigen „Volksvertretungen“, d. h. die Anzahl der Plätze der beteiligten Parteien und Organisationen auf der Einheitsliste, wurde am 7. Juli bekanntgegeben. Die Aufstellung der Kandidaten blieb den Parteien und Organisationen überlassen, die Bestätigung wurde den jeweiligen Blockausschüssen vorbehalten, die Überprüfung wurde inszenierten Wählerversammlungen und schließlich dem MfS zugewiesen. Auf diese Weise sicherte sich die SED, die nominell nur 25 Prozent der Sitze der Volkskammer und 20 Prozent der Sitze in den Landtagen beanspruchte, die absolute Mehrheit der Kandidaten, indem sie Mitglieder der SED als Kandidaten für die Massenorganisationen aufstellen ließ (vgl. Tabelle 1).

Alle bis zum Juli getroffenen Entscheidungen zu den anstehenden Wahlen waren von den Vertretern der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block an der Volkskammer vorbei, ohne gesetzliche Grundlage und im Widerspruch zu den geltenden Verfassungsbestimmungen (Art. 51) getroffen worden. Erst nachdem durch die Blockbeschlüsse vollendete Tatsachen geschaffen worden waren, wurde im Innenministerium ein Wahlgesetz vorbereitet³¹⁾. Nach der Bestätigung des Entwurfs im Demokratischen Block wurde die Gesetzesvorlage über den Ministerrat der provisorischen Volkskammer zugeleitet. Hier flackerte Anfang August 1950 der Widerstand der bürgerlichen Parteien noch einmal auf. Der Generalsekretär und Abgeordnete der LDP, Günter Stenzel, sprach sich auf der Sitzung seiner Fraktion gegen die Annahme des Wahlgesetzes aus. Daraufhin wurde er am 8. August, einen Tag vor der Verabschiedung des Gesetzes, vom MfS verhaftet und sowjetischen Organen überstellt. Ein sowjetisches Gericht verurteilte ihn zu 25 Jahren Zwangsarbeit³²⁾. In dieser Atmosphäre des vom MfS geschürten Terrors wurde das Wahlgesetz am 9. August 1950 von der Volkskammer angenommen³³⁾.

Das eigens für die Wahl am 15. Oktober erlassene Gesetz wiederholte die wesentlichen Bestimmungen der Wahlordnung von 1946, fixierte jedoch die gemeinsame Kandidatenliste als Wahlmodus. In

³⁰⁾ Zwischenarchiv, Normannenstr., Allg. S 221/66, Bl. 67, Anlage zum Bericht der Verwaltung Thüringen über die Wahlvorbereitung vom 11. 9. 1950.

³¹⁾ Vgl. Wahlfälschungen (Anm. 7), S. 40. Dort wird davon ausgegangen, daß das Wahlgesetz von Innenminister Dr. Karl Steinhoff erarbeitet wurde, der bereits die Wahlordnung von 1946 entworfen hatte (ebd., S. 9).

³²⁾ Vgl. K. W. Fricke (Anm. 2), S. 954.

³³⁾ Nach Wahlfälschungen (vgl. Anm. 7, S. 40) wurde das Gesetz lediglich mit 192 von 400 Stimmen angenommen, was unwahrscheinlich erscheint. K. W. Fricke (Anm. 2, S. 954) erklärt, daß nach der Festnahme Stenzels in der LDP-Fraktion niemand mehr den Mut fand, gegen den Entwurf zu stimmen. Stenographische Protokolle der provisorischen Volkskammer liegen nicht gedruckt vor.

Tabelle 1: Verteilung der Kandidaten für die Volkskammer, den Landtag, die Kreistage, die Stadtvertretungen der kreisfreien Städte (Erfurt, Gera, Jena und Weimar) und die Gemeindevertretungen für das Land Thüringen³⁰⁾

Parteien/ Organisationen	Volkskammer		Landtag		Kreistag		Stadt- vertretung		Gemeinde- vertretung	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
SED	19	42	21	50		548		115		12 237
LDPD	10	10	15	15		152		31		2 340
CDU	12	13	15	16		155		31		2 261
NDPD	3	6	6	8		88		23		487
DBD	6	6	6	6		90		17		1 185
parteilos		2		6		32		3		4 569
FDJ	4		11		69		18		1 098	
DFD	3		3		63		14		1 254	
FDGB	10		6		106		22		3 323	
VdgB	1		3		31		6		2 918	
VVN	3		6		42		8		214	
Kulturbund	4		5		60		10		211	
Konsum	1		3		23		6		977	
insgesamt	79		100			1 065		220		23 079

I: Verteilung der Mandate, laut Beschluß der betreffenden Blockausschüsse

II: faktisch

- SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (gegr. 1946)
 LDPD: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (gegr. 1945)
 CDU: Christlich-Demokratische Union (gegr. 1945)
 NDPD: National-Demokratische Partei Deutschlands (gegr. 1948)
 DBD: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (gegr. 1948)
 FDJ: Freie Deutsche Jugend (gegr. 1946)
 DFD: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (gegr. 1947)
 FDGB: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (gegr. 1946)
 VdgB: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (gegr. 1945)
 VVN: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (gegr. 1947)
 Kulturbund: gegr. 1945 als „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“
 Konsum: Konsumgenossenschaften (gegr. 1945)

der Präambel wurde versucht, den Widerspruch zwischen der Verfassungsbestimmung (Art. 51: Durchführung der Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes) und der Einheitslistenwahl aufzuheben, indem den Vereinigungen und Parteien in bezug auf Artikel 13 das „verfassungsmäßige Recht“ zugesprochen wurde, ihre Wahlvorschläge gemeinsam aufzustellen.

Weiter hieß es in der Präambel: „Aus nationaler Verantwortung und zur Sicherung des Aufbauwerkes hat der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und beschlossen, die Wahlen auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms und gemeinsamer Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland durchzuführen. Frei von

kleinlichem Hader eigensüchtiger Interessengruppen werden die Wahlen am 15. Oktober so zu wahrhaft freien Volkswahlen. Die Wahlberechtigten unserer Republik werden am 15. 10. 1950 zur Stellungnahme zu den Grundfragen der deutschen Nation aufgerufen, für

- Sicherung des Friedens,
- demokratische Einheit Deutschlands,
- Friedensvertrag mit ganz Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen,
- demokratischen Aufbau einer unabhängigen deutschen Friedenswirtschaft,
- Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung aus eigener Kraft,

– Ausbau und Festigung der demokratischen Ordnung, Wahrung und Entfaltung der demokratischen Kultur.“³⁴⁾

Der Paragraph 36 des Wahlgesetzes reduzierte die Wahlhandlung auf das selbständige (!) Einwerfen des Stimmzettels in die Wahlurne. Der Wahlberechtigte hatte zwar nach dem Gesetz das Recht, Veränderungen auf dem Zettel vorzunehmen, aber diese Veränderungen galten nicht als Wahlhandlung³⁵⁾. Über die Möglichkeit der Ablehnung der gemeinsamen Kandidatenliste schwiegen sich die Gesetzgeber aus.

Die gesetzlichen Durchführungsbestimmungen vom 10. und 20. August zielten darauf, das Wahlgesetz noch adäquater für die Herrschaftssicherung der SED auf dem Wege der Wahlfälschung zu machen. So wurde die Übermittlung von Teilergebnissen während der Wahl vorgesehen. Dabei sollte bereits die Wahlbeteiligung sowie die Zahl der gültigen Stimmen ermittelt werden³⁶⁾! Der vorgesehene Wahlbetrug deutete sich an, indem „die Information von Presse und Rundfunk über das Wahlergebnis“ ausschließlich in die Hände des Wahlleiters

der Republik gelegt wurde. Das Wahlrecht für Seeleute und Mitarbeiter des Transportwesens wurde fünf Tage über den Wahltag hinaus bis zum 20. Oktober verlängert³⁷⁾.

Das Wahlgesetz vom 9. August 1950 markierte den Verfall, den die demokratischen Rechte mit der Errichtung der SED-Herrschaft erlitten hatten. Es war nicht, wie ein Vertreter der alten ostdeutschen DDR-Geschichtsschreibung in gewendeter Sichtweise meint, „die Konstituierung des politischen Systems der DDR“, die die Demokratie „vernachlässigte“³⁸⁾, sondern die bewußte Mißachtung der Demokratie durch die SED-Führung, die zur Bedingung für die Konstituierung der DDR wurde.

Nachdem alle wesentlichen Rahmenbedingungen für die Wahlfälschung geschaffen waren, eröffnete die Nationale Front auf ihrem I. Nationalkongreß am 25. und 26. August mit der Verabschiedung des gemeinsamen Wahlprogramms die Wahlkampagne. Erst jetzt begann das MfS, das durch Repressionsmaßnahmen entscheidend dazu beigetragen hatte, den Weg zum Wahlgesetz zu ebnen, sich direkt in die Wahlvorbereitung einzuschalten.

IV. Wahlfälschungen des Ministeriums für Staatssicherheit

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen stellte das Ministerium für Staatssicherheit ein Glied des vielschichtigen inneren Sicherheitssystems der DDR dar. Neben dem MfS, dem Ministerium des Innern und den Justizorganen waren faktisch auch alle anderen Staatsinstanzen, Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Betriebs-

leitungen der volkseigenen Industrie bis hin zu den Lehrern an den Schulen bei den Vorbereitungen der Wahlen in den „Kampf“ gegen äußere und innere „Feinde“ einbezogen. Das Mißtrauen und die gegenseitige Kontrolle waren allumfassend: „Die gesamte Bevölkerung, alle Ämter und Dienststellen, Organisationen und Arbeitsstätten werden in eine künstliche, beinahe hektische Aufregung versetzt. Das kontrolliert sich gegenseitig, keiner weiß im Grunde genommen mehr, wer wen kontrolliert und wer wen beaufsichtigen muß. Zehn verschiedene Stellen tun dasselbe mit dem Resultat, daß sich eines jeden zum Schluß das Gefühl bemächtigt, dieser lauten und gleichzeitig so leeren Bewegung nicht mehr entschlüpfen zu können.“³⁹⁾

³⁴⁾ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Zweites Halbjahr 1950, S. 743.

³⁵⁾ Ebd., S. 36: „Der Wahlberechtigte hat das Recht, auf dem Stimmzettel Veränderungen vorzunehmen; er nennt dem Wahlvorstand seinen Namen sowie seine Wohnung und weist sich durch den deutschen Personalausweis oder entsprechende andere amtliche Urkunden zur Person aus. Nach Feststellung seiner Wahlberechtigung nimmt er die Wahl vor, indem er den Stimmzettel selbst in die Wahlurne hineinwirft.“

³⁶⁾ Vgl. Gesetzblatt (Anm. 34), S. 753, Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Wahlen vom 10. 8. 1950, Ziffer 49: „Teilergebnisse von Bedeutung sowie die Endergebnisse sind vom Wahlleiter dem übergeordneten Wahlleiter nach folgendem Muster telefonisch durchzugeben:

- Zahl der Wahlberechtigten,
- Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen,
- Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen,
- Zahl der für ungültig erklärten Stimmen.“

Nein-Stimmen waren demnach auch beim Endergebnis nicht vorgesehen.

³⁷⁾ Ebd., Ziffer 38; zweite Durchführungsbestimmung vom 20. 8. 1950 (ebd., S. 854).

³⁸⁾ Siegfried Prokop, Deutsche Geschichte neu befragt, Berlin 1990, S. 63.

³⁹⁾ Die Technik der Wahlfälschung, o. O., o. J. (1950), S. 1.

Informanten“ (GI) und führte eine systematische Postkontrolle durch⁴⁰⁾.

Die Berichte des MfS bestätigen die bereits in der grundlegenden Dokumentation des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen unmittelbar nach der Oktoberwahl 1950 belegten Elemente der Wahlfälschung:

- Kandidatenauslese zur Sicherung SED-treuer Kandidaten auf den Einheitslisten der verschiedenen Wahlebenen;
- Einschüchterung aller Opponenten durch öffentliche Berichte über Prozesse und Urteile gegen Wahlgegner;
- massive Wahlbeeinflussung durch amtliche Stellen und Personen;
- Propagierung offener Wahlen;
- Manipulationen bei der Beurteilung gültiger bzw. ungültiger Stimmen.

Bei dem Versuch, die bisher aufgefundenen Berichte zu überblicken, zeichnen sich in der Arbeitsweise des MfS deutlich drei Phasen ab: 1. Bis Ende September 1950: konspirative Arbeit des MfS. 2. Von Ende September bis zum Wahltag: offenes Hervortreten des MfS zur direkten Einschüchterung potentieller Wahlgegner durch Vorladungen und „Besuche“. 3. Am und nach dem Wahltag: Rückzug in die konspirative Arbeit.

Den Schwerpunkt der ersten Phase bildete die (Nach-)Kontrolle der Kandidaten, die zuvor schon die „Prüfung“ in den Blockausschüssen und auf öffentlichen Versammlungen durchlaufen hatten. So berichtete die Verwaltung Thüringen am 11. September: „Trotzdem diese Listen schon einige Male umgestellt wurden, befinden sich noch heute Kandidaten unter den vorgeschlagenen, welche unter keinen Umständen als Vertreter des Volkes in eine öffentliche Körperschaft gehören . . . Von seiten unserer Verwaltung wurde veranlaßt, alle Kandidaten, von der Volkskammer bis zur Gemeindevertretung, zu überprüfen. Desgleichen die Mitglieder der Wahlkommissionen. Staatsfeindliche Elemente sind weder als Kandidaten noch als Mitglieder der Wahlausschüsse zuzulassen. Eine Anzahl reaktio-

⁴⁰⁾ Vgl. Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 221/66, Bl. 43–46, Bericht der Verwaltung Thüringen über die Wahlvorbereitung vom 18. 9. 1950 (bei den zitierten Briefen wurden die vom MfS mit vollem Namen und Adresse angeführten Absender und Empfänger gestrichen): „Aus einigen Briefen konnten wir folgende Äußerungen entnehmen: ‚Die Nationale Front geht in jedes Haus und hält Versammlungen ab und klärt die Leute auf, aber die Menschen sind meist ganz apathisch, es wird zuviel auf uns eingehämmert. Die Nazis waren Waisenknaben in puncto Propaganda.‘ ‚Man sieht nur noch Transporte und überlebensgroße Bilder von Stalin, Lenin, Ulbricht, Pieck und Grotewohl. Schade, daß ich kein Plakatmaler geworden bin, da könnte ich einen Haufen Geld verdienen, sei nur froh, daß Du den Schwindel nicht mit erleben brauchst.“

närer Elemente wurde bereits, wie aus dem Bericht hervorgeht, auf Grund unseres Antrags gestrichen.“⁴¹⁾

Zur Kontrolle der Wahlvorstände konnte einen Monat später von gleicher Stelle aus berichtet werden: „Bei der Überprüfung der Wahlvorstände im Kreis Erfurt wurde festgestellt, daß die SED 80 Prozent aller Vorstandsmitglieder stellt. Die Wahlvorsteher sind in allen Städten, Stadtbezirken und Landgemeinden Mitglieder der SED.“⁴²⁾

Obwohl mit diesen Kontrollen und den daraufhin vorgenommenen Änderungen eine absolute Mehrheit der SED sichergestellt worden war, gab sich das MfS damit nicht zufrieden. Eine Analyse der Verwaltung Sachsen des Ministeriums kam Anfang Oktober zu der Prognose, daß die Wahlbeteiligung lediglich bei 80 Prozent liegen werde und nur mit 70 Prozent Ja-Stimmen zu rechnen sei⁴³⁾. Diese Einschätzung wurde offensichtlich in der Zentrale des Ministeriums geteilt und die bisherigen Maßnahmen als nicht ausreichend befunden. Das MfS ging nun zur offenen Einschüchterung über. Diese zweite Phase der Tätigkeit des MfS wird hier mit zwei Berichten dokumentiert. Mit einer verblüffenden Offenheit belegen sie die Arbeitsweise des MfS im Zusammenhang mit der Wahlfälschung exemplarisch (vgl. Dokument 1 und 2).

Ende September verständigte sich das MfS mit dem die formelle Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung tragenden Ministerium des Innern über den Stand der Wahlvorbereitungen. Beide Ministerien kamen zu dem Schluß, daß die öffentliche Stimmabgabe zu propagieren sei. Den Schwerpunkt der Wahldurchführung sahen sie in der Stimmauszählung und stellten dabei schon Überlegungen zu deren Manipulation an:

„Es kommt darauf an, den Wahlvorstand in seiner Zahl möglichst gering zu halten, damit bei der Auszählung der Stimmen alle Mitglieder des Wahlvorstandes beschäftigt werden. Dadurch ist der Vorsteher in der Lage, ohne große Diskussion die Zählung der abgegebenen Stimmen durchzuführen. Bei der Auszählung der Stimmen, die öffentlich geschieht, muß durch die Partei ein Masseneinsatz erfolgen, so daß möglichst viele Genossen anwesend sind, um eventuelle Diskussionen über die Gültigkeit der

⁴¹⁾ Zwischenarchiv, Normannenstr., Allg. S 221/66, Bl. 59–67, Bericht der Verwaltung Thüringen über den Verlauf der Wahlvorbereitung vom 11. 9. 1950.

⁴²⁾ Ebd., Allg. S 221/66, Bl. 35–42, Bericht der Verwaltung Thüringen über die Wahlvorbereitungen vom 9. 10. 1950.

⁴³⁾ Vgl. ebd., Allg. S 11/51, Bd. 1, Bl. 61, persönliches Schreiben Glasers, Verwaltung Sachsen, an „Herrn Staatssekretär Mielke, mit der Bitte um Kenntnisnahme“ vom 2. 10. 1950: „Der Durchschnitt der Einschätzungen unserer Kreisleiter liegt bei 80 Prozent Wahlbeteiligung und etwa 70 Prozent Ja-Stimmen.“

Stimmzettel auf ein Minimum herabzudrücken.“⁴⁴⁾

Wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit dem MfS gab der Wahlleiter der DDR, der Staatssekretär im Innenministerium Warnke, eine „streng vertrauliche“ Wahlinstruktion heraus, die Richtlinien für die Auswertung der Stimmzettel bei der Auszählung gab:

„ . . . 4. Gültig sind alle Stimmzettel mit Ausnahme derjenigen, die vollständig zerrissen sind oder Aufschriften enthalten, die sich gegen die Bestimmungen der Verfassung richten (Schimpfworte).“
5. Stimmzettel mit Aufschriften, welche Vorschläge, kritische Bemerkungen oder Forderungen des Wählers zum Ausdruck bringen oder auf denen einzelne Kandidaten durchgestrichen sind, gelten als gültige Stimmzettel für die Kandidatenliste der Nationalen Front. Wenn hinter oder vor einem Namen das Wort „Nein“ geschrieben steht, so bezieht sich diese Ablehnung nur auf den oder die betreffenden Kandidaten und nicht auf die ganze Liste. Der Zettel ist also gültig. 6. Stimmzettel, wo alle Kandidaten durchgestrichen sind, oder wo der Wähler durch seine Aufschrift zum Ausdruck gebracht hat, daß er gegen die Kandidaten der Nationalen Front stimmt, zählen als *Gegenstimmen*.“⁴⁵⁾

Die gesamte Wahlvorbereitung lag — abgesichert durch das MfS — fest in den Händen der SED. Von einer freien und gleichberechtigten Beteiligung der übrigen Parteien konnte keine Rede sein⁴⁶⁾. Noch am 6. Oktober wiesen Mitglieder der CDU und LDP auf die Chancenungleichheit hin und forderten, sämtliche Kandidaten der beiden Parteien von den Einheitslisten zu steichen: „Die ganze Welt weiß inzwischen, und wir, die wir unmittelbaren Einblick in die vorbereitenden Maßnahmen bekommen haben, können nur bestätigen, daß die Voraussetzungen für eine wirklich freie und geheime Wahl nicht im geringsten Umfange gegeben sind . . . Die gesamte Wahlvorbereitung liegt in den Händen von sogenannten Instruktoren und damit der SED . . . Nach unseren einwandfreien Feststellungen und Beobachtungen steht fest, daß die Wahlen am 15. Oktober nur ein gemeines Betrugsmanöver sind, das mit dem Ansehen beider

Parteien nicht vereinbar ist . . . (Die) Konsequenzen können nur darin bestehen, daß die Parteileitungen der CDU und LDP unverzüglich sämtliche Kandidaten in allen Gemeindevertretungen, Kreistagen, Landtagen und der Volkskammer zurückziehen.“⁴⁷⁾

Diese Forderung war 1950 bereits völlig aussichtslos. In den Fällen, wo einzelne Mitglieder der bürgerlichen Parteien sich aktiv zu verweigern suchten, schaltete sich sofort das MfS ein. So berichtete die Kreisdienststelle Templin über eine „besonders starke gegnerische Tätigkeit“ in Lychen. Hier hatte der Ortsgruppenvorsitzende Stoldte im August 1950 die 80 Mitglieder zählende Parteigruppe der LDP aufgelöst, um eine Beteiligung an den Wahlen zu verhindern. „Da diese Stadt als Kurort bürgerlich ist, mußte man annehmen, daß durch diesen Schritt des Stoldte ungefähr 50 Prozent der Wähler abfallen konnten. Durch V-Personen und Zusammenarbeit der örtlichen Organe konnte festgestellt werden, daß weder der Ausschuß der Nationalen Front noch der Block oder andere Personen in der Lage waren, die Partei neu zu gründen. Auch der Vertreter Ingo von Körber erreichte kein Ergebnis. In den letzten zwei Wochen vor der Wahl wurde Stoldte vom Dienststellenleiter zur Verwaltung für Staatssicherheit geladen und erschien auch zwei Tage später. Ihm wurde der Standpunkt richtig klar gemacht. Er wurde noch ein zweites Mal geladen und verpflichtet, die Gründung einer LDP zu veranlassen, selbst keine Funktion zu übernehmen, jedoch seine Bereitschaft zur Teilnahme an der Volkswahl zu erklären. Auch die neue Parteileitung der LDP hätte noch vor der Wahl in einer öffentlichen Versammlung zum Wahlprogramm der Nationalen Front Stellung zu nehmen. Stoldte bestellte einen Vertreter vom Kreis und vom Landesverband und führte drei Tage vor der Wahl die Gründungsversammlung durch. Andere Funktionäre wurden gefunden und übernahmen die Führung. Ein V-Mann wurde vorher aus den ehemaligen Funktionären der LDP geworben. Das Ergebnis dieser Aktion war ein fast 100prozentiger Erfolg.“⁴⁸⁾

Auch wenn solche Fälle aktiver Verweigerung die Ausnahme blieben, bestätigen andere Berichte des MfS die Zurückhaltung von Mitgliedern der CDU und LDP. „Die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien ist nicht stärker sondern schwächer geworden“, mußte die Verwaltung Sachsen-Anhalt Ende September feststellen⁴⁹⁾.

⁴⁴⁾ Ebd., Allg. S 11/51, Bl. 29–30, „Bericht über die Wahlvorbereitung, veranlaßt durch das Ministerium des Innern“ vom 28. 9. 50.

⁴⁵⁾ Ebd., Allg. S 11/51, Bd. 1, Bl. 25–28, Wahlinstruktion „an die Herren Landes- und Kreiswahlleiter“, o. D. Der Modus der Nein-Stimme, die nach dem Gesetz nicht vorgesehen war, wurde in der DDR bis zu den Kommunalwahlen quasi als Staatsgeheimnis gehütet; vgl. Wahlfall 89. Eine Dokumentation, S. 9, Eingabe o. D. (Frühjahr 1989) an das Zentralkomitee der SED, z. Hd. des Sekretärs Egon Krenz.

⁴⁶⁾ Vgl. dagegen J. Cerny (Anm. 5), S. 181. Die von Cerny angeführten Zahlen zur Beteiligung von Mitgliedern aller Parteien als „Wahlhelfer“ sind Propagandazahlen.

⁴⁷⁾ Resolution an den Hauptvorstand der CDU vom 6. 10. 1950 (vgl. Anm 29).

⁴⁸⁾ Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 11/51, Bd. 4, Bl. 70–72, Bericht der Dienststelle Templin „über die Arbeit des Gegners und die Arbeit der Verwaltung für Staatssicherheit“, o. D. (etwa 17. 10. 1950).

⁴⁹⁾ Ebd., Allg. S 221/66, Bl. 226–228, Wahlbericht der Verwaltung Sachsen-Anhalt vom 25. 9. 1950.

Bereits bei der Kontrolle der Wahlvorstände hatte das MfS V-Leute in diese eingeschleust bzw. angeworben: „Im Zuge der Wahlvorbereitung wurden im Kreisgebiet 177 Wahlbezirke aufgestellt. In jedem Wahlausschuß wurde ein V-Mann geschaffen. Es handelte sich hierbei um den Wahlleiter oder um den Schriftführer, je nach Brauchbarkeit der Person. Diese V-Leute wurden ausnahmslos schriftlich verpflichtet.“⁵⁰⁾

Mit Hilfe dieser V-Leute lenkte und kontrollierte das MfS in der dritten Phase seiner Tätigkeit am Wahltag u. a. den Einsatz der offiziellen „Schlepperdienste“, die durch Aufsuchen der Wähler, die ihre Stimme noch nicht abgegeben hatten, die Wahlbeteiligung steigern sollten. Zu diesem Zweck wurden auch Blanko-Wahlscheine benutzt. Dadurch kam es zuweilen zu einer über hundertprozentigen Wahlbeteiligung, die das MfS zu nachträglichen Korrekturen „zwang“: „Bei Überprüfung der Protokolle der örtlichen Wahlvorstände in der Kreisverwaltung (für Staatssicherheit) hat sich zum Teil eine Wahlbeteiligung von bis zu 115 Prozent ergeben. Der Landrat brachte zum Ausdruck, daß es sich um Rechenfehler handelt bzw. Stimmzettel durcheinander geworfen oder doppelt gezählt wurden. Die Korrektur wurde ohne Hinzuziehung der örtlichen Wahlvorstände in der Form vorgenommen, daß die Prozente über 100 Prozent von ungültigen bzw. Gegenstimmen abgezogen wurden, und sich dadurch die neuen Zahlen ergeben haben . . . Anstelle von 86 ungültigen Stimmen sind jetzt 46 ungültige Stimmen und anstelle von 76 Stimmen gegen die Kandidaten der Nationalen Front sind jetzt 17 Stimmen dem Landeswahlleiter mitgeteilt worden . . . Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß bei Veröffentlichung der neuen Zahlen die Möglichkeit besteht, daß die bei der Auszählung festgestellten Stimmergebnisse zusammengetragen werden und sich dadurch eine Differenz wie angegeben ergibt.“⁵¹⁾

Für das MfS lassen sich derartige Eingriffe nur auf der Ebene der Kreisdienststellen nachweisen. Die Staatssicherheit war aber offensichtlich nicht die einzige Instanz, die Fälschungen vornahm bzw. veranlaßte. Der letztendliche Betrug wurde auf der zentralen Ebene vorgenommen. Das ergibt sich aus der Differenz zwischen der nach der Schließung der Wahllokale gemeldeten Wahlbeteiligung und den schließlich vom Wahlleiter bekanntgegebenen Zahlen (vgl. Tabelle 2):

⁵⁰⁾ Ebd., Allg. S. 11/51, Bd. 4, Bl. 59, Bericht der Dienststelle Perleberg „über die Arbeit des Gegners und die Arbeit der Verwaltung für Staatssicherheit“, o. D. (etwa 17. 10. 1950).

⁵¹⁾ Ebd., Allg. S. 11/51, Bd. 3, Bl. 65–68, Bericht der Dienststelle Nauen über „Schwächen der Partei und des Staatsapparates bei der Durchführung der Wahlen“ vom 17. 10. 1950.

Tabelle 2: Wahlergebnisse (Wahlbeteiligung in Thüringen, in Prozent)⁵²⁾

Meldung der Landesbehörde der Volkspolizei, 20.10 Uhr		offizielles Ergebnis
Stadtkreise: Erfurt	83,9	97,3
Gera	91,7	
Jena	80,8	95,9
Weimar	87,8	95,9
Durchschnitt der Stadtkreise	85,7	
Landkreis: Eisenach	87,1	97,5
Durchschnitt der Landkreise	89,7	
Gesamtdurchschnitt der Stadt- und Landkreise (Thüringen)	89,1	98,16

Die Meldungen der Landesbehörde der Volkspolizei werden erhärtet durch die Abschlußberichte der Kreisleitungen der SED, deren Zusammenfassung ebenfalls dem MfS vorlag: „Alle Kreisberichte zeigen, daß es durch den verstärkten Einsatz des Schlepperdienstes gelungen ist, die Wahlbeteiligung in fast ausschließlich allen Kreisen auf 90 bis 95 Prozent zu steigern.“⁵³⁾

Mit der Fälschung der Wahlergebnisse war der letzte Schritt des Wahlbetrugs vollzogen. Das MfS wertete die Wahlen als einen Erfolg seiner Arbeit und postulierte für die Zukunft, „reicher an Erfahrung an die Aufgaben heranzugehen, die uns von der Partei gestellt werden“⁵⁴⁾.

Die Untersuchung der ersten Wahlen in der DDR verdeutlicht die Labilität der politischen Konstituierung des „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates“. Die Errichtung dieses Staates konnte sich nicht auf die freie Willensäußerung seiner Bürger gründen. In bewußtem Gegensatz zur westlichen Geschichtsschreibung übernahmen DDR-Historiker die Interpretation der SED-Führung und verdeckten damit die Problematik der DDR-Gründung. „Mit diesem Wahlergebnis bekannte sich das Volk der DDR zur Arbeiter- und Bauernmacht.“⁵⁵⁾ Unter den spezifischen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegsperiode war die DDR das Ergebnis der mit allen Mitteln vorgenommenen Verteidigung der seit 1945 durch die KPD/SED in

⁵²⁾ Ebd., Allg. S. 221/66, Bl. 32, Meldung der Landesbehörde der Volkspolizei, VP-Oberkommissar Heidenreich.

⁵³⁾ Ebd., Allg. S. 221/66, Bl. 158–160, (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) Org. Instr.-Abteilung — Parteiinformation, 15. 10. 1959, 23.20 Uhr, Zusammenfassung der Abschlußberichte der Kreis- und Landesleitungen.

⁵⁴⁾ Ebd., Allg. S. 11/51, Bd. 1, 31–35, Abschlußbericht der Abteilung VI über die Volkskammerwahl vom 17. 10. 1950.

⁵⁵⁾ Geschichte der DDR, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Berlin 1981, S. 127.

Weiter wurde festgelegt, nach Absprache mit dem Innenminister Hegen⁵⁸), Chefinspektor Weikert⁵⁹) und mir, daß bei einem ungünstigen Wahlergebnis wir eine Veränderung des Abstimmungsergebnisses vornehmen, das heißt bei der Stelle zu korrigieren, wo die Zusammenzählung erfolgt, dieses wurde verabredet in der Form, daß theoretisch alles besprochen wurde unter meiner Leitung, Hegen war einverstanden, und so wurden alle Vorbereitungen dazu getroffen.

In der Zeit vom 7. 10.—12. 10. führte ich die Besprechungen unter vier Augen mit den Dienststellenleitern durch, Magdeburg, Genthin, Stendal, Osterburg, Salzwedel, Gardelegen, Haldersleben, Wolmirstedt, Werniggerode, Eisleben, Quedlinburg, Liebenwerda, Harzburg, Torgau, Weißenfels, Merseburg, Bitterfeld, Wanzleben, Wittenberg, Sangershausen, Schönebeck, Bernburg und . . . (?). Ich verpflichtete unsere Leute zum Schweigen und nur persönlich das Ansprechen durchzuführen. Am Sonnabend erhielt ich Bescheid, daß in den Kreisen die Absprachen durchgeführt waren.

Am 13. 10. sowie am 14. 10. fand dann nochmals die genaue Absprache mit Innenminister Hegen statt, wobei genau alles festgelegt wurde. Wir hatten vorgesehen, daß die jeweils als schwache und schlechte Kreise bekannt waren, zu je drei Kreisen in einem Zimmer des Innenministeriums zusammenzulegen, so daß ungefähr sechs Zimmer zusammenkamen, besetzt mit unseren Leuten, dazu im Rechenzimmer zwei Leute mit der elektrischen Rechenmaschine, welche die Endresultate der Kreise zusammenrechnet, dieses auch unsere Leute, dann zwei Verbindungsleute sowie der Leiter der Abteilung VI als direkter Verantwortlicher mit dem Innenminister, so daß wir immer die Möglichkeit hatten, ohne Wissen der Zähler in den einzelnen Empfangszimmern das Endresultat zu korrigieren. Unsere Leute welche den Empfang leiteten, konnten nie die Gesamtkontrolle haben, da die Meldungen sofort weitergegeben wurden und bei der Rechenmaschine in den Gesamtzahlen mit untergingen. So daß faktisch nur der Leiter Hoske, Hegen und allenfalls die Verbindungsleute zu den Zimmern eine genaue Kontrolle hatten.

Außerdem waren alle Zähler und Aufnehmer verpflichtet über die Ergebnisse zu schweigen.

⁵⁸) Josef Hegen (1907—1969), Bergarbeiter, 1924 Mitglied der KPC, 1929—1934 Mitglied des ZK der KPC, 1945 KPC-Instrukteur in Karlsbad, 1946 Übersiedlung in die SBZ, 1948—1950 Chef der VP in Sachsen-Anhalt, 1950—1952 Innenminister in Sachsen-Anhalt, nach 1952 verschiedene Funktionen im Staatsapparat.

⁵⁹) Martin Weikert (geb. 1914), 1935 Mitglied der KPC, 1946 Übersiedlung in die SBZ, 1946—1949 Leiter der K5 in Sachsen-Anhalt, 1950—1982 verschiedene Funktionen im MfS, u. a. Stellvertreter des Ministers bzw. des Staatssekretärs, Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt.

Außer diesen Maßnahmen hatten wir in dem gesamten Gebiet von Sachsen-Anhalt über 70 Prozent der Wahlvorstände als Gewährsleute und 28 Prozent als V.L. (Vertrauens-Leute, J. L.), so daß auch hier in letzter Minute noch eine Möglichkeit der Hilfe bestand, in bezug auf die Protokolle und Berichte. Auf Grund der guten Beteiligung bei der Wahl waren die letzteren Maßnahmen nicht notwendig, aber es wäre durchgeführt worden, wenn das Resultat ein schwaches gewesen wäre.

Einige Schwächen hatten sich herausgestellt, indem die Instruktion in bezug (auf die) gültigen und ungültigen Stimmen zu stur gehandhabt wurden, wo(bei) in den meisten Fällen unsere Leute Schuld tragen, welche sich an die Anweisung hielten, daß alle Stimmzettel als gültig zu erklären sind, wo nur die leichteste Möglichkeit dafür vorhanden war, das heißt alle rechneten mit einer schlechten oder nur knappen Zahl der Zustimmung und hatten vergessen, daß die Wahlbeteiligung und das offene Abstimmen, welches in fast allen Gemeinden durchgeführt wurde, eine andere Situation schuf. Hier zeigte es sich wieder, daß wir unsere Agitation und den Einsatz der Instrukteure sowie Aufklärungsgruppen unterschätzt hatten, nicht zuletzt die Reden und Kundgebungen, die durchgeführt wurden, sondern auch die merkbliche Besserung der Lebenshaltung hat diesen Umschwung mitbewirkt.

Bis zum 17. 10. 50, 24.00 Uhr waren insgesamt 724 Berichte von den V.L. und Gewährsleuten angefallen, weitere kommen noch am 18. und 19. 10. dazu, da es nicht möglich war, in der Zeit von Sonntag bis Dienstag die große Zahl der Verpflichteten zu treffen.

Über die Schwächen und Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der V.P. und Kripo liegen einige beachtliche Vorkommnisse vor, welche ich aber nochmals überprüfen müßte, nicht ausgeschlossen ist, daß unsere Leute eine Teilschuld mittragen, da sie immer noch nicht begriffen haben, daß man nicht so sehr die Dienststelle in den Vordergrund stellt, sondern es auf eine gute Zusammenarbeit auf der Basis der Vertrauensleute innerhalb der V.P. und der eigenen Qualität im Umgang mit den Leitern der V.P. Dienststellen ankommt. In den meisten Kreisen ist die Zusammenarbeit gut, wo wir einen Teil Leute von V.P.K.A. (Volkspolizeikreisamt) in unseren Dienststellen haben, die am Ort geblieben sind, macht sich ein Gegeneinanderarbeiten bemerkbar.

Ein krasser Fall von Unverständnis kam zum Beispiel in Bernburg vor. Dort forderte der Leiter der Abteilung K (Kriminalpolizei), daß die in seinem Kreisgebiet befindlichen Wahlleiter ihm stündlich Bericht zugeben haben über den Stand der Wahl, was mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß die

Anordnung des Innenministers eine andere Form vorsieht. Worauf der Leiter K sehr ausfallend wurde, so daß unser Leiter ihn zurecht weisen mußte, da erklärte der Leiter K, was sich die Staatssicherheit bloß einbildet, da hat ja die

S.K.K.⁶⁰⁾ der Stasi eine schöne Sache angedreht, das sie über der V.P. des Kreises steht, so und ähnlich liegen noch einige Beispiele vor.

Thümmler

Dokument 2 Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung in Brandenburg⁶¹⁾

(Ministerium für Staatssicherheit)
(Verwaltung Land Brandenburg)

Potsdam, d. 17. 10. 1950

Bericht

Betr. Sonderauftrag zu den Wahlen

Auf Grund des Auftrags wurden vom 29. 9. bis 4. 10. mit 24 Dienststellenleitern persönliche Ausprachen gehalten, in denen folgende Aufträge gegeben wurden:

1. Eine Aufstellung zu machen über die Gemeinden des Kreises, die bei den vergangenen Wahlen schlecht gewählt haben und die als reaktionäre bekannt sind.

2. Die Bürgermeister aufzusuchen, sie über die persönlichen Verhältnisse der Gemeinde zu befragen und dabei zu erklären, daß der St.(aats) S.(icherheit) das Bestehen einer reaktionären feindlichen Gruppe bekannt ist. Dem Bürgermeister dann wissen zu lassen, daß . . . (?), um die Gemeinde vor den Wahlen nicht zu beunruhigen, man sich nach der Wahl über eventl. Festnahmen klar werden wird.

3. Ähnlich mit dem Leiter der Ortsgruppe der SED zu sprechen. Aber dabei erreichen, daß die Partei beginnt den Reaktionären einen offenen Kampf anzusagen.

4. Aus der Unterhaltung mit dem Bürgermeister und Leiter der Partei sollte wenigstens eine Person bekannt werden, die sich durch reaktionäre Auffassungen bemerkbar gemacht hat. Diese Person sollte dann ca. 2 Tage danach durch einen VP-Angehörigen zum nächsten VP-Revier oder zur Dienststelle der St(aats) Si(icherheit) geladen werden.

5. Privatbesitzer, die eine Anzahl Arbeiter beschäftigen, sollten auf die Dienststelle geladen werden und dort soll ihnen erklärt werden, daß Beschwerden aus den Kreisen ihrer Arbeiter gekommen sind, weil sie von ihren Unternehmern im antidemokratischen Sinne beeinflußt werden.

6. VEB- (und) MAS(Maschinenausleih-Station)-Leiter sollten aufgesucht werden und in einer Rücksprache sollte den Leitern der Auftrag gegeben werden, sich stärker für die fortschrittliche politische Entwicklung ihrer Arbeiter und Angestellten einzusetzen. Die Betriebsleiter sollten angehalten werden, sich individuell mit rückschrittlichen Arbeitern und Angestellten zu beschäftigen.

7. Die Dienststellenleiter wurden angewiesen, in den reakt.(ionären) Gemeinden in den Wahlvorständen die V-Leute selber zu werben, um einen persönlichen Eindruck über ihre Zuverlässigkeit zu bekommen.

Die Tätigkeit der Dienststellenleiter wurde in der darauffolgenden Zeit von mir kontrolliert. Die Dienststellenleiter waren von aller anderen Arbeit freigestellt.

Bis zum 14. 10. wurde folgende Arbeit durchgeführt:

366 Bürgermeister wurden aufgesucht,
298 Leiter der Ortsgruppen der SED wurden aufgesucht,
209 Reaktionäre wurden auf die Dienststellen oder VP-Revier geladen,
50 Besitzer von Privatunternehmen wurden aufgesucht oder geladen,
86 V(olks)E(igene)-Betriebe wurden angelaufen (diese Zahl liegt aber viel höher, weil die Operativ-Arbeiter entsprechenden Auftrag hatten).

Von den 209 Reaktionären haben sich 9 abgesetzt, vier vor der Rücksprache und drei danach.

Am 12. 10. wurden die neun zuverlässigsten und intelligentesten Genossen der Verwaltung zusammengerufen und auf alle Kreise als Instruktoren verteilt.

Sie wurden über die Aufgaben, die den 19 Dienststellenleitern gestellt worden waren, informiert und erhielten den Auftrag, die Tätigkeit zu kontrollieren und wenn notwendig, selber einzugreifen. Dieser Einsatz war für die Erfüllung der Aufgaben sehr förderlich und ermöglichte, daß auch in den Kreisen, wo die Leiter nicht informiert waren, die Schwerpunkte bearbeitet wurden.

Am 14. 10 um 21.00 Uhr wurden die neun Instruktoren zur Verwaltung gerufen und erhielten folgende Instruktion:

⁶⁰⁾ Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland.

⁶¹⁾ Zwischenarchiv Normannenstr., Allg. S 11/51, Bd. 2, Bl. 51—59, handschriftlich, um den Text überhaupt lesbar wiederzugeben, wurden die wesentlichsten grammatikalischen und orthographischen Fehler korrigiert, allgemeine Abkürzungen aufgelöst, eindeutig fehlende Wörter in Klammern ergänzt und nicht entzifferbare Wörter durch „ . . . (?)" gekennzeichnet.

1. Die Dienststellenleiter der ihnen zugewiesenen Kreise werden beauftragt, am 15. die Wahlbeteiligung sehr aufmerksam zu verfolgen, um rechtzeitig die Schwerpunkte zu erkennen.

2. Die Instrukteure müssen in den Nachmittagsstunden die Kreise klar überblicken können, um für die Schwerpunkte folgende Anweisung zu geben:

a) verstärkte Tätigkeit durch Einsatz von Wahl-schleppern und, wo damit nichts mehr zu erreichen ist, sofortige Aufnahme der Verbindung mit den Wahlvorständen (V-Leute in den Wahlvorständen), und sie zu veranlassen, fliegende Wahlurnen in Aktion treten zu lassen, um angeblich vergessene Kranke und Invaliden in der Wohnung aufzusuchen. Dabei aber alle Wahlsäumigen aufzusuchen. Wo die Wohnung nicht geöffnet wird oder wo die Wahl abgelehnt wird, sollen die V-Personen die Stimmzettel in die Urnen werfen.

b) Wo alles versagt, sollen, wenn es für das allgemeine Wahlergebnis unbedingt erforderlich ist, Veränderungen an den Wahlprotokollen vorgenommen (werden) und zwar auf dem Wege vom Wahllokal zur Wahlleitung.

Diese Maßnahmen sind nirgend realisiert worden. Die Instrukteure hatten es in den meisten Fällen nicht einmal nötig, die Dienststellenleiter zu informieren, weil in den Kreisen in den frühen Nachmittagsstunden die Wahlbeteiligung klar war. Lediglich in Belzig und Cottbus wurde je ein V-Mann eingeweiht.

Die Durchführung dieses Sonderauftrages hat zweifellos bedeutend zu dem Wahlergebnis beigetragen. Einige Dienststellenleiter sind am Wahltage Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung stockte, angelaufen und haben die Bürgermeister zur Verantwortung gezogen. Der Erfolg war, daß in kurzer Zeit die Wahlbeteiligung sprunghaft anstieg. Dies war besonders in den Kreisen Westprignitz, Niederbarnim, Teltow und Nauen der Fall.

Das Anlaufen der Bürgermeister und Leiter der Ortsgruppen vom 1. 10. bis 15. 10. zeigte aber noch einige wesentliche Momente:

1. Die Bürgermeister und Parteileiter sind in vielen Fällen veraltet und haben keine politische und klassenmäßige Bindung zur Partei. Sie stehen stark unter dem Einfluß reaktionärer Kreise.

2. Sie verkörpern auf der anderen Seite, besonders die Bürgermeister, eine sehr starke Autorität. Ihr Verhalten und ihr Wort ist maßgebend im Ort und wird von fast allen Schichten befolgt.

3. Sind die Bürgermeister wertvolle Informationsquellen. Wobei es aber ratsamer erscheint, sie offen anzusprechen und von ihnen zu fordern, als sie zu V-Leuten zu machen. Sie brauchen offiziellen Druck.

Die Bedeutung der Bürgermeister ist in der Vergangenheit von hier nicht genügend erkannt worden.

Einige Beispiele über die Auswirkung der Vorladung von reaktionären Elementen auf die Dienststelle der Verw.(altung) f.(ür) St.(aat's) Si.(cherheit):

1. Frau Schenke Vorsitzende der Ortsgr(uppe) der CDU in Beetz, Kreis Ost-Havelland, hatte die CDU-Funktionäre abgehalten, an der Blockarbeit teilzunehmen, ferner war sie gegen die Wahl. Frau Sch. hat in den letzten Tagen aktiv an den Wahlarbeiten teilgenommen und war am 15. eine der ersten Wähler.

2. Der Bauer Krüger in Bugk, Kreis Fürstenwalde hatte erklärt, daß nach den Wahlen alle Wirtschaften enteignet werden, die mit der Soll-Erfüllung im Rückstand sind. Er hatte in der letzten Wahlversammlung die Gemeinde aufgefordert, sich . . . (?) an der Wahl zu beteiligen.

3. Der Besitzer einer Maschinenreparaturwerkstatt in Perleberg ist gegen die Wahl aufgetreten. Er ist Mitglied der CDU und von seinen 34 Angestellten sind 18 CDU Mitglied. Am Tage nach der Rücksprache nahm die Belegschaft eine Entschließung an, sich (zu) 100 Prozent an der Wahl zu beteiligen. Ein entsprechendes Transparent wurde ausgehängt.

4. Im Dorf . . . (?) erklärte der Bauer Dommescheck, daß nach der Wahl Verschiedene abgeholt werden würden. In einer Dorfversammlung gab er dazu eine Erklärung ab und hat in den Tagen vor der Wahl gut gearbeitet.

5. In Lychen, Kreis Templin, hat der ehemalige Vorsitzende der LDP Stoldte die gesamte LDP zerschlagen. Er hat den Rat erhalten die LDP wieder ins Leben zu rufen und einen Aufruf zur Wahlbeteiligung und für die Nationale Front herauszugeben. Dies tat er und hat aktiv für die Wahl gearbeitet.⁶²⁾

6. Der Vorsitzende der NDPD von Kummersdorf, Luther, hetzte gegen die SED u(nd) gegen die Wahl. Am nächsten Tag berief er eine Mitglieder-versammlung ein und bewirkte eine aktive Teilnahme an den Wahlarbeiten.

7. Der Bauunternehmer Lau in Mahlow war reaktionäres LDP-Mitglied. Er klärte in (einer) Belegschaftsversammlung seine Arbeiter und Angestellten auf und ermutigte sie, für die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen.

Potsdam, den 17. 10. 50

Gotmann

⁶²⁾ Vgl. oben, S. 25.

Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR

Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit

I.

In den ersten Jahren der Existenz der DDR offenbarte wohl nichts in so nachdrücklicher Weise die Instabilität des SED-Regimes wie die Vorgänge im Juni/Juli 1953. Der 17. Juni wurde zum Symbol des Widerstandes gegen das Herrschaftssystem im sogenannten ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat. Jegliche Beschäftigung der DDR-Historiker mit diesem Ereignis hatte nach Maßgabe der führenden SED-Ideologen auf die Deutung hinauszulaufen, daß es sich um einen von westlichen Provokateuren gesteuerten konterrevolutionären Putsch gehandelt habe. Dieser Vorgabe ordnete sich die offizielle DDR-Geschichtsschreibung willig unter. Demgegenüber widmeten die Historiker im anderen Teil Deutschlands, trotz der schwierigen Quellenlage, diesen Vorgängen weit größere Aufmerksamkeit¹⁾. Dabei stellten sie nahezu einhellig heraus, wie absurd die Einschätzung der DDR-Historiker war. Zu Recht betonte Christoph Kleßmann, daß die stereotype Wiederholung der These vom konterrevolutionären Putsch in der DDR offenbarte, „wie traumatisch belastet dieses Datum für den ‚ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat‘ nach wie vor ist“²⁾. Nicht von ungefähr fragte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, am 31. August 1989 seine Untergebenen: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“³⁾

Die Untersuchung der Vorgeschichte der Ereignisse im Juni/Juli 1953 zeigt, daß die Zuspitzung der

politischen und wirtschaftlichen Lage nach der Verkündung des Überganges zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 entscheidend für den Ausbruch des Aufstandes war. Die Weisung der Parteiführung Mitte Mai 1953, die für die Produktion wichtigsten Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent bis zum 1. Juni zu erhöhen, brachte das Faß zum überlaufen. Die Hauptursache für die Aktionen im Juni/Juli lag jedoch, wie Karl Wilhelm Fricke feststellte, „in der planmäßigen, zielbewußten Errichtung eines politischen Regimes begründet, das – dem Schein nach ein Mehr-Parteien-System – tatsächlich auf eine Diktatur der SED hinauslief und das alle politischen Freiheiten und Bürgerrechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung durch freie Wahlen verweigerte“⁴⁾.

Die Tatsache, daß die einschlägigen Bestände in den DDR-Archiven wie Staatsgeheimnisse gehütet wurden und damit für „bürgerliche“ Historiker unzugänglich blieben, beeinflusste die Bewertung der Aktionen im Juni/Juli 1953 allerdings wesentlich. So betonte noch jüngst Lutz Niethammer, daß im Gegensatz zu den Ereignissen in Ungarn und Polen 1956 sowie in der ČSSR 1968 „dieser ein- bis zweitägige Protest in der DDR in seinem Charakter undeutlich und umstritten (ist); jedenfalls war er kurz aber früh“⁵⁾.

¹⁾ Vgl. Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Stuttgart 1983; Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), *17. Juni. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982.

²⁾ Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1986, S. 277.

³⁾ Armin Mitter/Stefan Wolle, *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989*, Berlin 1990, S. 125.

⁴⁾ Karl Wilhelm Fricke, *Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, in: I. Spittmann/K. W. Fricke (Hrsg.) (Anm. 1), S. 5.

⁵⁾ Lutz Niethammer, *Was haben Sie am 17. Juni gemacht? Oder die Nische im Gedächtnis*, Manuskript eines Vortrages, gehalten am 2. November 1990 in Leipzig, S. 1.

II.

Über den Verlauf und den Umfang der Aktionen im Juni/Juli 1953 findet sich gerade in den Beständen des ehemaligen MfS reichhaltiges Material. Obwohl die Führung dieses Ministeriums der Ausbruch des Aufstandes völlig unvorbereitet traf, wurde sie ziemlich schnell handlungsfähig. Zwar können aus dem bisher nur bruchstückhaft durchgesehenen Materialien noch nicht alle Maßnahmen zur Niederschlagung des Widerstandes am 17. Juni sowie den darauffolgenden Tagen und Wochen rekonstruiert werden. Als sicher darf jedoch gelten, daß 1953 neben dem Eingreifen der sowjetischen Truppen insbesondere die Aktivitäten des MfS maßgeblich dazu beitrugen, den Widerstand gegen das SED-Regime zu brechen.

„Die Lage ist außerordentlich ernst. Es geht jetzt darum, wir oder sie“, soll nach Angaben eines Mitarbeiters der damalige Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, am Nachmittag des 17. Juni geäußert haben, als die sowjetischen Panzer bereits im Einsatz waren⁶⁾. Begonnen hatten die Streiks auf der Baustelle am Krankenhaus Berlin-Friedrichshain am 15. Juni. Einen Tag später folgten nahezu sämtliche Baustellen und eine Vielzahl von Betrieben in Berlin. Am 17. Juni brach dann der Aufstand im ganzen Land aus.

Über den Verlauf der Aktionen während dieser Tage gibt es mittlerweile eine breite Literatur⁷⁾. Es begann mit Streiks in den Betrieben, die am 17. Juni in Aktionen einmündeten, an denen sich die breite Bevölkerung beteiligte. In den Betrieben wurde zunächst die Abschaffung der Normerhöhung verlangt und auch die weiteren Forderungen waren vor allem ökonomischer Natur. Bei der Formulierung der Forderungen spielte die Tätigkeit von Gewerkschaftsfunktionären der unteren Ebene eine wichtige Rolle. Bis zu einem gewissen Grad geht dies auch aus der Urteilsbegründung des Berliner Stadtgerichtes im Prozeß gegen vier Hauptangeklagte am 25. Mai 1954 hervor, die zu den Initiatoren des Streiks auf der Baustelle am Krankenhaus Friedrichshain gehört hatten. Die Angeklagten Fettling und Floth beschuldigte das Gericht, sie hätten als „langjährige Mitarbeiter der Gewerkschaft“ wissen müssen, „daß bei Reibungen und Konflikten zwischen Arbeitern und einzelnen Organen des Arbeiter- und Bauernstaates oder der volkseigenen Betriebe, es Aufgabe der Gewerkschaft ist, und somit auch der Funktionäre in den Betrieben, zu denen die Angeklagten gehörten, an der

schnellen und schmerzlosen Beseitigung mitzuwirken“⁸⁾.

Ganz bewußt wurde vermieden, die Rolle der Gewerkschaft bei der Organisierung des Streiks näher zu beleuchten. Aus den Berichten des MfS, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Grundlage für die Anklagebegründung bildeten, wird ersichtlich, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) unter dem Druck der Belegschaft auf der Baustelle am Krankenhaus Berlin-Friedrichshain den Streik beschloß. Fettling war BGL-Vorsitzender. Er gehörte der Delegation an, die am 15. Juni im Sekretariat des Ministerpräsidenten eine Resolution übergab, in der die sofortige Herabsetzung der Normen verlangt und ultimativ eine Antwort des Ministerpräsidenten, Otto Grotewohl, bis zum 16. Juni 12.00 Uhr gefordert wurde⁹⁾.

Nicht nur auf der Baustelle des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain vertraten Mitglieder der BGL konsequent die Interessen der Arbeiter: „Es wurde durch Vernehmungen festgestellt, daß die Mitglieder der Gewerkschaftsleitung in den Betrieben zum größten Teil die Organisatoren waren oder mitmachten“, hieß es in einem ersten zusammenfassenden Bericht des MfS am 19. Juni 1953¹⁰⁾. Zu diesem Zeitpunkt schien die Lage zumindest wieder unter Kontrolle zu sein, nachdem am 17. Juni über 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR durch sowjetische Militärkommandanten der Ausnahmezustand verhängt worden war. Aus einer internen Zusammenstellung des MfS geht hervor, daß im Zusammenhang mit dem 17. Juni in mehr als 300 Orten Aktionen der Bevölkerung stattfanden. Dabei handelte es sich unbestritten nur um die wichtigsten Zentren, denn in den Akten fanden sich noch weit mehr Namen, die in der Zusammenstellung fehlen. Es wurde darin nach Orten unterschieden, in denen „Streiks“ (157), „Zusammenrottungen zur Demonstration“ (82), „Faschistische Provokationen“ (49) und „Gefangenenbefreiungen“ (22) stattfanden¹¹⁾.

Am 18. Juni leitete die Führung des MfS eine massive Verhaftungswelle ein. Durch einen von Erich Mielke unterzeichneten Befehl erhielten die Bezirksverwaltungen folgende Anweisung: „Wo Ausnahmezustand verhängt, sind Streikleitungen, die Streiks organisiert haben, a) unter Losungen: Nieder mit der Regierung, nieder mit der SED, ohne vorherige Prüfung, b) unter ökonomischen Losun-

⁶⁾ Last an Matern 5. August 1953, Zwischenarchiv Normanenstr. (im folgenden: ZN), Bestand Mielke, Ordner 879.

⁷⁾ Vgl. Anm. 1.

⁸⁾ Zit. in: Karl Wilhelm Fricke, Juni-Aufstand und Justiz, in: I. Spittmann/K. W. Fricke (Anm. 1), S. 82.

⁹⁾ Vgl. Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, Nr. C 51/9.

¹⁰⁾ Information (1), 19. Juni 1953, ZN, Allg. S. 9/57, Bd. 13.

¹¹⁾ ZN, Allg. S. 168/56, Bd. 2.

gen: wie Lohnerhöhungen, Herabsetzung der Normen, niedrigere Preise, allgemeine geheime Wahlen, nach Überprüfung der einzelnen Mitglieder, festzunehmen . . .“¹²⁾ Allein in Berlin wurden durch die Volkspolizei (VP) und das MfS bis zum 19. Juni 1 744 Personen verhaftet. Darunter befanden sich zwei komplette Streikleitungen und fünf weitere, die „die Funktion einer solchen ausübten“. Was die Bezirke anbetraf, so betrug die Zahl der von den dortigen MfS-Dienststellen in der Zeit vom Mittag des 19. Juni bis zum Mittag des 20. Juni festgenommenen Streikleitungsmitglieder 263. Der weitaus größte Teil entfiel davon auf die Bezirke Magdeburg (83) und Halle (80)¹³⁾. Am 23. Juni waren 6 325 Personen inhaftiert, ungefähr zwei

Drittel davon in den Dienststellen des MfS, davon wiederum mehr als ein Drittel in der Berliner Zentrale¹⁴⁾. Umso bemerkenswerter ist es, daß noch am 21. Juni beispielsweise nur die Hälfte der Belegschaften der Bau-Unionen arbeitete¹⁵⁾. Die andauernde Verhaftungswelle hatte aber dazu beigetragen, daß — insgesamt gesehen — nur noch vereinzelt gestreikt wurde. Aber noch zu diesem Zeitpunkt befürchtete man in der Zentrale des MfS den Ausbruch von erneuten Streiks. Erst im MfS-Tagesbericht vom 24. Juni stand: „Die Lage in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik war am 24. Juni 1953 absolut ruhig. Irgendwelche Ereignisse, Streiks, Demonstrationen usw. sind nicht vorgekommen.“¹⁶⁾

III.

Parallel zu den Repressivmaßnahmen gegen wirkliche und vermeintliche Initiatoren der Aktionen um den 17. Juni suchte die SED-Führung ideologisch wieder in die Offensive zu gelangen. Am 22. Juni erschien in einer einseitigen Extra-Ausgabe des Neuen Deutschland (ND) eine Erklärung des Zentralkomitees (ZK) der Partei unter der Überschrift „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“. Darin wurde über die auf der 14. Tagung des ZK gefaßten Beschlüsse berichtet. Unter anderem verkündete die Parteiführung, „daß die Funktionäre auf allen Ebenen, die Funktionäre des zentralen Apparates, in den Betrieben und in den Kreisen mit dem morgigen Tage in die Betriebe gehen“¹⁷⁾.

Bereits zwei Tage später begann das ND in großen Lettern Erfolgsmeldungen vom Auftreten der Spitzenfunktionäre zu drucken, bei denen „Tausende einstimmig und kategorisch von den Provokateuren abrückten und den von ihnen und ihren Westberliner Hintermännern inszenierten Putsch als einen Versuch der Faschisten verurteilten, die Verwirklichung der neuen Beschlüsse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich zu machen und die Brandfackel des Krieges zu entzünden“. Die Wirklichkeit sah in der Regel anders aus. Abgesehen davon, daß es sich oft um einen vorher ausgewählten Teil der Belegschaften handelte — zumindest, wenn Spitzenfunktionäre auftraten —, dominierte weitestgehend Kritik am Kurs der Regierung die Diskussionen. In den Stellungnahmen offenbarte sich zudem eindeutig die

Politisierung breiter Teile der Bevölkerung nach dem 17. Juni.

Zwar nahmen bestimmte betriebsspezifische Mängel und die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation breiten Raum in den Diskussionen ein — darauf konzentrierte sich aus naheliegenden Gründen auch die SED-Berichterstattung, wenn überhaupt auf kritische Äußerungen der Werktätigen eingegangen wurde. Mehr oder weniger offen standen jedoch politische Forderungen im Mittelpunkt. Damit sah sich auch Walter Ulbricht am 24. Juni in den Leuna-Werken konfrontiert. In einer „Besprechung zwischen den geladenen Gästen und dem stellv. Ministerpräsidenten, Gen. Walter Ulbricht“, hieß es im MfS-Bericht, stand im „Vordergrund die Forderung nach Redefreiheit, die sie schriftlich bescheinigt haben wollten, Entlassung der politischen Häftlinge, Trennung der Gewerkschaft von der Partei, Neuwahl der BGL usw.“¹⁸⁾. Noch ernüchternder müssen die Eindrücke des Politbüromitgliedes Fred Oelsner gewesen sein, der in einer Versammlung am 26. Juni im Buna-Werk in Schkopau auftrat, an der 600 Arbeiter teilnahmen. Lapidar, aber vielsagend meldete das MfS: „Die Versammlung artete in eine wüste Provokation aus.“ Eine vom Parteisekretär des Werkes verlesene Resolution, in der sich die Teilnehmer der Veranstaltung von den „Provokateuren“ des 17. Juni distanzieren sollten, wurde „mit großer Stimmenmehrheit nicht angenommen“¹⁹⁾.

Unbestritten war die Radikalität, mit der die Belegschaft des Buna-Werkes in Schkopau reagierte, nicht die Regel. Aber die Berichte über die Veranstaltungen mit führenden Parteifunktionären zei-

¹²⁾ Tel. 18. Juni 1953, BV Leipzig, 17. Juni, 4 F.

¹³⁾ Information (3), 21. Juni 1953, ZN, Allg. S. 9/57, Bd. 13.

¹⁴⁾ Tagesbericht 24. Juni 1953, ebenda, Bd. 3.

¹⁵⁾ Vgl. Anm. 13.

¹⁶⁾ Tagesbericht (Anm. 14).

¹⁷⁾ Am nächsten Tag erschien die Erklärung auf der ersten Seite des ND erneut.

¹⁸⁾ Information (1023), 25. Juli 1953, ZN, Allg. S. 9/57, Bd. 3.

¹⁹⁾ Information (1021), 23. Juli 1953.

gen deutlich, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung keineswegs mit der offiziell vorgegebenen Deutung der Ereignisse um den 17. Juni identifizierte. Damit scheiterte die von der Parteiführung eingeleitete ideologische Offensive ebenso wie die mit der Propagierung des Neuen Kurses getroffenen Maßnahmen, durch Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet den Widerstand gegen das politische System einzudämmen. Zu Recht haben Klaus Ewers und Thorsten Quest gegen die These polemisiert, daß die Beteiligung an den Streiks um den 17. Juni, die nach offiziellen Angaben etwa sieben Prozent der gesamten Arbeiterschaft betrug, das gesamte Widerstandspotential gegen das SED-Regime widerspiegeln. Als zutreffend erweist sich im Lichte der Stasi-Akten auch ihre Feststellung, daß bei den Aktionen nach dem 17. Juni weitgehend die Grenzen zwischen Streikbeteiligten und Nichtbeteiligten entfielen und „wie sehr viel größer das Potential an Unzufriedenheit, Protest und Widerstand in den Betrieben war, als es die Zahl der tatsächlich Streikenden vermuten ließ“²⁰⁾.

Zweifellos mußte die politische Führung immer mehr erkennen, daß nur durch Repressivmaßnahmen der Ausbruch erneuter Unruhen verhindert werden konnte. So wurden beispielsweise nach der Veranstaltung in Schkopau vier „Rädelsführer“ sofort verhaftet. „Es wird immer noch beobachtet, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung in öffentlichen Diskussionen zurückhält oder sehr vorsichtig diskutiert. Stimmen, die sich in gemeinster Art und Weise gegen die Regierung richten, werden dem Anschein nach geringer. Das ist teilweise darauf zurückzuführen, daß Gerüchte im Umlauf sind, die von schweren Strafen sprechen.“ Daß es sich nicht nur um Gerüchte handelte, dürfte dem Verfasser des zitierten MfS-Berichtes vom 1. Juli 1953 sicherlich bekannt gewesen sein. Nach einer ersten Schätzung geht schon aus den Materialien des MfS hervor, daß zwischen dem 17. Juni und 1. Juli 1953 8 000 bis 10 000 Personen inhaftiert gewesen sein müssen. Darüber, wieviele Verhaftungen sowjetische Organe vornahmen, fanden sich in den bisher durchgesehenen Akten keine genauen Angaben.

IV.

Nicht nur in den Städten offenbarte sich nach dem 17. Juni die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit den politischen Zuständen in der DDR, sondern auch auf dem Land. Im Zusammenhang mit den Aktionen des 17. Juni wurden nach Angaben des MfS zwar nur 401 Personen aus der ländlichen Bevölkerung festgenommen, aber besonders in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) kam es zu zahlreichen Streiks und Demonstrationen. „Bei den Festgenommenen handelt es sich zum größten Teil um Einzelhändler, ambulante Gewerbetreibende, Schmiede, Gastwirte, Versicherungsangestellte und einige Traktoristen, also nicht um ausgesprochene Landarbeiter“, hieß es in einem zusammenfassenden Bericht des MfS²¹⁾. Die geringe Zahl der Festnahmen und die Tatsache, daß sich unter den Verhafteten nur sehr wenig unmittelbar in der Landwirtschaft Beschäftigte befanden, bedeutet allerdings keineswegs, daß sich die Landbevölkerung im Juni/Juli 1953 weitgehend ruhig verhielt. Mit gutem Grund gelangte Hermann Matern, der Vorsitzende der Parteikontrollkommission (ZPKK), am 11. November in einer Dienstbesprechung des MfS zu dem Schluß: „Ihr wißt, in den Tagen des 17. Juni war auf dem Lande im wesentlichen Ruhe. Es gab keine Unruheherde. Es wäre

aber falsch, anzunehmen, daß der Feind dort keine Positionen hat.“²²⁾

Die Ereignisse um den 17. Juni und die dabei zutage tretende Krise des politischen Systems in der DDR veranlaßte große Teile der Landbevölkerung vor allem in den Tagen und Wochen danach, heftige Kritik an der Partei- und Staatsführung zu üben. Vor dem 17. Juni hatte die forcierte Kollektivierung zu einer Massenflucht der ländlichen Bevölkerung geführt²³⁾. Aus diesem Grund sah sich die Regierung auch veranlaßt, mit der Propagierung des Neuen Kurses bestimmte Benachteiligungen von Einzelbauern gegenüber den Mitgliedern von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) aufzuheben, die insbesondere nach der 2. Parteikonferenz eingeleitet worden waren. Wenige Tage nach dem 17. Juni erfolgte eine Verminderung der Soll-Abgaben für Einzelbauern. Diese Maßnahmen sollten zweifellos dazu dienen, einer Zuspitzung der Lage auf dem Lande entgegenzuwirken. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß die angestaute Unzufriedenheit massiv zum Ausbruch kam.

Bereits Anfang Juni äußerte sich diese Unzufriedenheit darin, daß nach der Propagierung des Neuen Kurses verstärkt Anzeichen sichtbar wurden, daß sich LPG auflösten. Dazu kam es jedoch

²⁰⁾ Klaus Ewers/Thorsten Quest, Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni, in: I. Spittmann/K. W. Fricke (Anm. 1), S. 37.

²¹⁾ Information (1008 a), 8. Juli 1953, ZN, Allg. S. 9/57, Bd. 3.

²²⁾ Referat Matern, 11. November 1953, ZN, Dokumentenverwaltung, Nr. 102272.

²³⁾ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 132 f.

erst nach den Ereignissen Mitte des Monats. Am 25. Juni hatten sich 0,3 Prozent der LPG aufgelöst und bei zwei Prozent wurde davon ausgegangen, daß sie sich bald auflösten. Nach der bereits erwähnten Verminderung des Abgabesolls steigerte sich die Zahl bis zum 1. Juli auf 1,1 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt wurde im MfS davon ausgegangen, daß die „Gesamtzahl der aufgelösten LPG die Zahl von 2 Prozent von den bestehenden LPG unter keinen Umständen übersteigen“ werde: „Es ist sogar zu erwarten, daß von den bevorstehenden Auflösungen von 113 LPG sich die Mehrzahl dieser auf Grund des jetzt verstärkten Einsatzes des Partei- und Staatsapparates nicht auflösen werden. In der Mehrzahl haben sich die LPG auf Grund der letzten Ereignisse ideologisch und organisatorisch gefestigt.“²⁴⁾

Auch in dieser Einschätzung kommt zum Ausdruck, welche Hoffnungen die Partei- und Staatsführung an die verkündete ideologische Offensive knüpfte. Ebenso wie in den Industriebetrieben scheiterten jedoch die Bemühungen, durch Überzeugungsarbeit die Landbevölkerung für den Neuen Kurs zu gewinnen, der zwar ein gemäßigteres Vorgehen bei der Kollektivierung versprach, aber eindeutig auf die „sozialistische Umgestaltung“ auf dem Lande hinauslief. Letzterem sollte ja gerade der „verstärkte Einsatz des Partei- und Staatsapparates“ dienen.

Die dabei gehegten Hoffnungen erwiesen sich jedoch bald als völlig unbegründet. Vielmehr verlief die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Am 18. Juli konstatierte das MfS: „Bisher haben sich also 4,3 % der LPG's aufgelöst. Weitere 5,3 % von allen LPG's beabsichtigen sich noch aufzulösen. Damit wird die Zahl der aufgelösten LPG auf 10 % gesteigert. In weiteren 10 % von allen LPG's haben zahlreiche Mitglieder ihren Austritt erklärt und ihren Betrieb wieder in Einzelbewirtschaftung übernommen.“²⁵⁾ Der Auflösungsprozeß der LPG vor allem im Juli 1953 vermittelt aber nur indirekt einen Aufschluß über die Stimmung der Landbevölkerung. Der Austritt aus einer LPG muß auch als Reaktion der Bauern auf den Neuen Kurs gesehen werden, indem sie die sich bietende Möglichkeit nutzten, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Weitaus deutlicher kam die Protesthaltung breiter Teile der Landbevölkerung in Bauern- und Gemeindeversammlungen zum Ausdruck, die ebenfalls im Zusammenhang mit der ideologischen Offensive der SED durchgeführt wurden. In den Beständen des MfS finden sich eine Vielzahl von Berichten, in denen sich die Gegnerschaft zur Regierung in geradezu drastischer Weise offenbart. Um zu verdeutlichen, wie derartige Versammlungen ab-

liefen, sollen einige Auszüge aus dem MfS-Bericht über die am 15. Juli 1953 in Kribitz, Kreis Plauen, durchgeführte Bauernversammlung zitiert werden:

„Zu Anfang der Versammlung machte der Polit-Leiter der MTS einige Ausführungen über den Druschplan. Der Bauer H. leitete die Provokation ein und schrie: ‚Halt die Gusche, Du Specker‘. Nach dem Referat über den neuen Kurs unserer Regierung, sprach H. in der Diskussion folgendes: ‚Der neue Kurs der Regierung ist falsch, was der Kremel sagt, bringt Unglück, kehrt um vielleicht ist es jetzt noch Zeit, ihr seid die falsche Straße gelaufen. Wir brauchen keinen Pieck und Grotewohl, die sollen abtreten. In drei Monaten ist Adenauer hier, dann sind wir befreit‘. Der Bauer R. äußerte: ‚Die Ernte soll verfaulen und die Pferde sollen sich zusammentreten‘. Zum Bürgermeister sagte er: ‚Zieh Deine Schuhe aus, die sind verkehrt, Eure Partei verrät Euch, sie hält nicht was sie verspricht‘. Der Malermeister F. stand auf und rief: ‚Meine Herren es ist fünf Minuten nach 12, der Tag der Abrechnung ist bald da. Der RIAS, das ist der Sender. Alle Menschen die in der Ostzone für die Menschenrechte kämpfen, werden eingesperrt, fünf Jahre Zuchthaus hat meine Frau dafür bekommen‘ . . . Der Bauer R. stand zum Schluß der Versammlung auf und sagte: ‚Los jetzt steht auf und wir singen das Lied, Deutschland, Deutschland über alles‘. Der Rentner S. stimmte nachdem das Lied: Freiheit die ich meine, an.“²⁶⁾

Der Verlauf der Versammlung in Kribitz bildete durchaus keinen Einzelfall. In einer Vielzahl ähnlicher Zusammenkünfte äußerten sich die Bauern noch weitaus drastischer, wobei insbesondere Walter Ulbricht die Zielscheibe heftigster Kritik bildete: „Warum sperrt man Ulbricht nicht ein? Wir brauchen nicht solche Pappfiguren, wie er eine ist, wir wollen uns selbst eine Regierung wählen“, äußerte beispielsweise unter tosendem Beifall ein Bauer am 7. Juli in Lindenberg, Kreis Potsdam²⁷⁾.

Trotz der Anfang Juli unter der Landbevölkerung herrschenden aggressiven Stimmung ließen sich Fälle von offenem Widerstand nur sehr vereinzelt in den Akten feststellen. „Am heutigen Tage (gemeint ist der 13. Juli, A. M.) legten fünf Gemeindevertreter von Paplitz ihre Arbeit nieder und forderten Rücktritt der Regierung. In beiden Fällen wurde eindeutig Kr. als Rädelsführer festgestellt. Von Kr. selbst ist bekannt, daß er in der Gemeinde das große Wort führt und sämtliche Maßnahmen der Regierung versucht mit Argumenten des Hetzsenders RIAS zu diskreditieren. Besonders enge Verbindungen unterhält Kr. mit dem Pfarrer des Or-

²⁴⁾ Information (1002), 1. Juli 1953, ZN, Allg. S. 9/57, Bd. 3.

²⁵⁾ Information (1008 a), 8. Juli 1953.

²⁶⁾ Information (1022), 24. Juli 1953, Orthographie und Grammatik entsprechen dem MfS-Bericht.

²⁷⁾ Information (1010), 10. Juli 1953.

tes“, meldete ein MfS-Bericht. Kr. hatte bereits wenige Tage zuvor auf einer Bauernversammlung die Regierung heftig kritisiert und eine Resolution unterbreitet, in der die Freilassung von drei Einwohnern aus Paplitz verlangt wurde, die die Ver-

sammelten einstimmig annahmen²⁸). Aktionen wie in Paplitz bildeten jedoch, wie bereits erwähnt, die Ausnahme. Demgegenüber kam es Anfang Juli wieder zu Streikandrohungen und Streiks in den Industriebetrieben.

V.

Es handelte sich dabei zunächst um Streiks von nur wenigen Stunden, in deren Mittelpunkt ökonomische Forderungen wie Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation standen. So wurde beispielsweise im Klement-Gottwald-Werk in Schwerin am 9. Juli die Arbeit niedergelegt. Tags darauf erschien immerhin der Staatssekretär für Schwermaschinenbau, Lunkewitz, mit einem Vertreter des ZK sowie einem Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Löhne im Werk. Lunkewitz erklärte in einer Belegschaftsversammlung, daß die geforderte Erhöhung der Löhne nicht erfolgen könne, versprach aber andere, die Arbeitsorganisation im Betrieb betreffende Probleme zu klären. Darauf verweigerten 25 von 70 Arbeitern in der folgenden Nachtschicht am 10. Juli erneut die Arbeit. Der anwesende Parteisekretär forderte die Streikenden erfolglos zur Arbeitsaufnahme auf. Kurzerhand ließ er die beiden Wortführer, den Schlosserbrigadier P. und den Schlosser W. „in Anwesenheit der streikenden Arbeiter“ festnehmen, die dadurch offenbar so eingeschüchtert wurden, daß sie die Arbeit wiederaufnahmen. Interessant erscheint, was die Staatssicherheit in bezug auf W. berichtete: „W. war im Jahre 1952 im Werk unter dem Spitznamen ‚RIAS‘ bekannt und hat sich schon vor den Ereignissen durch reaktionäre Auffassungen hervorgetan. So z. B. schlug er mit der Faust auf den Tisch und rief: ‚Wenn wir den Frieden und die Einheit Deutschlands haben wollen, gibt es nur eins, unsere Volkspolizei und die Grenze weg, eine geheime, ehrliche Wahl durchführen und nicht eine solche Schiebung wie im Oktober 1950, und dann werden wir weiter sehen‘.“²⁹)

Unbestritten stand hinter den ökonomischen Forderungen der Streikenden Anfang Juli 1953 das Verlangen nach politischen Veränderungen. Denn erst politische Veränderungen ließen die Verbesserung der ökonomischen Situation erwarten. Das zeigte sich in den wesentlich umfangreicheren Streiks am 10. Juli in Jena und vom 15. bis 17. Juli in Buna. Beide Aktionen waren zweifellos der Höhepunkt der zweiten Streikwelle, die Anfang Juli eingesetzt hatte. Der Schwerpunkt lag dabei im mitteleuropäischen Industriegebiet. Zwar sind diese Ak-

tionen von der Anzahl her nicht mit denen um den 17. Juni vergleichbar. Die Hauptursache für die erneuten Streiks war, daß nach dem 17. Juni keine durchgreifenden politischen und ökonomischen Veränderungen erfolgten. Zumindest entsprachen die von der Parteiführung propagierten und teilweise auch eingeleiteten Maßnahmen durchaus nicht den Erwartungen eines erheblichen Teils der Bevölkerung.

Um die Aktionen in Jena und Buna richtig einordnen zu können, ist es notwendig, näher auf deren Entstehungsgeschichte einzugehen. Im VEB Carl-Zeiß-Jena deuteten sich künftige Auseinandersetzungen bereits am 7. Juli an, nachdem Belegschaftsversammlungen in 50 Gewerkschaftsgruppen des Werkes stattgefunden hatten. Der Forderungskatalog der Abteilung Mikro-Oberflächen-Behandlung (MOB) spiegelte dies beispielsweise deutlich wider. Der erste von 33 Punkten lautete: Freie, geheime Wahlen für die Einheit Deutschlands; der letzte: Abbau der zu hohen Gehälter. Das sehr weit gefächerte Spektrum von politischen und ökonomischen Forderungen zeigte die Spontaneität der Diskussion. Aus dem Kommentar des MfS wird ersichtlich, daß es sich um ein durchaus typisches Beispiel handelte. Zu diesem Zeitpunkt, hieß es darin, hätten der Betriebsgewerkschaftsleitung „noch ca. 250 Protokolle mit ähnlichen Forderungen, die aus vorhergegangenen Versammlungen stammen“, vorgelegen. Am 9. Juli tagte dann das Gewerkschaftsaktiv des Betriebes. Daran nahm auch der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Schmidt, teil. Er erklärte, „daß die gestellten Forderungen von zentraler Stelle überprüft werden und in 4 Wochen das nächste Gewerkschaftsaktiv stattfindet, wo zu diesen Fragen nochmals Stellung genommen wird“. Offensichtlich sollte im Laufe dieser Zeit massiv auf die Belegschaft eingewirkt werden, um die Rücknahme der Forderungen zu erreichen. Wohl die wichtigste Ursache dafür, daß Schmidt sie nicht sofort zurückwies, war, daß es dann wahrscheinlich sofort zu Streiks gekommen wäre. Denn der größte Teil von 50 an der Diskussion beteiligten Belegschaftsangehörigen sprach sich für die gestellten Forderungen aus; „Diskussionsredner der SED wurden mit Johlen und Pfeifen empfangen“.

Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es im Betrieb eine Unterschriftensammlung für die Haftentlassung ei-

²⁸) Information (1020), 22. Juli 1953.

²⁹) Information (1012), 13. Juli 1953.

nes der Streikführer vom 17. Juni, Norkus, der zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Am 9. Juli hatten 1 300 Betriebsangehörige unterschrieben. Die Forderung nach Haftentlassung von Norkus war dann auch der Ausgangspunkt des Sitzstreikes, an dem sich am 11. Juli mehr als 2 000 Arbeiter des Zeiß-Werkes in Jena beteiligten. Zwar gelang es durch massiven Einsatz des Repressivapparates eine Ausweitung auf andere Betriebe der Stadt zu verhindern und bereits nach wenigen Stunden den Abbruch durchzusetzen, aber aus der Vorgeschichte wird ersichtlich, wie stark der Protest gegen das politische System war. In dem Bericht des MfS über die Vorgänge in Jena wurde resümierend festgestellt: „Immer wieder ist zu bemerken, daß dort, wo reaktionäre Elemente in Versammlungen gegen die Regierung und deren Maßnahmen auftreten, diese einen großen Teil der Belegschaft für ihre Ziele gewinnen.“ Zweifellos sollte dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß es in erster Linie darauf ankam, das Auftreten von „Provokateuren“ zu verhindern und gleichzeitig die Bedeutung der Tätigkeit der Staatssicherheit bei der Unterdrückung weiterer Protestaktionen hervorgehoben werden³⁰).

In Buna zeigte sich, welche Folgen es hatte, wenn der Repressivapparat die Situation nicht vollständig kontrollierte. Denn dort kam es in der Zeit vom 15. Juli bis zum 17. Juli zu Protestaktionen, die „größere Ausmaße als am 17. 6. erreichte(n) . . .“. Zu berücksichtigen bleibt dabei, daß am 17. Juni 38 Mitglieder der gemeinsamen Streikleitung von Buna und Leuna in Merseburg festgenommen worden waren. Weitere Organisatoren konnten sich wenig später einer Verhaftung nur durch Flucht entziehen. Insofern mußte sich die Streikführung in den darauffolgenden Tagen und Wochen völlig neu organisieren. Die Tatsache, daß dies unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes und der damit verbundenen verschärften Überwachung durch die Sicherheitsorgane geschah, unterstreicht die Bedeutung des Streiks Mitte Juli.

Auch in Buna kündigten sich die Streikaktionen bereits zu Beginn des Monats in den Betriebsgewerkschaftsversammlungen an. So informierte die Abteilungsgewerkschaftsleitung (AGL) des Betriebsteils Elektrowerkstätten in Schkopau die BGL der Chemischen Werke Buna über eine auf der Belegschaftsversammlung am 8. Juli angenommene Resolution „an den Hohen Kommissar der SU, Semjonow . . .“. Sie enthielt 28 Punkte mit überwiegend politischen Forderungen. Aus den ersten sieben wird die Grundtendenz deutlich sichtbar:

„1) Beschleunigte Maßnahmen, die zur Beseitigung der Zonengrenze und den Gegensätzen zwischen

Ost und West und damit zur Einheit Deutschlands führen. — Freie, geheime gesamtdeutsche Wahlen unter Zulassung sämtlicher demokratischen Parteien. — Nach Abschluß eines Friedensvertrages Abzug aller Besatzungstruppen. 2) Sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten. Nichtfreilassung und weitere Verhaftungen aus ungerechtfertigten politischen Gründen werden mit Streik beantwortet. 3) Umgehend Benachrichtigung (innerhalb 24 Stunden) der Angehörigen von Verhafteten, aus welchem Grunde die Inhaftierung erfolgte und wo der Häftling sich befindet. 4) Zulassung von Kommissionen, die sich ohne vorherige Anmeldung zu jeder Zeit über die Zustände in den Gefängnissen informieren können. 5) Wegfall der Schweigepflicht für entlassene Inhaftierte über Geschehnisse und Behandlung während der Haft. (Überbleibsel aus der Nazizeit.) 6) Reduzierung der kasernierten Volkspolizei auf ein Mindestmaß, da wir z. Zt. noch eine Besatzungsmacht haben; junge, gesunde Kräfte zum Wiederaufbau dringend benötigt werden und darüber hinaus erhebliche Mittel unseres Staatshaushaltes für andere Zwecke frei werden. 7) Umorganisation der Gewerkschaft in eine Kampforganisation *aller* Werktätigen. Loslösung der Gewerkschaft von einseitiger Parteipolitik.“

Bei der BGL und der Betriebsparteileitung in Buna gingen in dieser Zeit offensichtlich eine Vielzahl derartiger Forderungskataloge ein, ohne daß ihnen größere Bedeutung beigemessen wurde. Auch die Tatsache, daß vom 17. Juni bis 15. Juli 1953 70 Parteimitgliedsbücher abgegeben oder vernichtet wurden, rief keinerlei Aktivitäten hervor. Immerhin befanden sich darunter sieben Genossen, die vor 1945 der KPD oder SPD angehört hatten, zwei davon sogar seit 1918 bzw. 1919. Offenbar wurde davon ausgegangen, daß die Belegschaft nach dem rigorosen Vorgehen der sowjetischen Besatzungstruppen und der Sicherheitsorgane am 17. Juni keine Aktionen mehr wagte, zumal die Kasernierte Volkspolizei (KVP) und Beauftragte des MfS im Betrieb stationiert blieben. Auch als die Mitglieder der Belegschaft vom Bau G 32 am 10. Juli eine Resolution verfaßten, in der sie den 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Rinkel, ultimativ aufforderten, seine Behauptung zurückzunehmen, daß im Bau G 32 nur Provokateure beschäftigt seien und mit Streik drohten, geschah zunächst nichts. Am 15. bis 17. Juli streikte dann mindestens ein Drittel der 16 000 Beschäftigten des Buna-Werkes. Das ursprüngliche Verlangen an Rinkel spielte dabei keine Rolle mehr und tauchte auch nicht im Forderungskatalog der Streikenden auf, der 30 Punkte überwiegend politischen Inhalts enthielt. Die wichtigsten waren: „1. Freie, allgemeine, gesamtdeutsche Wahlen schnellstens durchführen. 2. Freilassung sämtlicher politisch Inhaftierten. 3. Neuwahl der Gewerkschaftsleitung von der Gruppe bis zur BGL im Werk. 4. Bis zur Neuwahl

³⁰) Information (1011 a), 11. Juli 1953.

keine Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge. 5. Lösung der Gewerkschaft von der Partei, damit die Gewerkschaft ein wirkliches Kampforgan der Arbeiter wird . . .“

Offensichtlich hofften die Streikenden, daß sich weitere Betriebe ihnen anschlossen. Am 16. Juli kam es aus diesem Grund zu Auseinandersetzungen an der Straßenbahnhaltestelle Merseburg-Halle: „Leuna-Arbeiter (wurden) von den Buna-Arbeitern beschimpft, weil sie sich mit dem Sitzstreik nicht solidarisch erklärten.“ Lediglich in einer Abteilung des Leuna-Werkes wurde versucht, einen „Sympathiestreik mit Buna“ auszulösen, der aber, wie es im MfS-Bericht heißt, „im Keime erstickt (werden) konnte, weil diese Personen merkten, daß sofort von seiten aller Organisationen eingeschritten wurde“.

Massiv eingegriffen wurde auch in Buna. Bereits am 15. Juli bildete die SED-Kreisleitung einen sogenannten Kampfstab, dem der 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, zwei Instrukteure des ZK der SED, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und jeweils ein Vertreter der KVP, des Betriebschutzes und des MfS angehörten. Der Einsatz von mindestens hundert Parteiinstrukteuren, die am Nachmittag des 15. Juli mit den Arbeitern diskutierten, und auch ein Gespräch einer Abordnung der Streikenden mit dem Vertreter der sowjetischen Besatzungstruppen, dem Gardeoberst Rodjonow, hatten keinen Erfolg. Rodjonow erklärte der Abordnung, daß es sich um „faschistische Forderungen“ handele und drohte damit, „daß, wer bis 17.00 Uhr die Arbeit nicht aufnimmt, das Werk verlassen soll und als gekündigt gilt“.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juli erfolgten 18 Festnahmen durch das MfS, wobei es sich offensichtlich um die Organisatoren des Streiks handelte. Außerdem traf Fritz Selbmann, der Minister für Erzbergbau und Hüttenwesen, in Buna ein. Selbmann war bei der Niederwerfung des Widerstandes gegen das SED-Regime im Juni/Juli besonders aktiv. In Buna übergab er am 15. Juli um 24.00 Uhr den Mitarbeitern der Staatssicherheit eine Liste mit den Namen von 16 Arbeitern, „die festzunehmen sind, da es sich um Provokateure handelt und ausreichend Material vorliegt“. In den Vernehmungen von zwölf daraufhin Verhafteten fanden die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Behauptungen des Ministers. Als sie sich bei Selbmann erkundigten, „warum er

diese Personen festnehmen ließ, erklärte dieser, daß dies Vorsichtsmaßnahmen gewesen seien“. Das MfS nutzte jedoch die einmal Verhafteten auf ihre Weise, indem sie unter entsprechendem Druck als sogenannte Geheime Informanten — d. h. Spitzel — angeworben wurden: „Da es sich bei diesen Personen um Arbeiter aus verschiedenen Betrieben handelte, wurden diese verpflichtet und entlassen. Es hat sich gezeigt, daß diese Personen bis zum heutigen Tage ihre Treffs einhielten und wertvolle Hinweise gaben.“

Selbmann traf wohl deshalb Vorsichtsmaßnahmen, weil er am 17. Juli im Buna-Werk sprechen sollte. Sein Auftritt endete mit einem völligen Eklat — obwohl in der Nacht zuvor durch umfangreiche Repressivmaßnahmen die Belegschaft eingeschüchtert und damit gefügig gemacht werden sollte. An allen wichtigen Stellen des Werkes wurde KVP stationiert. Am Morgen verhinderten Mitarbeiter der Staatssicherheit und Einsatzkräfte der Partei, daß die Karbidöfen — das „Herz“ des Betriebes — gelöscht wurden, die die Nachtschicht unter Druck hatte wieder in Betrieb nehmen müssen. Trotz der faktischen Besetzung des Werkes durch Sicherheitskräfte ging der Streik aber weiter. 500 Personen nahmen an der Versammlung teil, auf der Selbmann sprach. Die Rede des Ministers wurde mehrfach durch Beifall unterbrochen, „aus Ironie“, wie die Beobachter vom MfS feststellten. Die sich anschließende Diskussion wurde wegen „provokatorischer Reden“ abgebrochen. Daraufhin verließen 80 Prozent der Anwesenden die Versammlung, als Selbmann das Schlußwort hielt, und er mußte seinerseits abbrechen. Durch den massiven Druck der Sicherheitskräfte gelang es schließlich im Laufe des Tages, den Streik niederzuschlagen. Eine der wichtigsten Ursachen, weshalb der Widerstand der Belegschaft in Buna überhaupt solange anhielt, war, daß zwar überwiegend Arbeiter streikten, aber die Angestellten und vor allem die technische Intelligenz sich mit ihnen solidarisierte. „Es kann gesagt werden, daß die Intelligenz des Werkes Buna überwiegend die Losungen der Arbeiter unterstützt“, hieß es im zusammenfassenden Bericht des MfS³¹⁾. Ähnlich war es bei den Ereignissen einen Monat zuvor auch in den Leuna-Werken gewesen³²⁾.

³¹⁾ Information (1021-1021 d), 23. Juli 1953.

³²⁾ Information (1023), 25. Juli 1953.

VI.

Die Ereignisse Mitte Juli in Buna spiegelten die angespannte politische Lage in der DDR zu diesem Zeitpunkt deutlich wider. Die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht mehr bereit war, die uneingeschränkte Herrschaft des SED-Regimes hinzunehmen, mußte sich auch auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen auswirken. So benutzte Walter Ulbricht die anhaltenden politischen Spannungen dazu, um die Kritiker seiner politischen Linie, insbesondere den Chefredakteur des ND, Rudolf Herrnstadt, und den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, aus dem unmittelbaren Führungszentrum zu eliminieren.

Über die diesbezüglichen Auseinandersetzungen in der Parteispitze der SED bietet das von Nadja Stulz-Herrnstadt herausgegebene „Herrnstadt-Dokument“ eine Fülle von Informationen³³⁾. Weniger aufschlußreich ist diese Veröffentlichung dagegen in der Frage, wie die Hauptkritiker Ulbrichts sich zum 17. Juni verhielten und vor allem, welche Schlußfolgerungen sie aus den Ereignissen im Juni/Juli zogen. Das erscheint auch insofern von Bedeutung, weil aufgrund von Materialien aus dem noch immer keiner uneingeschränkten wissenschaftlichen Nutzung zugänglichen SED-Archiv die These aufgestellt wurde, daß mit „dem jähen Abbruch der Diskussion alternativer konzeptioneller Ansätze und der massiven politischen Verurteilung von Rudolf Herrnstadt, Wilhelm Zaisser und anderer Parteifunktionäre wegen Kapitulantentum, Gefährdung der Einheit der Partei und innerparteilicher Putschabsichten . . . 1953 eine historische Chance verspielt (wurde)“³⁴⁾.

Hier ist jedoch festzuhalten, daß – wie für alle Spitzenfunktionäre – auch für Herrnstadt und Zaisser die Brechung des Widerstandes gegen das SED-Regime nach dem 17. Juni vordringlichste Aufgabe war. Auch sie agitierten in den Betrieben und suchten die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie sich für einen faschistischen Putsch hätten mißbrauchen lassen. Wilhelm Zaisser stand zudem an der Spitze eines der wichtigsten Repressivinstrumente, über das die SED verfügte. Bis zu seiner Absetzung, also auch im Juni/Juli 1953, ist Zaisser voll verantwortlich zu machen für das brutale Vorgehen der Staatssicherheit³⁵⁾. Herrnstadt übte nach

den gegen ihn und Zaisser auf dem 15. Plenum vorgebrachten Vorwürfen zunächst Selbstkritik³⁶⁾. In seinen Memoiren distanzierte er sich später aus verständlichen Gründen von seiner Erklärung an die zentrale Parteikontrollkommission vom 31. August 1953. Es spricht vieles dafür, daß Herrnstadt zu diesem Zeitpunkt unter dem Eindruck des breiten Widerstandes gegen das SED-Regime stand. Möglicherweise war er durch Zaisser über die Situation genau informiert. In seiner Erklärung räumte Herrnstadt ein, die „faschistische Provokation“ in ihrer Tragweite nicht voll erkannt zu haben: „Da diese Orientierung fehlte, konnte es dazu kommen, daß in einer Reihe von Aufsätzen eine objektiv falsche und kapitulantenhafte Linie vertreten wurde, und daß dem Feind Versuche gelangen, die Zeitung auszunutzen (Fechner).“

Abgesehen davon, daß Herrnstadt damit die Verurteilung Fechners, des ehemaligen Justizministers, rechtfertigte, zeigte sich in diesen Ausführungen, wie begrenzt seine Vorstellungen in bezug auf „alternative konzeptionelle Ansätze“ waren. Fechner hatte in einem ND-Artikel, der zu seiner Verhaftung führte, lediglich für rechtsstaatliche Grundsätze in den Gerichtsverfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni verurteilt wurden, plädiert³⁷⁾. Ausdrücklich sprach sich Herrnstadt in der Erklärung auch gegen die Trennung von Partei und Gewerkschaft aus. Eine solche Auffassung war ihm ebenfalls unterstellt worden: „Niemand bin ich dafür eingetreten, daß die Gewerkschaften das Forum der offenen Aussprache sein sollen, d. h., daß die Agenten des Ostbüros (der SPD, A. M.) bei uns die Freiheit der Aussprache haben sollen. Ich habe im Gegenteil solche Auffassungen überall, nicht nur hinsichtlich der Gewerkschaften, auf schärfste bekämpft und Agenten, wo ich dazu Gelegenheit hatte, an Ort und Stelle entlarvt. Und nichts habe ich zu tun mit der Perspektive von Schmidt (ich kenne weder ihn noch seinen Fall), die doch offenbar die Perspektive der Preisgabe der Gewerkschaften als einer Organisation der revolutionären Klasse ist; den gegenteiligen Standpunkt habe ich vertreten und begründet.“³⁸⁾ Das mehr oder weniger offen formulierte Bekenntnis von Herrnstadt zur Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei hing möglicherweise auch damit zusammen, daß gerade eine der Hauptforderungen in den Betriebsversammlungen die Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft war.

³³⁾ Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingeleitet und bearb. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Hamburg 1990.

³⁴⁾ Wilfriede Otto, Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1990) 5, S. 658.

³⁵⁾ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Struktur, Aktionsfelder, Köln 1989, S. 27 ff.

³⁶⁾ Herrnstadt an Matern, 31. August 1953, ZN, Bestand Mielke, Ordner 879.

³⁷⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 30. Juni 1953.

³⁸⁾ Herrnstadt an Matern, 31. August 1953, ZN, Bestand Mielke, Ordner 879.

Im Gegensatz zu Herrstadt und Zaisser, die sich aktiv an der Niederschlagung des Widerstandes gegen das SED-Regime beteiligten, zog ein beträchtlicher Teil von Genossen andere Konsequenzen aus den Ereignissen im Juni/Juli 1953: „Nach den Ereignissen in Berlin vom 17. 6. 1953 machte sich eine Welle von Austritten aus unserer Partei bemerkbar. Zuerst wurde bekannt, daß im Reichsbahnamt Kirchmöser mehrere Genossen ihren Austritt aus der Partei erklärten.

Eine dadurch veranstaltete Umfrage zeigte, daß dies kein einzelner Fall war, sondern in allen Bezirken in Erscheinung trat“, wurde in einem MfS-Bericht bereits am 1. Juli festgestellt. Darin war von insgesamt 803 Austritten die Rede, darunter nur von sieben Ausschlüssen. Gleichzeitig wurde eine Fülle von Beispielen dafür angeführt, daß bei „einem großen Teil der Mitglieder unserer Partei eine feindliche Einstellung gegenüber der Partei“ bestand³⁹⁾.

VII.

Die Forderung der SED-Spitze, die Geschlossenheit der Partei zu stärken, resultierte sicherlich auch daraus, daß innerhalb der Blockparteien nach dem 17. Juni zunehmend Tendenzen nach einer eigenständigeren Politik gegenüber der SED und, damit verbunden, das Bemühen um eine stärkere Beteiligung an der Macht sichtbar wurde. Vor allem die Vorstände der Christlich Demokratischen Partei (CDU) und der Liberaldemokratischen Partei (LDP) gerieten im Juni/Juli unter den wachsenden Druck ihrer Basis. Spätestens Ende Juni kam es deshalb innerhalb der Führung der CDU zu Auseinandersetzungen über die Haltung der Partei zum Neuen Kurs. In einer Hauptvorstandssitzung am 26. Juni suchten Otto Nuschke und Gerald Götting trotz verhaltener Kritik an der bisherigen Politik der SED deren Neuen Kurs zu rechtfertigen. Über die Reaktion der übrigen Teilnehmer hieß es in dem Bericht des MfS, „daß fast alle einberufenen Funktionäre der CDU mit der Stellungnahme ihres Vorsitzenden (Nuschke, A. M.) und ihres Generalsekretärs (Götting, A. M.) nicht einverstanden waren“.

Zweifelloos spiegelte dies die Meinung eines beträchtlichen Teils der Mitglieder wider, die „die Leitung ihres Parteivorstandes als ‚Ja-Sager‘ und ihre Parteiführung als Anhängsel der SED“ betrachteten. Unter diesem Eindruck beschloß Götting, in verschiedenen Bezirken die Stimmung an der Basis zu erkunden. Besonders beeindruckt zeigte sich der Generalsekretär unter anderem über das Ausmaß der „Streikstimmung“ im Bezirk Halle. Die Folge seiner Rundreise war eine „ziemlich schnelle Wendung in seiner Einstellung und Handlungsweise . . .“. Dies kam, so der MfS-Bericht, besonders auf einer Sekretariatssitzung am 6. Juli 1953 zum Ausdruck: „Während Götting in der Hauptvorstandssitzung am 26. 6. 1953 den neuen Kurs der Regierung vertrat und verteidigte, hat er auf dieser Sitzung eine völlig andere, zum Teil die Blockpolitik gefährdende Haltung einge-

nommen.“⁴⁰⁾ Die Bestrebungen Göttings liefen letztlich darauf hinaus, daß er mehr politisches Gewicht für seine Partei innerhalb des demokratischen Blocks zu erreichen hoffte.

Die gleiche Situation wie in der CDU herrschte in der LDP. Auch in dieser Partei wurden nach dem 17. Juni breite Teile der Mitgliederschaft wesentlich aktiver als zuvor. Ähnlich wie bei der CDU hofften auch hier die Spitzenfunktionäre mehr Einfluß in der Regierung zu gewinnen. Offenbar bemühten sich beide Parteien sogar um ein koordiniertes Vorgehen: „In den Reihen des Vorstandes (der LDP, A. M.) sowie in Kreisen der Mitgliedschaft besteht die Tendenz, durch ein Konformgehen mit der CDU in wirtschaftlichen Fragen diesen gegenüber der SED mehr Nachdruck zu verleihen (Eisenacher Koalitionsprogramm).“⁴¹⁾ Aus den MfS-Berichten wird aber deutlich, daß die Vorstände beider Parteien keine grundlegende Änderung der Parteilinie beabsichtigten. Es handelte sich lediglich darum, die bestehende Krise des SED-Herrschaftssystems auszunutzen, um mehr politischen Einfluß gewinnen zu können. In dem Maße, wie es der SED gelang, mit Hilfe des Repressionsapparates das politische System wieder zu stabilisieren, lenkten die Führungen der Blockparteien ein.

Die SED-Führung mußte aus den Ereignissen im Juni/Juli 1953 den Schluß ziehen, daß nur durch die Verstärkung des Repressionssystems sich ihre absolute Herrschaft aufrechterhalten ließ. Insbesondere der Staatssicherheitsdienst wurde danach auf allen Ebenen dem Parteiapparat unterstellt. Seine Reorganisation in dieser Richtung ging mit einer massiven personellen Vergrößerung einher, wobei ein Schwergewicht die Gewinnung Geheimer Informanten bildete.

Die MfS-Berichte über die Vorgänge im Juni/Juli 1953 zeigen die Tiefe und Breite des Widerstandes innerhalb der DDR-Bevölkerung gegen das SED-Regime. Gerade die Geschehnisse nach dem

³⁹⁾ Information (1002), 1. Juli 1953, ebenda, Allg. S. 9/57, Bd. 3.

⁴⁰⁾ Information (1008 b), 8. Juli 1953.

⁴¹⁾ Information (1009 a), 9. Juli 1953.

17. Juni machen deutlich, daß zwar das Schwergewicht des Protestes bei den Arbeitern lag, aber auch in den anderen sozialen Schichten massive Unzufriedenheit über die politischen Zustände in der DDR herrschte, die auch in direkte Aktionen einmünden konnte.

Bereits im Juni/Juli 1953 mußte die SED-Herrschafts-oligarchie erkennen, daß sie keinen Rückhalt mehr innerhalb der Bevölkerung besaß. Um so wichtiger wurde der Ausbau eines kompromißlos agierenden Unterdrückungsapparates, dessen Kern die Staatssicherheit wurde. In diesem Sinne wies Herrmann Matern die führenden Mitarbeiter des MfS am 11. November 1953 an, die entsprechenden

Schlußfolgerungen aus den Geschehnissen im Juni/Juli zu ziehen: „In den Reihen der Staatssicherheit darf es keinen Liberalismus geben gegen die Feinde unserer Republik. Wir müssen hart und rücksichtslos zuschlagen. Für knieweiche Pazifisten oder Mondgucker ist in unseren Reihen kein Platz. Genosse Walter Ulbricht hat einmal auf einer ZK-Sitzung erklärt: ‚Wir müssen die Deutsche Demokratische Republik zu einer Hölle für die feindlichen Agenten machen‘.“⁴²⁾

⁴²⁾ Referat Matern, 11. November 1953, Dokumentenverwaltung, Nr. 102272.

Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR

I.

Am 30. Oktober 1956 ereignete sich im Magdeburger VEB Schwermaschinenbau „Georgij Dimitroff“ ein Vorfall, der dem Ministerium für Staatssicherheit wichtig genug schien, ihn bis zum Politbüro der SED weiterzumelden¹⁾. Zu Beginn der Frühschicht um sechs Uhr morgens legten dreißig jugendliche Arbeiter der Mechanischen Abteilung des Werkes B die Arbeit nieder. Als Ursache nennt der Bericht der Staatssicherheit einen Zeitungsartikel, der am Vortag im Magdeburger SED-Bezirksorgan „Volkstimme“ erschienen war. Dort war eine Grußadresse des FDJ-Kollektivs des Georgij-Dimitroff-Werkes an die Jugendleitung der Waggonfabrik „Wilhelm Pieck“ in Győr in Westungarn abgedruckt worden²⁾. In diesem „brüderlichen Solidaritätsschreiben“, wie es in der Zeitung genannt wurde, hatte es geheißen: „Liebe Freunde! Wir haben zu den Vorkommnissen in Eurer Heimat Stellung genommen und erklären uns mit allen fortschrittlichen Werktätigen Eures Landes solidarisch, die unter Führung der Partei den konterrevolutionären Kräften ein Ende bereiten. Wir versichern Euch, daß wir, die Jugend des Georgij-Dimitroff-Werkes, fest an Eurer Seite, an der Seite aller Volksdemokratien und der Sowjetunion stehen und es nicht zulassen werden, daß es den Feinden unserer Völker gelingt, ihre Pläne zu verwirklichen.“

Offenbar war die Solidaritätsadresse in die Welt gesetzt worden, ohne daß man die Jugendlichen, in deren Namen das Papier unterzeichnet worden war, befragt hatte. Dies war gemeinhin so Brauch, und in der Regel scherte sich niemand um die ‚brüderlichen Kampfesgrüße‘, die permanent rund um den Globus geschickt wurden. Doch diesmal kam es anders.

Aus den westlichen Rundfunkmeldungen war bekannt, daß am gleichen Tag das Volk auf den Straßen von Budapest und den anderen ungarischen Städten seinen Sieg feierte. Daß es ein trügerischer Sieg war, konnte zu diesem Zeitpunkt niemand ahnen. Jedenfalls war die Regierung Imre Nagy praktisch auf alle Forderungen der Aufständischen eingegangen, und die sowjetischen Truppen hatten ihren Rückzug angekündigt. Bekanntlich war die In-

dustriestadt Győr eines der Zentren der Aufstandsbewegung gewesen. Weder dort noch woanders konnte die Rede davon sein, daß „die Werktätigen unter Führung der Partei den konterrevolutionären Kräften ein Ende bereitet“ hätten, wie es in der Magdeburger Grußadresse hieß. Im Gegenteil, die Arbeiter der großen Industriebetriebe waren in Győr, wie überall im Lande, das Rückgrat der ungarischen Volkserhebung. Die stereotypen Phrasen der Solidaritätserklärung standen also in deutlichem Gegensatz zu den offensichtlichen Tatsachen. Während dies im allgemeinen stillschweigend hingenommen wurde, hatten diesmal die Funktionäre offenbar den Bogen überspannt. „Die Jugendlichen verlangten eine Klärung, wer die Grußadresse abgefaßt hat“, heißt es in dem Bericht des MfS, „und außerdem seien sie mit dem Inhalt nicht einverstanden“³⁾. Die eilig zusammengerufenen Vertreter von FDJ, Partei und Staatssicherheit versuchten, die Arbeiter zu beruhigen. Dabei brachten die Streikenden zum Ausdruck, „daß die FDJ-Funktionäre des Betriebes von ihnen nicht anerkannt werden“. Der Bericht endet mit dem etwas dubiosen Zitat: „Außerdem hätten die konterrevolutionären Elemente in Ungarn gesiegt.“⁴⁾ Kurz vor der Mittagspause wurde schließlich die Arbeit wieder aufgenommen.

Es wäre interessant zu erfahren, mit welchen Argumenten, vielleicht auch Drohungen oder Versprechungen, die Arbeiter zum Einlenken bewegt worden waren. Auch wäre es aufschlußreich zu wissen, ob diese Arbeitsniederlegung vom 30. Oktober 1956 ein strafrechtliches Nachspiel hatte. Bekanntlich sind in jenen Monaten für weitaus geringfügigere ‚Vergehen‘ Menschen für Jahre hinter Gittern verschwunden. Bekannt ist nur, daß es Anfang November in Magdeburg zu einer großen Zahl von Verhaftungen kam⁵⁾.

Die Vorfälle in Magdeburg sollen bei den folgenden Überlegungen lediglich exemplarische Bedeutung haben. Insofern würden weitere Einzelheiten, so illustrativ sie immer sein mögen, keinen entscheidenden Beitrag für die Lösung des zentralen methodologischen Problems mehr leisten können. Die

¹⁾ Vgl. Zwischenarchiv Normannenstraße (im folgenden: ZN), Information, 31. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

²⁾ Vgl. Volkstimme vom 29. 10. 1956, S. 1.

³⁾ Vgl. Anm. 1.

⁴⁾ Ebenda.

⁵⁾ Vgl. Volkstimme vom 1. 11. 1956, S. 4.

Frage lautet: War der fünfeinhalbstündige Streik von dreißig Betriebsangehörigen am 30. Oktober 1956 objektiv ein Bagatellvorgang, der lediglich durch das überzogene Sicherheitsdenken des MfS zu einem berichtenswerten Vorgang hochstilisiert wurde, oder aber war der Streik im Magdeburger Schwermaschinenbau Symptom einer allgemeineren schwelenden Krise? War er möglicherweise sogar Teil einer untergründigen Protestbewegung, der die Gefahr in sich barg, der zündende Funke im offenen Pulverfaß einer unzufriedenen Arbeiterschaft zu werden?

Für den Historiker lautet die Frage generalisierend: Besteht die Gefahr, daß die Geschichtswissenschaft nachträglich zum Opfer der Praktiken eines allgegenwärtigen Spitzel- und Repressionssystems wird, indem sie die Einzelereignisse durch das Vergrößerungsglas einer politischen Geheimpolizei sieht, die ihre Existenzberechtigung ja nicht zuletzt aus solchen Vorfällen wie in Magdeburg zog? Sind also die Berichte des MfS Ausdruck eines neurotischen Sicherheitswahnes, der die kleinsten Regungen von Opposition und Widerstand schon als Bedrohung ansah, oder eine relativ objektive Widerspiegelung der Situation im Lande? Das Problem beschränkt sich nicht auf den Herbst 1956, und es ist — um dies vorzuschicken — nicht ganz leicht zu lösen.

Der zitierte Bericht wurde in der Abteilung Information angefertigt, der späteren Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), und ist damit Teil eines umfassenden Quellenbestandes, der zunächst einmal ganz deutlich von den sogenannten operativen Akten zu trennen ist. Letztere sind ihrem Wesen nach Polizeiakten. Sie enthalten Observationsberichte sogenannter Inoffizieller Mitarbeiter (IM), kriminaltechnische Analysen, Vernehmungsprotokolle, Ermittlungsergebnisse und anderes mehr. Die meisten dieser Akten sind unter dem Namen der betreffenden Person abgelegt und unterliegen auch in Zukunft einem strengen Personen- und Datenschutz. Abgesehen von einigen interessanten Ausnahmefällen ist die Masse dieses Aktenmaterials für die historische Forschung belanglos.

Einen ganz anderen Charakter tragen die Berichte und Analysen der Abteilung Information, die von Anbeginn für die Leitung des MfS sowie für die Führungsspitze der SED angefertigt wurden. Diese Berichte enthalten Material zur Stimmung der Bevölkerung, zur Versorgungslage, zum Umfang der Republikflucht, zur Tätigkeit der SPD in Ostberlin, zu westlichen Flugblattaktionen und zu vielen anderen Themen. Ein Teil der Berichte ist nach einem festgelegten Schema angefertigt: 1. Die Lage in Industrie und Verkehr, 2. Versorgung der Bevölkerung, 3. Die Lage in der Landwirtschaft, 4. Ereignisse von besonderer Bedeutung, 5. Anlagen. Das

Schema wurde oft durchbrochen und hat sich im Laufe der Jahre gelegentlich geändert.

Nicht alle dieser Informationsberichte haben den gleichen Quellenwert. Oft handelt es sich nur um seitenlange Aufreihungen von Einzelvorfällen, die in Rubriken untergliedert sind (antidemokratische Tätigkeit, Feindpropaganda, Hetzschriftenverteilung u. a.). Oft sind ganze Informationen einem speziellen Thema gewidmet, und es finden sich darunter hochinteressante Analysen zu den unterschiedlichsten Themen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Auch der Umfang der Informationen ist ganz unterschiedlich. Viele der Berichte umfassen nur zwei bis drei Seiten, gelegentlich finden sich auch Berichte von dreißig oder vierzig Schreibmaschinenseiten; sie wurden aufgrund einer großen Zahl von Einzelberichten erstellt. Oft enthalten sie Beispiele aus einzelnen Bezirken der DDR, die von den Verfassern der Informationen aus den eingehenden Berichten ausgewählt wurden. Dieser Zwang zur Zusammenfassung und Abstraktion bot der Subjektivität des Verfassers einen breiten Spielraum. Demgegenüber stand die Forderung, Tatsachen zu berichten und sich wertender Äußerungen zu enthalten. Hinzu kam, daß eine individuelle Meinung natürlich auch Risiken in sich barg, gerade in Zeiten sich schnell wandelnder politischer Rahmenbedingungen. Was heute noch richtig war, konnte morgen schon grundfalsch sein. Bedingt durch diese Widersprüche entstanden oft lange und unkommentierte Aufreihungen von besonderen Vorkommnissen der unterschiedlichsten Wertigkeit. Wirklich wichtige Vorgänge werden neben offenbaren Nebensächlichkeiten berichtet, etwa die Inschrift „Weg mit Spitzbart“ auf der Bahnhofstoilette in Eilenburg⁶⁾. Offensichtlich war die Furcht groß, durch die Unterlassung einer Meldung nach oben sich dem Vorwurf mangelnder Wachsamkeit gegenüber den „Machenschaften des Klassenfeindes“ auszusetzen.

Es hat sich ein bemerkenswertes Dokument erhalten, das Aufschluß über die Unannehmlichkeiten gibt, die es nach sich ziehen konnte, wenn man einen „Anschlag des Gegners“ nicht ernst genug genommen hatte. Gleichzeitig wirft dieser Vorgang ein Schlaglicht auf die Situation des Jahres 1956.

Am 16. Juli 1956 verschickte Generalleutnant Erich Mielke, damals noch Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, ein Schreiben an alle Leiter der Bezirksverwaltungen sowie alle Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen des MfS⁷⁾. Allen Untergebenen zur Warnung wird darin ein Vorkommnis in der kleinen Landgemeinde Cotta (Kreis Pirna) am Rande des Elbsand-

⁶⁾ Vgl. ZN, Information, 17. 8. 1956, Allg. S. 82/58.

⁷⁾ Vgl. ZN, Schreiben Mielke an Leiter BV, Leiter HA u. selbständigen DA 16. 7. 1956, Allg. S. 81/59; vgl. ZN, Information, 13. 7. 1956, Allg. S. 81/59.

steingebirges geschildert, welches in der Bezirksverwaltung Dresden zunächst nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hatte. Als Anlage schickte Mielke die Information Nr. 67/56 mit, in welcher die Ereignisse im Landkreis Pirna ausführlich geschildert werden. Zunächst aber wird die Bezirksverwaltung Dresden in scharfer Form abgekantelt: „Die Ereignisse hatten ihren Ausgangspunkt bereits am 7. 6. 1956 . . . Jedoch hat das Ministerium erst auf Umwegen — nicht über die zuständige Bezirksverwaltung — von den Ereignissen in Cotta, die weit über den Rahmen dieser Gemeinde hinausgehen, am 12. 7. 1956 Kenntnis bekommen. Die Gründe, die zur Unterlassung dieser Meldung führten, werden durch das Ministerium untersucht . . . Das Ministerium hat bereits am 12. 6. eindringlichst darauf hingewiesen, daß alle wichtigen Ereignisse — selbst unüberprüfter Art —, wenn sie von Bedeutung sind, sofort zu melden sind. Ferner hat die Leitung des Ministeriums in diesem Schreiben alle leitenden Funktionäre und Mitarbeiter darauf hingewiesen, wie der Feind, wenn er auch anfangs nicht der Organisator ist, sich einschalten und aus den Ereignissen eine feindliche Provokation machen kann. Die Bezirksverwaltung hat in diesem ersten Fall nicht rechtzeitig erkannt, welche Gefahren politischer und operativer Art sich aus den Ereignissen in Cotta entwickeln können. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sowohl auf operativer wie auch Parteilinie alle Mitarbeiter anhand dieser Vorkommnisse geschult und belehrt werden, damit bei ihnen das Verständnis entwickelt wird, welche Bedeutung einzelne lokale Vorkommnisse bekommen können. Es kann nicht immer dem Sachbearbeiter, auch nicht einmal nur der Leitung der Bezirksverwaltung allein überlassen bleiben, zu beurteilen, welche Bedeutung solche Vorkommnisse haben können.“⁸⁾

Klarer kann man den Befehl zum Verzicht auf eigenständiges Denken kaum formulieren. Die hier eingeforderte strenge Subordination war eine der Ursachen für den ständigen Verfall der Effizienz dieses riesigen und allgegenwärtigen Apparates. Die konsequente Durchführung des oben geschilderten Prinzips mußte zwangsläufig dazu führen, daß der Informationsdienst an den eigenen Informationen erstickte.

Doch zurück zu den Ereignissen in Cotta. Am 7. Juni 1956 fand dort eine Versammlung des Vereins der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BHG) statt. Bereits am Vortage wurde während einer „Blaufahrt“, wie es der MfS-Bericht nennt, „von den Bauern . . . in provokatorischer Art und Weise auf die DDR geschimpft . . .“⁹⁾ Einer der Bauern for-

derte, man müsse die Sollrückstände von 1955 erlassen. Falls dies nicht geschehen würde, meinte er laut Bericht: „. . . müssen wir es wie im Bauernkrieg machen. Jeder Bauer muß ein Gewehr in die Hand bekommen. Sobald es wieder einen 17. Juni gibt, müssen wir Bauern zusammenhalten.“¹⁰⁾ Besagter Bauer führte dann auch auf der erwähnten Versammlung vom 7. Juni das Wort. Bereits bei der Verlesung des Referates „Die Aufgaben des 2. Fünfjahresplanes in der Landwirtschaft“ kam es zu ironischen Zwischenrufen und Gelächter. Dann wurde ein Brief an die Volkskammer mit der Forderung nach Streichung der Sollrückstände von 42 Anwesenden unterschrieben. Im Verlaufe des Juni kam es zu weiteren Versammlungen, auf denen die Forderungen wiederholt wurden. Auf einer Veranstaltung am 10. Juli schließlich wurde gedroht, falls bis zum 21. des Monats keine Antwort aus Berlin eingegangen sein sollte, würden die Bauern in die Kreisstadt Pirna ziehen und dort auf dem Ernst-Thälmann-Platz demonstrieren. Weiter werden in dem Bericht zahlreiche Einzelstimmen zitiert. Beispielsweise meinte der Wirt der örtlichen Gastwirtschaft, „daß die Stimmung unter den Bauern wie vor dem 17. Juni sei“. Auch der erwähnte Wortführer des bäuerlichen Unwillens nahm auf den 17. Juni und auf die Situation in Polen Bezug: „Wir sind nicht gewillt“, meinte er öffentlich, „einen 17. Juni oder ein Poznan . . . zu machen, indem wir uns vor die Panzer stellen. Wir haben andere Mittel.“¹¹⁾ Die Pointe der Geschichte besteht darin, daß das 28. Plenum des Zentralkomitees der SED Anfang September 1956 schließlich die Streichung der sogenannten Sollrückstände den örtlichen Behörden freistellte.

Der Drang zur vollständigen Erfassung der sogenannten Feindtätigkeit trieb seltsame Blüten. So war es üblich, in seitenlangen Listen das Auftauchen von westlichen Flugblättern nach Herkunftsorganisation, Anzahl, Ort des Auffindens usw. minutiös zu erfassen. Diese Flugzettel und deren zu meist recht simple Botschaft wurden von der Führung des MfS offenbar sehr ernst genommen. So ist es bei der Arbeit an den Akten des Staatssicherheitsdienstes weniger der Mangel an Quellen, der den Historiker vor Probleme stellt, als deren Überfülle. Zurück aber zu der Ausgangsfrage: War der Streik der dreißig jungen Arbeiter am 30. Oktober 1956 — während des Höhepunktes des ungarischen Aufstandes — ein bedenkliches Warnsignal für die Parteiführung oder ein an sich bedeutungsloses Randereignis? Weiter gefragt: Ist also das bisher allgemein verbreitete Bild von einer politisch inaktiven und schweigenden Arbeiterschaft im Herbst 1956 grundsätzlich zu revidieren?

⁸⁾ Ebenda.

⁹⁾ Ebenda.

¹⁰⁾ Ebenda.

¹¹⁾ Ebenda.

II.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Situation des Jahres 1956. Ende Februar war während des XX. Parteitages der KPdSU in Moskau Stalin vom Sockel einer nahezu gottgleichen Verehrung gestoßen worden. Aber nicht nur die Plötzlichkeit und Radikalität dieses Vorgangs trug Verwirrung in die Reihen der Parteigenossen, sondern mindestens ebenso sehr der offenbare Widerwille der SED-Führung, diesen Erneuerungsprozeß mitzutragen. Auch in den Berichten des MfS wird dieser Zustand ausführlich und präzise reflektiert: „Immer wieder wird zum Ausdruck gebracht“, heißt es in einem Bericht vom 14. März 1956, „daß Genossen unserer Partei unklar sind und nicht wissen, wie sie diskutieren sollen. Dabei bilden selbst Funktionäre keine Ausnahme.“¹²⁾ An anderer Stelle heißt es: „Arbeiter (darunter auch Genossen der Partei) . . . stellten die Frage, ob denn jetzt die ganze Lehre von Stalin hinfällig sei und ob es denn überhaupt noch einen Sinn habe, am Parteilehrjahr teilzunehmen, da sich doch die politische Situation laufend verändert.“ Im gleichen Bericht wird geschrieben: „Über den XX. Parteitag der KPdSU wird rege diskutiert . . . Hauptsächlich beschäftigt man sich dabei mit der Rolle Stalins. Neben der Fragestellung, ob man hätte Stalin nicht schon früher kritisieren können, gibt es vereinzelt Äußerungen, daß es auch bei uns Personenkult gibt, wobei die Genossen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck genannt werden.“¹³⁾

Die letzte Bemerkung stammt übrigens von Magdeburger Bauarbeitern. Insgesamt entspricht die Einschätzung dem Bild, das man aus der zeitgenössischen westdeutschen Presse und aus der Memoirenliteratur kennt. Keinesfalls wirkt die Darstellung des MfS zugespitzt oder künstlich dramatisierend. Auffallend ist lediglich, daß sich die Diskussionen über Stalin und den XX. Parteitag offenbar durchaus nicht auf Studenten und Intellektuelle beschränkten, wie dies oft behauptet wird.

Neben der Verunsicherung, die durch den Kurs der Entstalinisierung ausgelöst wurde, war es besonders der Arbeiteraufstand in Poznan (Posen), der bereits im Frühsommer 1956 wie ein Wetterleuchten die Ereignisse des Herbstes vorausahnen ließ. Im Juni kam es hier während der internationalen Messe zu Streiks und Demonstrationen, die schließlich nur noch unter Einsatz von Panzern niedergeschlagen werden konnten. Wieder hatten sich Arbeiter erhoben gegen die angebliche Arbeitermacht — diesmal in Polen. Auch die Reaktionen auf diese Vorfälle wurden vom MfS genau registriert. In einer speziellen Analyse mit dem Titel „Stimmung zu den Provokationen in Poznan“ vom

30. Juni 1956 heißt es dazu: „Wie aus vorliegendem Material ersichtlich, wurde bisher unter allen Schichten der Bevölkerung noch nicht in großem Maße zu den Provokationen in Poznan Stellung genommen. In den bekanntgewordenen Stellungnahmen bringt jedoch die Mehrheit der Beschäftigten in der Industrie und Landwirtschaft, wie auch der übrigen Bevölkerung, ihre Abscheu gegenüber den Machenschaften der Provokateure zum Ausdruck.“¹⁴⁾ Im Anschluß daran werden eine ganze Reihe positiver Stellungnahmen zitiert, die der offiziellen Parteipresse entstammen könnten. Es wurden allerdings auch „vereinzelt Provokationen und Feindseligkeit . . . bekannt, die jedoch keine Unterstützung fanden“¹⁵⁾. Trotzdem wird auch hier wieder die Parallele zum 17. Juni gezogen: „In einigen Bezirken wurden vereinzelt auch die Ereignisse von Poznan zum Anlaß genommen, Vergleiche zur DDR zu ziehen und aufgrund bestehender Schwierigkeiten oder eingeleiteter Maßnahmen von einem neuen 17. 6. 1953 zu sprechen. So erklärte ein Schleifer, Mitglied der SED, im VEB Roter Stern Leipzig: ‚Man hat den Aufstand nur mit Panzern und Tieffliegern niederschlagen können. Dieser Aufstand kam nur zustande, weil die Versorgungslage in Polen schlecht ist. Bei uns kann die schlechte Versorgung mit Mangelware wie HO-Butter usw. auch Anlaß zu einem neuen 17. Juni werden.‘“¹⁶⁾

Im Oktober 1956 spitzten sich die Ereignisse im sowjetischen Machtbereich dramatisch zu. In Polen konnte man eine allgemeine Volkserhebung durch die Ernennung von Gomulka zum Generalsekretär der Partei gerade noch abwenden. Einige Tage später explodierte die Situation in Ungarn. Die Ereignisse sind oft geschildert worden, auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die DDR. Eine große Rolle in den wissenschaftlichen und literarischen Schilderungen dieser Monate spielt die Unruhe an den Universitäten der DDR. Es wird berichtet von stürmischen Studentenversammlungen, von Aufrufen zu Demonstrationen, die nur durch den massierten Aufmarsch von Kampfgruppen abgewendet werden konnten, von kritischen Intellektuellenzirkeln, von Diskussionen über einen demokratischen und humanen Sozialismus, von der Hoffnung auch vieler SED-Mitglieder auf eine solche Entwicklung, schließlich sogar von Flügelkämpfen innerhalb der Parteiführung. Die Verhaftung und Verurteilung von Wolfgang Harich und anderen jungen Intellektuellen fand eine breite Darstellung in der damaligen Publizistik. Viele der Beteiligten haben später die Ereignisse in Memoiren und Erinnerungsbü-

¹²⁾ ZN, Information, 14. 3. 1956, Allg. S. 79/59, Bd. 1 a.

¹³⁾ Ebenda.

¹⁴⁾ ZN, Information, 30. 6. 1956, Allg. S. 80/59, Bd. 1 b.

¹⁵⁾ Ebenda.

¹⁶⁾ Ebenda.

chern verarbeitet¹⁷⁾. So blieb dieser Teil der Geschichte von Opposition und Widerstand über die Jahre hinweg im öffentlichen Bewußtsein präsent.

Auch die Geschichtsschreibung hat sich vorrangig mit der intellektuellen und parteiinternen Opposition dieser Zeit beschäftigt. In Bezug auf die Entstalinisierung heißt es bei Dietrich Staritz in seiner „Geschichte der DDR“: „Die Arbeiter nahmen von diesen Debatten kaum Notiz. Von der Wirtschaftspolitik der SED seit 1953 eher begünstigt, durch die Erinnerung an die Juni-Niederlage nur wenig motiviert, von der Intelligenz durch deren Privilegien sozial getrennt, kamen Kontakte nicht zustande.“¹⁸⁾ Im gleichen Zusammenhang schreibt der Autor: „Anders als in Polen und Ungarn . . . , wo die Stalin-Kritik bald alle Gesellschaftsschichten bewegte . . . , blieb sie in der DDR zunächst ein nahezu isoliertes Überbauphänomen.“¹⁹⁾ Auch Christoph Kleßmann äußert sich ganz ähnlich: „Da die Arbeiterschaft — anders als in Polen und in Ungarn — ruhig blieb und das Regime durch seine Betriebskampfgruppen für eine Demonstration der Stärke sorgte, entwickelte die Situation in der DDR nur geringe Brisanz.“²⁰⁾ Eine Ausnahme bildet lediglich Karl Wilhelm Fricke materialreicher Band „Politik und Justiz in der DDR“. Dort wird neben den Prozessen gegen sogenannte Revisionisten auch ausführlich der Versuch einer Gruppe Jugendlicher dokumentiert, im November 1956 in Dresden einen Verkehrsarbeiterstreik zu organisieren²¹⁾. Natürlich wurde dieser Versuch im Keime erstickt; er endete für die sieben Jugendlichen mit harten Zuchthausstrafen. So dilettantisch derartige Unternehmen in Angriff genommen wurden und so traurig es war, daß sie scheiterten — schon allein die Tatsache, daß der Fall in der Dresdener Lokalpresse breit dargestellt wurde, ist ein Hinweis darauf, daß man seitens der Parteiführung auf eine abschreckende Wirkung Wert legte. Denn ungewöhnlich für die Situation im Herbst 1956 war die Aktion der Dresdener Jugendlichen keineswegs.

Neben den ausführlichen Berichten über die Unruhe an nahezu allen Universitäten der DDR, neben den Hinweisen auf Diskussionen unter Intellektuellen und Parteifunktionären finden sich in den Akten des MfS zahlreiche Informationen, die sich auf die Stimmung unter den Arbeitern in Industrie und Landwirtschaft beziehen. Es wird im Sommer und Herbst 1956 zunehmend von Streiks und

Streikdrohungen, von Flugblattaktionen in Betrieben und von nächtlich angebrachten Aufrufen berichtet. Spätestens seit den Ereignissen in Poznan ging auch in der DDR das Gespenst eines allgemeinen Volksaufstandes wieder um. So heißt es in einer MfS-Information vom 21. Juli 1956: „Es werden vorwiegend in Industriebetrieben . . . gedruckte Flugblätter ausgelegt, Hetzlosungen angeschmiert und feindliche Argumente weitergegeben, die auf den Einfluß westlicher Rundfunkstationen hinweisen.“²²⁾

Der Informationsbericht stellt ausdrücklich den Zusammenhang zu der beginnenden Entstalinisierung her, wenn er auch die Verantwortung für die Unruhe in gewohnter Manier westlichen Agentenzentralen zuschiebt: „Die feindliche Argumentation stützt sich in erster Linie auf die Kritik am Personenkult, auf die Einhaltung der demokratischen Gesetzmäßigkeit — sogenannte Rechtsstaatlichkeit — und auf ökonomische Fragen in Industrie und Landwirtschaft. Der Gegner nutzt diese Umstände zu dem Versuch, einen Schlag gegen die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu führen.“²³⁾ Zusammenfassend meint der Bericht: „In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es noch eine Reihe von Umständen in Wirtschaft und Verwaltung — vor allem in der Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern —, die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorrufen und eine provokatorische Ausnutzung durch gegnerische Elemente ermöglichen. Es treten teilweise die selben Schwerpunkte wie im Juni 1953 auf.“²⁴⁾

Wie ein tiefes Trauma durchzieht der 17. Juni alle diese Berichte. Die beiden folgenden Beispiele sind, obwohl sie eher in den Bereich historischer Kuriositäten gehören, dafür symptomatisch. Da es sich herumgesprochen hatte, daß die Idee zu dem Streik der Bauarbeiter der Stalinallee vom 16. Juni 1953 zum ersten Mal während einer sonntäglichen Dampferfahrt wenige Tage vor Ausbruch der Unruhen besprochen wurde, waren für das MfS betriebliche Dampferfahrten ein besonders neuralgischer Punkt. Angesichts des Herannahens des inkriminierten Datums ließ man sich Listen anfertigen über alle Betriebe, die für diesen Sonntag Dampferfahrten gebucht hatten. So konnte der sorgengeplagte Minister für Staatssicherheit bereits am 14. Juni 1956 erfahren, daß beispielsweise die 120 Mitarbeiter der Trabrennbahn Karlshorst den Plan gefaßt hatten, am 17. Juni mit dem Ausflugsdampfer „La Paloma“ ins Blaue zu fahren. Der Kammerchor Treptow hatte vor, den Sonntag für eine Dampferfahrt nach Alt-Buchhorst zu nutzen, und die katholische Pfarrgemeinde Buch hatte zum gleichen Termin das Motorschiff „Delphin“ gechartert, um der

17) Vgl. u. a. Gerhard Zwerenz, Hans Mayer, Erich Loest, Walter Janka, Gustav Just; vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988, S. 163 ff.

18) Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt 1985, S. 109.

19) Ebenda.

20) Christoph Kleßmann, Zwei Staaten — eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988, S. 304.

21) Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1990², S. 343 ff.

22) ZN, Information, 21. 7. 1956, Allg. S. 81/59.

23) Ebenda.

24) Ebenda.

beliebten Ausflugsgaststätte „Ziegenhals“ einen Besuch abzustatten²⁵⁾. Man kann sich vorstellen, wie an jenem Sonntag die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ausschwärzten, um die Ausflugslokale der Berliner Umgebung „operativ abzuschern“.

Auch die Kleingartenkolonie „Grüne Aue“ im Berliner Stadtbezirk Köpenick gab Anlaß zur Sorge, zumal — wie berichtet wird — im Vorstand lediglich ein einziger Genosse war, sonst aber „nur negative Personen“²⁶⁾. Die Kleingärtner sollten ihr Gelände zum Zwecke des Wohnungsneubaus räumen, was begreiflicherweise auf wenig Begeisterung stieß. Nun hatte man zu diesem Thema eine Versammlung der Kleingartensparte einberufen und zwar „provokatorischerweise“ zum 17. Juni. „Als der Genosse L.“, die erwähnte einzige Bastion der Partei im Vereinsvorstand, „auf die politische Tragweite des 17. Juni aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser, daß er daran gar nicht mehr gedacht habe.“²⁷⁾ In welcher Form Genosse L. zur Verantwortung gezogen wurde und auch den weiteren Verlauf der Ereignisse um die Kolonie „Grüne Aue“, verschweigt der Bericht. Insgesamt jedenfalls verlief der dritte Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in sonntäglicher Ruhe. Bei der Lektüre solcher Berichte stellt sich erneut die Frage: Sind sie Produkt eines paranoiden Sicherheitswahnes oder Ausdruck einer realen Lageeinschätzung?

Immerhin gab es im Sommer 1956 für die SED-Führung ausreichend Grund zu echter Sorge. Seit dieser Zeit scheinen sich die Versorgungsprobleme gehäuft zu haben. Am 30. Juni 1956 wird von der Staatssicherheit eine ausführliche „Analyse zur Versorgungslage“ angefertigt²⁸⁾. In dieser Analyse dominieren deutlich die negativen Erscheinungen. So wird berichtet: „In den Bezirken Rostock, Neubrandenburg, Schwerin, Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam, Magdeburg, Halle, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Gera besteht ein erheblicher Mangel an HO-Butter und HO-Margarine. Besonders schlecht ist die Versorgung im Bezirk Schwerin, wo die Lage äußerst gespannt ist und einer schnellen Änderung bedarf. Bei der Anlieferung dieser Waren kommt es vor den Geschäften zu Schlangenbildung sowie negativen Diskussionen und Empörung unter der Bevölkerung. Die Bezirke klagen darüber, daß die Kontingente bei weitem nicht ausreichen und zum Teil wesentlich niedriger liegen als sie zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr lagen . . . Dadurch kommt es auch vielfach unter Arbeitern z. B. zu solchen Diskussionen, daß sie immer schwer arbeiten müßten und trotzdem mit Marmeladenstullen zur Arbeit

gehen müßten. Die Hausfrauen sagen dann, daß sie, wenn sich die Lage nicht bald ändern werde, nicht mehr wüßten, was sie ihren Männern auf das Brot streichen können.“²⁹⁾

Zur gleichen Zeit häufen sich Berichte über Arbeitsniederlegungen. Es geht dabei, zumindest vordergründig, um rein wirtschaftliche oder innerbetriebliche Probleme. In allen Fällen dauerten diese Streiks nur wenige Stunden, und es waren im Höchsthalle einige hundert Arbeiter beteiligt. Als charakteristisch kann folgender Bericht vom 29. Juni 1956 gelten: Im Hafen Brandenburg führten zwölf Arbeiter einen einstündigen Sitzstreik durch. „Der Anlaß dazu war, daß die Hafentarbeiter an den Gleisen Pflegearbeiten für Bezahlung im Stundenlohn ablehnten. Die Ursache, daß es zu diesem Sitzstreik kam, war, daß einer der Arbeiter aus Brandenburg aufgewiegelt hat und die anderen Arbeiter ansprach, in den Sitzstreik zu treten. Bis auf einen Arbeiter sind alle dieser Aufforderung nachgekommen.“³⁰⁾

Bereits am 11. Juni war vom MfS eine Sonderinformation erstellt worden, in welcher insgesamt zehn derartige Vorfälle aus dem Zeitraum vom 12. Mai bis 8. Juni zusammengefaßt wurden. Zwei Beispiele aus dem Bericht: Auf der Baustelle der Reichsbahn-Union Seelingsstadt-Schmierchau verweigerten ungefähr dreißig Kraftfahrer und Baggerführer die Arbeit. Als Grund wurde angegeben, daß der Heimatbetrieb mit der Lohnzahlung in Verzug sei. „Durch das Eingreifen der Reichsbahn-Bauunion wurde den Kraftfahrern und Baggerführern Vorschuß gewährt, was zur Folge hatte, daß die Arbeit von einem Teil wieder aufgenommen wurde. Warum der andere Teil seine Arbeit nicht aufgenommen hat, wird noch geklärt.“³¹⁾ Bei einem Streik im Bezirk Dresden ging es offenbar nicht nur um ökonomische Forderungen. „Am 2. 6. legten im VEB Grau- und Temperguß Heidenau/Pirna von 220 Beschäftigten 120 für eine Stunde die Arbeit nieder. Der Grund der Arbeitsniederlegung war die falsche Meinung, daß dem Produktionsleiter M. vom Betrieb aus gekündigt sei. Die Arbeiter wollten mit dieser Arbeitsniederlegung zum Ausdruck bringen, daß sie mit der Kündigung von M. nicht einverstanden sind. Erst nachdem eine Belegschaftsversammlung einberufen wurde und die Betriebsleitung den Arbeitern erklärte, daß M. seine Kündigung eingereicht hat, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.“³²⁾

In einer Übersicht vom 8. Oktober 1956 wurden sämtliche Arbeitsniederlegungen vom 1. Juli bis zum 7. Oktober in einer Liste erfaßt und territorial aufgeschlüsselt. Es handelte sich dabei um insge-

²⁵⁾ ZN, Information, 14. 6. 1956, Allg. S. 80/59, Bd. 1 b.

²⁶⁾ Ebenda.

²⁷⁾ Ebenda.

²⁸⁾ Vgl. ZN, Information, 30. 6. 1956, Allg. S. 80/59, Bd. 1 b.

²⁹⁾ Ebenda.

³⁰⁾ ZN, Information, 29. 6. 1956, Allg. S. 80/59, Bd. 1 b.

³¹⁾ ZN, Information, 11. 6. 1956, Allg. S. 80/59, Bd. 1 a.

³²⁾ Ebenda.

samt 44 Fälle. Erfasst wurde für jeden Vorfall neben dem Datum, dem Ort und dem Betrieb die zeitliche Dauer der Arbeitsniederlegung und die Zahl der Beteiligten sowie die Ursache des Streiks. Als Hauptursache werden Lohndifferenzen genannt (14 Fälle) sowie Normenfragen (10 Fälle). Ausgesprochen politische Forderungen treten nicht auf. In der zusammenfassenden Einleitung des Berichtes heißt es: „... die Aufstellung ... zeigt ein Ansteigen der Arbeitsniederlegungen im letzten Quartal. Die wesentlichen Ursachen liegen in Lohn- und Normenfragen ... Die Arbeitsniederlegungen fanden vorwiegend in Industriebetrieben statt.“³³⁾

Es ist offensichtlich, daß der Parteiführung nicht die Arbeitsniederlegungen an sich bedrohlich erschienen. Ihr Ausmaß war bescheiden, die Zeitdauer gering und die Forderungen der Arbeiter praktisch auf unterster Ebene zu klären. Es ging offensichtlich um die befürchtete politische Sprengwirkung solcher Aktionen. Übrigens sind in der Liste vom 8. Oktober auch die Streiks vom 4. Oktober in Magdeburg erwähnt, die damals schon öffentlich bekannt wurden, von der DDR-Seite aber als Erfindung des RIAS bezeichnet wurden. Karl-Eduard von Schnitzler nahm während einer Fernsehdiskussion am 30. Oktober auf diese Ereignisse Bezug, indem er von den „Lügen über Magdeburg“ sprach³⁴⁾. Wie jetzt aus den Unterlagen des MfS zu ersehen ist, hatte es sich keineswegs um Lügen gehandelt. Bereits am 1. Oktober hatten die Arbeiter der Stahlgießerei des Magdeburger Ernst-Thälmann-Werkes die Arbeit niedergelegt. Anlaß hierfür war die Nachricht, daß die Verwaltung eine Neufestsetzung der Normen plane. Der Bericht vermerkt noch, daß als Wortführer der Arbeiter zwei Betriebsangehörige aufgetreten seien, die bereits am 17. Juni 1953 „negativ in Erscheinung getreten sind“³⁵⁾. Drei Tage später traten ungefähr hundert Arbeiter des Georgij-Dimitroff-Werkes in den Streik. Als Ursache wird die Unzufriedenheit über Lohndifferenzen genannt. Streikdrohungen werden in diesen Tagen auch aus anderen Magdeburger Betrieben gemeldet.

Die Informationsberichte vom 17. Oktober melden mehrere kleinere Streiks: zunächst einen — bereits in der oben erwähnten Aufstellung erfaßten — Streik von Dresdener Bandarbeiterinnen in einem Textilbetrieb sowie für den 15. Oktober Aktionen einer Maurerbrigade bei Ribnitz (Bezirk Rostock), einer Schicht des Reichsbahnbetonwerkes in Redwisch (Bezirk Neubrandenburg), der Belegschaft einer Privatdruckerei in Blankenstein bei Weimar und schließlich einer Brigade der MTS Isserode in

Thüringen. Im letzteren Fall ging es um die Entlassung eines Brigadiers wegen „provokatorischer Äußerungen“³⁶⁾.

Gegen Mitte Oktober verdichten sich die Streikmeldungen ganz deutlich. Welche Rolle dabei die Meldungen aus Polen spielten, ist schwer auszumachen. In einem Bericht vom 24. Oktober 1956, der sich speziell mit der „Stimmung zu den Ereignissen in Polen“ beschäftigt, heißt es sehr abwägend und differenzierend: „Bisher haben die Diskussionen über die gegenwärtige Lage in Polen und deren Auswirkungen noch keinen allzugroßen Umfang angenommen. Der Inhalt der bekanntgewordenen Argumente spiegelt meistens die westliche Propaganda wider ... Vereinzelt gibt es in diesem Zusammenhang Spekulationen, daß es in der DDR bestimmt auch anders kommt, weil auch in der DDR viele Arbeiter unzufrieden sind.“³⁷⁾ Auch jetzt gab es wieder, wie beim Poznaner Aufstand, antipolnische Stimmungen. So wird „gehofft, daß die Oder-Neiße-Grenze liquidiert wird“. Und es wird die Äußerung zitiert: „Jetzt haben sich die Russen und die Polen in den Haaren, dadurch werden wir wieder in den Besitz der Ostgebiete kommen.“³⁸⁾

Bereits einen Tag später, am 25. Oktober, heißt es in einem zusammenfassenden Bericht über die „Situation in der DDR“: „Die Situation in der Industrie zeigt im Monat Oktober 1956 bis jetzt ein häufiges Auftreten von Arbeitsniederlegungen bzw. deren Androhung. Besonders seit den Veröffentlichungen der Westsender über Magdeburg nahmen die Diskussionen zu, in denen bei Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten in den Betrieben von einem neuen 17. Juni gesprochen bzw. mit Arbeitsniederlegungen gedroht wird. Gleiche Anzeichen gibt es auch in der Landwirtschaft.“³⁹⁾ Es werden Streiks aus dem Holzhafen Wismar, aus einem Industriebetrieb in Ludwigsfelde u. a. gemeldet. Auch hier standen Lohnforderungen im Vordergrund, doch in dem Bericht wird ein Arbeiter mit der Meinung zitiert, „daß dieser Zustand einem neuen 17. Juni entgegenführen kann“. Aus der Bahnmeisterei Brandenburg wird ähnliches gemeldet. In einem Betrieb in Luckenwalde weigerten sich die Beschäftigten, die Nachtschicht einzuführen. In einem Ingenieurbüro in Potsdam-Rehbrücke fand eine Unterschriftensammlung wegen der fünfzehnminütigen Frühstückspause statt, welche die Betriebsleitung auf die Arbeitszeit aufschlagen wollte. In einer Diskussion in StalinStadt (später: Eisenhüttenstadt), bei der es um Normenfragen ging, wurde geäußert: „Es brennt schon überall, wann geht es bei uns los, wie in Magdeburg.“ Ein anderer Arbeiter

³³⁾ ZN, Information, 8. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 a.

³⁴⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 28. 10. 1956, S. 2.

³⁵⁾ Vgl. Anm. 33; siehe auch Information, 25. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

³⁶⁾ ZN, Information, 17. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

³⁷⁾ ZN, Information, 24. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

³⁸⁾ Ebenda.

³⁹⁾ Ebenda.

ter wird mit der Äußerung zitiert: „... diesmal geht es besser, dann knallt es“. In der Straßenbahn in Magdeburg sagte ein Arbeiter auf dem Weg zur Schicht zu seinen Kollegen: „... die haben bereits die VP in Bereitschaft liegen. Auch in anderen Betrieben soll wegen Herabsetzung des Lohnes Krach sein. Die Gewerkschaft hat versucht, die Angelegenheit bei uns in der Formerei zu schlichten, aber bloß mit Worten können sie bei uns nichts erreichen.“ Am 19. Oktober wurde auf einer Diskussion in der Erzverladung Ronneburg gesagt, „daß es Zeit wird, daß hier ebenfalls etwas passiert, denn nach dem 17. 6. 1953 hat man sehr schnell vieles geändert, was die Arbeiter wollten“⁴⁰⁾. Die kritische Stimmung, die sich in solchen Meinungsäußerungen kundtat, schien im Oktober 1956 in der DDR weite Kreise der Arbeiter erfaßt zu haben. Aus allen Teilen der Republik wurden solche erregten Diskussionen, kleinere spontane Arbeitsniederlegungen oder angedrohte Streiks gemeldet.

Die vielen Einzelvorkommnisse, die von den Verfassern der Informationsberichte als charakteristisch ausgewählt wurden, erhalten ihren wirklichen Stellenwert jedoch erst vor dem Hintergrund der Nachrichten aus Ungarn und Polen sowie den Berichten über die wachsende Unruhe unter den Studenten und den Intellektuellen, die weit bis in die Reihen der SED hineinreichte. Zunehmend bekamen auch Aktionen in Industriebetrieben einen deutlich politischen Charakter. Auf dem Omnibusbahnhof Berlin-Weißensee hatte sich, so meldet ein Bericht vom 25. Oktober, eine organisierte Gruppe gebildet, die den Plan gefaßt hatte, zu einem geeigneten Zeitpunkt „unter dem Vorwand von Lohnforderungen“ den gesamten Ostberliner Omnibusverkehr lahmzulegen. Geplant war die Aktion für den 7., 8. oder 9. November 1956⁴¹⁾. Im Feinstrumpfwerk Oberlungwitz im Erzgebirge legten die Lehrlinge „unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn“ die Arbeit nieder. Es gelang dem Parteisekretär des Werkes und dem Lehrausbilder, die Lehrlinge zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen⁴²⁾. In der Betriebsverkaufsstelle des VEB Berggold in Pössneck meinte eine Arbeiterin zu

ihren Kolleginnen: „Deckt euch nur genügend mit Lebensmitteln ein, denn es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es auch bei uns zum Aufstand kommen. Die Regierung ist selber daran Schuld, denn 12 Jahre nach Kriegsende müßte der Lebensstandard viel besser sein.“⁴³⁾ Zusammenfassend heißt es in dem Bericht: „Die Diskussionen über die Ereignisse in Polen nehmen einen immer größeren Umfang ein und sind meistens negativ. Positive Meinungen gibt es nur vereinzelt . . . Die meisten negativen Diskussionen beinhalten, daß Polen richtig handelt, denn der Lebensstandard in Polen sei sehr niedrig. Vereinzelt gibt es sogar Stimmen, daß es richtig ist, wenn Polen sich nicht mehr von der Sowjet-Union kommandieren läßt. Verschiedentlich gibt es Tendenzen, ähnliches in der DDR zu verlangen.“⁴⁴⁾

Ende Oktober ging es bei der Registrierung der Mißstimmung der Arbeiter nicht mehr nur um kleine Betriebe in abgelegenen Gegenden der DDR. Am 27. Oktober eröffnete eine Nachricht aus Rostock den Reigen der täglichen Meldungen: „In der Neptunwerft herrscht seit einigen Tagen große Unzufriedenheit aufgrund des Materialmangels sowie über die durch Stromsperrungen notwendig gewordenen Nachtschichten.“⁴⁵⁾ Am gleichen Tage wird berichtet: „Unter den Bauarbeitern der Magdeburger Baustellen (besonders der Wohnungsbauten) wird in den letzten Tagen die Diskussion geführt, von den übergeordneten Leitungen Material, besonders Zement zu fordern . . . Einige Bauarbeiter erklärten, bei Nichtanlieferung von Material auf der Straße zu demonstrieren.“⁴⁶⁾ Aus dem VEB Stern-Radio in Berlin wurde gemeldet, daß der „größte Teil der Beschäftigten . . . infolge Materialmangels nicht mehr (arbeitet) . . . Unter den Arbeitern werden Vergleiche zur Lage in Polen gezogen.“⁴⁷⁾ Unter der Rubrik „Stimmung zu den Ereignissen in Polen und Ungarn“ wird gemeldet: „Die Stimmung der Bevölkerung hat sich nicht verändert. Den größten Raum nehmen weiterhin RIAS-Argumente ein. Es mehren sich die Äußerungen, daß es bei uns auch allmählich Zeit würde, daß Walter Ulbricht abgelöst wird.“⁴⁸⁾

⁴³⁾ Ebenda.

⁴⁴⁾ Ebenda.

⁴⁵⁾ ZN, Information, 27. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

⁴⁶⁾ Ebenda.

⁴⁷⁾ Ebenda.

⁴⁸⁾ Ebenda.

⁴⁰⁾ Ebenda.

⁴¹⁾ Vgl. ZN, Information, 25. 10. 1956, Allg. S. 83/59, Bd. 1 b.

⁴²⁾ Ebenda.

III.

Wenn man den Berichten des MfS Glauben schenken darf – und es gibt keinen Grund, an ihrem Wahrheitsgehalt zu zweifeln – braute sich in der DDR Ende Oktober 1956 ein Unwetter zusammen, das die SED-Führung Schlimmes befürchten ließ. In dieser Situation trat die Partei die Gegenoffensive an. Am 28. Oktober berichteten die DDR-Zeitungen auf den Titelseiten über eine ‚Fernsehdiskussion‘ zwischen den Genossen Walter Ulbricht und Otto Grotewohl sowie Berliner Arbeitern. Die Sendung wurde von Karl-Éduard von Schnitzler moderiert. „Wir gehen zielbewußt unseren Weg“ lautete im „Neuen Deutschland“ die Schlagzeile über das im Wortlaut abgedruckte Fernsehgespräch. Als Unterzeile standen darunter einige Kernsätze der obersten Staatsfunktionäre. Unter anderem ein Satz von Grotewohl: „Liberalisierung bedeutet Restaurierung des Kapitalismus“. Neben der Lage in Polen und Ungarn wurde im Verlauf des Gesprächs auch die Situation in der DDR angesprochen. Grotewohl meinte dazu: „Die mit den großen amerikanischen Monopolen verbundene Nachrichtenagentur United Press hat in einem Rundschreiben ihre Korrespondenten in Europa aufgefordert, über Streikkrawalle in der Deutschen Demokratischen Republik zu berichten.“ Ulbricht wußte noch einzuflechten: „Übrigens, der englische Spionagedienst hat dieselbe Anweisung gegeben.“ Worauf Grotewohl den Gedanken vollendete: „... Daran sehen Sie, wie alles vorbereitet, organisiert wird, sogar die Vorgänge, die kommen sollen.“⁴⁹⁾

Bereits am Vortage waren die Mitglieder der Parteiführung in die Berliner Betriebe gegangen, um mit den Arbeitern zu diskutieren. Dabei hatte es nicht an eindeutigen Drohungen gefehlt. Ulbricht hatte im Berliner Werk für Fernsehelektronik (WF) laut Bericht des „Neuen Deutschland“ erklärt: „Aus den Ereignissen in Ungarn muß man die Lehre ziehen, daß die Werktätigen und ihre Staatsmacht wachsam sein müssen, um die Zersetzungsarbeit, die von bürgerlichen und faschistischen Elementen unter der Losung der ‚Freiheit‘ durchgeführt wird, zu unterbinden und die wirkliche Demokratisierung und Freiheit des Volkes weiterzuentwickeln.“ Einem angeblichen Arbeiter wird der Ausspruch in den Mund gelegt: „Die Konterrevolutionäre mucken überall auf, wo sie können. Man hätte ihre Vorstöße gleich im Keime ersticken müssen. Gibt es denn dort in Ungarn in den Betrieben keine Kampfgruppen?“⁵⁰⁾ Am folgenden Tag wird eine Rede des damaligen Bezirkssekretärs von Berlin, Alfred Neumann, in der Zeitung zitiert: „Wer da glaubt, das Budapester Verbrechen auf Berlin

übertragen zu können, der irrt sich gewaltig. Jeder Mißbrauch der demokratischen Freiheiten wird an der geschlossenen Kraft der Arbeiterklasse zerbrechen.“⁵¹⁾

Auch in Magdeburg erging sich die SED-Führung in deutlichen Drohgebärden. Noch am Tage des eingangs geschilderten Streiks im Georgij-Dimitroff-Werk marschierten dort die Kolonnen der Kampfgruppen in feldmäßiger Ausrüstung auf. Die „Volkstimme“ berichtet davon auf der ersten Seite unter der Überschrift „Treuebekenntnis zur Arbeiter-und-Bauern-Macht“. Ein Bild zeigt die Kämpfer der sogenannten Betriebskampfgruppen in geschlossener Formation mit umgehängten Maschinenpistolen. Darunter liest man den Text: „Kampfgruppen des VEB Schwermaschinenbaus ‚Georgij Dimitroff‘ . . . bekunden ihre Bereitschaft zur Verteidigung unserer Republik. In einem . . . Treuebekenntnis schreiben sie an das ZK der SED: ‚Mit unserem heutigen Appell der Kampfgruppen unseres Betriebes bringen wir zum Ausdruck, daß wir fest hinter dem Zentralkomitee unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und hinter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stehen.“⁵²⁾

Gleichzeitig begann die Jagd des Staatssicherheitsdienstes auf angebliche Agenten des Imperialismus. Am 1. November 1956 berichtet die Magdeburger „Volkstimme“ ausführlich über die Verhaftung von 73 „feindlichen Agenten“, die Unruhen in der DDR provozieren wollten⁵³⁾. In der Manier eines billigen Spionageromans wird über die finsternen Machenschaften westlicher Agentenzentralen in Magdeburg berichtet. Der Tonfall des Berichtes erinnert an die schlimmsten Zeiten stalinistischer Schauprozesse. Ob sich unter den Verhafteten und als „bezahlte Agenten“ Verleumdeten auch die Wortführer jener jungen Arbeiter befanden, die am 30. Oktober aus Protest gegen die verlogene Solidaritätserklärung der FDJ-Leitung in den Streik getreten waren, entzieht sich gegenwärtig einer genaueren Prüfung. Man kann davon ausgehen, daß das MfS sie nicht ‚vergessen‘ hat.

Zweifellos ist es richtig, daß es im Herbst 1956 nicht zu einer breiten Massenbewegung gegen das SED-System gekommen ist. Die schroffe Ablehnung jeglicher Reform des Systems – wie sie in den Äußerungen von Ulbricht und Grotewohl zum Ausdruck kam – und die eindeutigen Drohungen, selbst mit Waffengewalt gegen Streikende vorzugehen, schließlich das tragische Ende des ungarischen Auf-

⁴⁹⁾ Neues Deutschland vom 28. 10. 1956, S. 2; vgl. Anm. 34.

⁵⁰⁾ Neues Deutschland vom 27. 10. 1956, S. 1.

⁵¹⁾ Neues Deutschland vom 28. 10. 1956, S. 2.

⁵²⁾ Volkstimme vom 31. 10. 1956, S. 1.

⁵³⁾ Volkstimme vom 1. 11. 1956, S. 4.

standes ließen in dieser Situation den offenen Widerstand als sinnlos erscheinen. Hinzu kam, daß die offenen Grenzen jedem die Möglichkeit boten, sich dem Druck des SED-Staates zu entziehen. Die steigenden Flüchtlingszahlen des Jahres 1956 sprechen eine deutliche Sprache.

Trotzdem scheint aufgrund der Akten des MfS die Aussage berechtigt, daß der Unwille unter den Arbeitern weit größer war, als man dies bisher angenommen hat. Durch eine gründliche und systematische Erforschung des gewaltigen Quellenmaterials des MfS wird man zweifellos in vielen weiteren Punkten bisherige Forschungsergebnisse überprüfen können. Insofern haben die hier vorgelegten Ergebnisse — die angesichts der jetzt noch unübersichtlichen Aktenlage nur vorläufigen Charakter

tragen können — vor allem exemplarische Bedeutung. Sie weisen auf die Bedeutung eines Quellenbestandes hin, der von der Öffentlichkeit bisher fast ausschließlich nur unter dem Aspekt der Enthüllung der Vergangenheit einzelner Politiker gesehen wird und deswegen in Gefahr gerät, aufgrund der politischen Interessenlage sekretiert zu werden.

Weitaus wichtiger und interessanter als das Vorleben einzelner Politiker oder die Überprüfung künftiger Beamter ist jedoch das historische, speziell das sozial- und kulturgeschichtliche Material, das in den Archiven des MfS lagert. Nicht zuletzt, weil dort den vielen namenlosen Menschen, die sich auf ihre Weise gegen den übermächtigen Staat wehrten und bisher keinen Platz in Memoiren oder Geschichtsbüchern fanden, ein Denkmal gesetzt ist.

Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR

I. Die besondere Situation der DDR

In den Diskussionen über Erscheinungsformen und Ursachen der Revolution der DDR im Herbst 1989 taucht häufig der mit offener oder verdeckter Kritik eingefärbte Hinweis auf, die Intellektuellen hätten sich nicht rechtzeitig zu Worte gemeldet und so keine herausragende politische Rolle beim politischen Umsturz gespielt. Am schärfsten hat Joachim Fest diese Kritik in seinen „Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. Dezember 1989 formuliert¹⁾. Er behauptet, „daß es sich erstmals um eine Revolution ohne Vordenker, überhaupt ohne intellektuelle Beteiligung“ handelt. Er konstatiert einen tiefen Bruch, weil bisher alle Revolutionen gedankliche Vorläufer gehabt hätten, die Alternativen erdacht, begründet oder organisiert hätten. Der vergleichende Blick auf Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien dient als Beleg für diese These. Auch die heftig und emotional geführte Debatte um Christa Wolf hat mehr oder minder den gleichen Vorwurf zum Hintergrund²⁾.

In der Tat hat es in der DDR vergleichbar profilierte oppositionelle Köpfe und intellektuelle Bewegungen wie die um Adam Michnik u. a. in Polen oder die Bürgerrechtler der „Charta 77“ um Václav Havel in der Tschechoslowakei nicht gegeben. Dennoch läßt sich Fests These – und sie steht nur exemplarisch für eine verbreitete Intellektuellenschelte – nachdrücklich in Frage stellen. Dies kann in zweifacher Hinsicht geschehen. Zum einen ist sozialgeschichtlich die Intelligenz der slawischen Nachbarländer nicht ohne weiteres vergleichbar mit den Intellektuellen als sozialer Gruppierung in der DDR. Zum anderen hat politisch die Teilung und Zweistaatlichkeit Deutschlands nach 1945 Chancen

¹⁾ Vgl. Joachim Fest, Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Dezember 1989; vgl. auch Monika Maron, Die Schriftsteller und das Volk, in: Der Spiegel, Nr. 7, 1990.

²⁾ Nur drei Hinweise zu der monatelangen Debatte: Ulrich Greiner in: Die Zeit vom 1. Juni und 27. Juli 1990; Frank Schirrmacher in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 1990; Günter Grass in: Der Spiegel vom 16. Juli 1990. Wie stark diese Diskussion aus westdeutscher Perspektive geführt wird und an der tatsächlichen Rolle Christa Wolfs für kritische DDR-Bürger vorbeigeht, belegt m. E. die sehr aufschlußreiche und in der Kontroverse gar nicht berücksichtigte Sammlung von Leserbriefen auf einen Artikel Christa Wolfs in der „Wochenpost“ vom November 1989: Angepaßt oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989, Berlin 1990. Eine differenzierte Analyse bietet Antonia Grunenberg, Das Ende der Macht ist der Anfang der Literatur. Zum Streit um die Schriftsteller/innen in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/90, S. 17–26.

und Grenzen jeder Opposition in der DDR maßgeblich geprägt.

Ein Blick in die Geschichte intellektueller Opposition und Dissidenz seit den Anfängen der DDR kann dieses spezifische Profil deutlich machen und zeigen, daß es inhaltlich durchaus Kontinuitätsstränge bis 1989 gibt. Aus beiden Gründen – aus einer anders gelagerten nationalen Tradition und aus den besonderen politischen Bedingungen der deutschen Nachkriegszeit – ist daher der zum Maßstab der Kritik herangezogene Vergleich schief und trifft die These nicht die besondere Situation der DDR. Damit soll die Kritik an „den Intellektuellen“ nicht durch ihre Apologie ersetzt werden, an die Stelle politischer Polemik aber historische Differenzierung treten.

Die erste Linie kann hier nicht genauer erörtert werden, weil sie vor allem auf Besonderheiten der polnischen und tschechischen Geschichte, nicht zuletzt auf die Erfahrungen aus der Besatzungszeit, verweist. Die zweite soll im Längsschnitt von rund 40 Jahren DDR-Geschichte detaillierter verfolgt werden. Ziel ist es nicht, eine Erklärung des revolutionären Umbruchs in der DDR zu liefern, sondern lediglich, aus einer aktuellen Gegenwarts Perspektive die politische Rolle oppositioneller Gruppierungen zu analysieren und damit ein Traditionselement zu verfolgen, das auch in die jüngste Vergangenheit führt. Der historische Rückblick vermag auch dazu beizutragen, die Spezifika der Situation der achtziger Jahre deutlicher zu machen. Die Grundzüge dieser Geschichte sind in der Bundesrepublik bekannt. Eine unzensurierte öffentliche Diskussion in der DDR hat jedoch in den letzten Monaten bereits viel neues Material zutage gefördert. Die Öffnung der Archive wird in Zukunft zusätzliche Quellen verfügbar machen, so daß nicht nur die Geschichte der SED-Herrschaft, sondern auch die ihrer Gegner präziser darzustellen sein wird.

Unter politischer Opposition verstehe ich hier im Anschluß an Günter Minnerup³⁾ eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie mit erkennba-

³⁾ Vgl. Günter Minnerup, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989, S. 66–74. Vgl. als Überblick ferner Dietrich Staritz, Die SED und die Opposition, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987, S. 78–97. Eine Sammlung verschiedener oppositioneller Texte in englischer Übersetzung bei Roger Woods (Ed.), Opposition in the GDR under Honecker 1971–85, London 1986.

ren ideologischen und politischen Alternativkonzepten. Dissidenz dagegen ist ein eher diffuses und schwer faßbares Phänomen. Der Vergleich mit dem großen Forschungsprojekt „Bayern in der NS-Zeit“, in dem der von Martin Broszat erläuterte Begriff der „Resistenz“ eine zentrale Rolle spielt, macht dieses Problem deutlich⁴). Dissidenz ist bewußte, wenn auch partielle Verweigerung und Abweichung. Sie ist daher etwas anderes als Resistenz gegenüber der Durchsetzung eines umfassenden politischen und ideologischen Herrschaftsanspruchs, die es als Flucht in die gesellschaftlichen Nischen im Nationalsozialismus ebenso wie in der 40jährigen DDR-Geschichte überall gab. Gerade diese Flucht in die Nischen wirkte jedoch auch herrschaftsstabilisierend. Den Kern von Dissidenz in ihrer konsequentesten Form hat dagegen Václav Havel als Zielsetzung der Gruppe „Charta 77“, die aus unbekanntem jungen Musikern hervorging, treffend beschrieben: „Leben in Wahrheit“ als moralischer Akt⁵).

Entsprechend diesem Begriffsverständnis gab es nach 1956/57 bis in die späten achtziger Jahre hinein kaum noch Opposition in der DDR, sondern nur Dissidenz einzelner oder mehr oder minder kleiner Gruppen. Drei Gründe sind dafür vor allem maßgeblich⁶):

1. Reformkommunistische Ansätze scheiterten zwar in erster Linie an politischen Konstellationen,

die außerhalb der DDR lagen, aber auch an der fehlenden nationalen Identität der DDR.

2. Der Reformdruck ökonomischer Krisen blieb in der DDR im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staaten relativ gering dank der durch den deutsch-deutschen Handel sich ergebenden Privilegierung der DDR.

3. Die Konsolidierung eines Dissidentenmilieus und seine Ausweitung zur politischen Opposition wurde bis zum Mauerbau 1961 durch die Fluchtmöglichkeit, seit den siebziger Jahren durch die Abschiebung unliebsamer Kritiker in die Bundesrepublik immer wieder verhindert oder erschwert.

Alle drei Gründe, deren Gewicht nach Zeitpunkt und politischer Konstellation sehr unterschiedlich war, beziehen sich auf das Problem des „Sozialismus in einem halben Lande“⁷) und somit auf konkrete Teilaspekte der „Deutschen Frage“. Es gab in allen Phasen der DDR-Geschichte Oppositions- oder Dissidenzbewegungen. Sie hatten alle direkt oder indirekt mit der Spaltung Deutschlands zu tun, aber auch ihre Erfolglosigkeit stand in unterschiedlichen Formen mit der Teilung, der fehlenden nationalen Identität und der unmittelbaren Nähe der Bundesrepublik im Zusammenhang.

II. Außen- und innerparteiliche Opposition bis zum 17. Juni 1953

Die ersten Nachkriegsjahre waren von vielfältigen Konflikten um die vor allem von der SED verfolgte politische Linie geprägt. Zu nennen wären u. a.: Opposition der CDU gegen die Bodenreform (Andreas Hermes und Walther Schreiber wurden von der SMAD abgesetzt); Widerstände gegen die Fusion von KPD und SPD; Ablehnung der entschädigungslosen Enteignung der großen Industriebetriebe⁸). Gegen diese breite, wenn auch diffuse Opposition gingen SMAD und KPD/SED mit verschiedenen Mitteln vor, die von Privilegierung über Drohungen bis zu Verhaftungen und Internierungen reichten. Die vor allem von den CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer getragene Opposition gegen die Volkskongreßbewegung 1947

wurde von der SED agitatorisch massiv bekämpft und von der SMAD schließlich durch Absetzung der beiden Parteiführer ausgeschaltet⁹). Heftig und anfangs erfolgreich war auch der Widerstand der 1945 im Umbruch entstandenen Betriebsräte gegen die von der SED gewünschte Unterordnung unter die zentralistisch organisierten und von der Partei abhängigen Gewerkschaften. Erst 1948 gelang mit Nachhilfe der SMAD die Auflösung der Betriebsräte und ihre Überführung in die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL)¹⁰). Aber auch in diesen gewerkschafts- und parteiabhängigen Institutionen hielt sich noch ein beträchtliches Oppositionspotential, das sich unter anderem am 17. Juni 1953 spontan entlud.

Die SED war anfangs keine stalinistische Partei, sondern hatte ein reformkommunistisches Pro-

⁴) Vgl. Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Band 4, München 1981, S. 691 ff.

⁵) Vgl. Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek 1989, S. 36 f.

⁶) Vgl. G. Minnerup (Anm. 3), S. 72.

⁷) So der Titel von Dietrich Staritz, *Sozialismus in einem halben Lande*, Berlin 1976.

⁸) Vgl. dazu die detaillierte Untersuchung von Karl Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand in der DDR*, Köln 1984.

⁹) Vgl. Siegfried Suckut, *Zum Wandel der Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann Weber (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 123 f.

¹⁰) Eine detaillierte Untersuchung dazu hat Siegfried Suckut vorgelegt: *Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands 1945–1948*, Frankfurt 1982.

gramm. Solche reformkommunistischen Ansätze aus der Frühphase der SBZ konnten zunächst durchaus auf eine relativ breite, wenn auch bislang nicht genau quantifizierbare Resonanz rechnen. Ihre Träger waren in der Regel Intellektuelle, zum Teil Leute aus der Spitze des Parteiapparats. Vor allem Anton Ackermann und Rudolf Herrnstadt sind hier zu nennen. Anton Ackermann, seit 1926 Mitglied der KPD, Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, Emigrant und Chef des Senders „Freies Deutschland“ in Moskau, im Frühjahr 1945 Leiter einer der drei Initiativgruppen, dann bis 1953 in führenden Funktionen der SED, entwickelte im Vorfeld der SED-Gründung das programmatische Konzept eines „eigenen deutschen Weges zum Sozialismus“¹¹⁾. Dieses entsprach einer internationalen kommunistischen Strategie und fand Parallelen sowohl in Ost- wie in Westeuropa. Daß dieses Konzept 1948 im Zuge der Eskalation des Kalten Krieges überall scheiterte und dem stalinistisch-uniformen Modell mit der SED als leninistischer Kaderpartei an der Spitze weichen mußte, ist noch kein schlüssiger Beweis für die lediglich taktische Motivation des „eigenen Weges“. Unstrittig hat dieses Programm nicht nur auf unorthodoxe Kommunisten und vereinigungswillige Sozialdemokraten einen beträchtlichen Einfluß ausgeübt, wie aus vielen zeitgenössischen Zeugnissen (z. B. Wolfgang Leonhard) belegbar ist¹²⁾, es blieb auch trotz oder gerade wegen der offiziellen Verdammung ein ideologischer Stachel im Fleisch der SED. Die programmatische Argumentationsfigur vom „eigenen Weg“ und die verwandte Vorstellung vom „dritten Weg“ haben bis 1989 die Diskussionen und die Arbeit politischer Oppositionsgruppen immer wieder bestimmt. Die Nähe der Bundesrepublik mag der Grund dafür gewesen sein, daß DDR-Intellektuelle noch von diesem „dritten Weg“ träumten, als er in Polen schon längst nicht mehr aktuell war¹³⁾.

In der ersten Entstalinisierungskrise im Umfeld des 17. Juni 1953 entwickelten solche Vorstellungen besondere politische Brisanz. Die von der Sowjetunion zeitweise gestützte parteiinterne Opposition gegen Ulbricht orientierte sich an gesamtdeutsch ausgerichteten Alternativen zum Stalinismus Ulbrichtscher Prägung, und Anton Ackermann gehörte trotz seines Widerrufs von 1948 im ZK zu ihren Anhängern. Daß 1953 — anders als in späteren Konstellationen — eine schwere ökonomische Krise zu den wichtigsten Voraussetzungen inner- und außerparteilicher Opposition und Dissidenz zu

11) Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, (1946) 1, S. 22—32.

12) Vgl. Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 445 f., S. 449.

13) Vgl. den „Aufruf für eine eigenständige DDR“ vom 26. November 1989, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk“, Reinbek 1990, S. 240 f.

rechnen ist, bedarf hier keiner näheren Erörterung.

Einer der profiliertesten Wortführer der Opposition in der Parteispitze war Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ und Prototyp des kommunistischen Intellektuellen¹⁴⁾. Herrnstadt war ab 1928 Korrespondent für das „Berliner Tageblatt“ gewesen, dessen Chefredakteur „sein Lehrer und väterlicher Freund“ Theodor Wolff war. 1929 trat Herrnstadt der KPD bei und wurde später Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der Roten Armee. Chefredakteur der Wochenzeitung „Freies Deutschland“ des gleichnamigen Nationalkomitees, Redakteur der sowjetischen „Täglichen Rundschau“ und der „Berliner Zeitung“ 1945 waren weitere Stationen, bevor er 1949 die Leitung des „Neuen Deutschland“ übernahm. In dieser Funktion setzte er sich 1949 in einer scharfen Polemik mit Ackermann auseinander, der inzwischen einen gründlichen Positionswechsel hatte vornehmen müssen. So kam es zu einer kurios anmutenden Vertauschung der Fronten. Herrnstadt warf Ackermann eine „Bagatellisierung der konkreten nationalen Besonderheiten“ in Deutschland vor, Ackermann bescheinigte Herrnstadt dagegen ein „Abgleiten vom Internationalismus in den bürgerlichen Nationalismus“¹⁵⁾.

Verschiedene publizistische Aktivitäten der folgenden Jahre lassen erkennen, daß für Herrnstadt die nationale Einheit und die Veränderung des politischen Systems in der DDR gleichermaßen hohe Bedeutung besaßen. Besonders scharfe Töne fanden sich in seinem Leitartikel unter der Überschrift „Heraus mit der Sprache“ im „Neuen Deutschland“ vom 11. Februar 1952, d. h. einen Monat vor Stalins berühmter Deutschlandnote und möglicherweise auch im Zusammenhang mit dieser außenpolitischen Initiative. Herrnstadt griff das Thema der „innerparteilichen Demokratie“ als brennendes Problem auf, kritisierte die „Nichtachtung der Initiative der Massen bei uns“ und unterzog die Parteibürokratie einer schneidenden Kritik: „Wir sind schuld, die Parteiorganisation von unten bis oben. Und je weiter nach oben, desto mehr.“¹⁶⁾

Im Vorfeld des 17. Juni 1953 gehörte Herrnstadt sowohl parteiintern wie publizistisch zu den Schlüs-

14) Vgl. Uwe Klußmann, „Heraus mit der Sprache“. Von Sowjets gefördert, von Ulbricht gefeuert: Rudolf Herrnstadt — Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ 1949—1953, in: Deutsche Studien, 27 (1989), S. 260 ff. Neues Quellenmaterial bietet jetzt erstmals Nadja Stulz-Herrnstadt (Hrsg.), Das Herrnstadt-Dokument, Reinbek 1990. Eine ausführliche Biographie Herrnstadts von Helmut Müller-Enbergs soll in Kürze erscheinen. Nachdrücklich zu unterstreichen bleibt — wie auch das neue Material belegt —, daß Herrnstadt keineswegs zu den Verfechtern eines „demokratischen Sozialismus“ im westlichen Sinne oder eines „dritten Weges“ zu rechnen ist.

15) Zit. bei U. Klußmann (Anm. 14), S. 262.

16) Ebd., S. 268.

selfiguren der ersten großen Krise der DDR. Nach den Erinnerungen von Heinz Brandt, dem Sekretär für Agitation und Propaganda der Bezirksleitung Berlin der SED, wurde Herrstadt von den Sowjets beauftragt, personelle Vorschläge für eine neue Parteispitze zu unterbreiten¹⁷). Auch der für die Vorgeschichte des Aufstandes wichtige Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 14. Juni: „Es wird Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen“, geht vermutlich auf ihn zurück¹⁸). Die inhaltliche Linie der vor allem nach innen gerichteten Kritik blieb auch nach dem gescheiterten Aufstand und der Propagierung des „Neuen Kurses“ die gleiche.

Seine Hoffnungen auf eine „Erneuerung“ erwiesen sich jedoch als ein großer Irrtum. Ende Juli 1953 schloß das ZK Herrstadt zusammen mit Wilhelm Zaisser, dem Chef des Staatssicherheitsdienstes und ebenfalls Wortführer der Opposition in der Parteispitze, aus¹⁹). Herrstadt schob man nach seinem Parteiausschluß ins Zentralarchiv nach Merseburg ab. Er schrieb in dieser Zeit Bücher über Themen des 19. Jahrhunderts und unter einem Pseudonym eine brillante Satire mit dem Titel „Die Beine der Hohenzollern“²⁰). Der intellektuelle Herrstadt hatte seinen beißenden Sarkasmus im Exil der Archivverwaltung offensichtlich noch nicht verloren: Das Buch beschäftigte sich mit vier tatsächlich geschriebenen Primaneraufsätzen von 1901 über das Thema „Die Beinstellung der Denkmäler in der Siegesallee“. Sie waren ins Archiv gelangt, weil Kaiser Wilhelm sie zensiert und mit seinen berühmten Randbemerkungen versehen hatte. Das Grundmuster dieser Persiflage auf den Hohenzollernstaat, aus der Beinstellung auf den Charakter der Herrscherfiguren zu schließen, ließ sich zumindest zwischen den Zeilen auch als verkappte Satire auf den ideologischen Byzantinismus im Ulbricht-Regime lesen, dessen politische Grundlagen Herrstadt jedoch niemals prinzipiell in Frage gestellt hatte.

Über die Opposition in der Machtelite hinaus gehört zum Gesamtbild des Aufstandes vom 17. Juni auch eine offenbar stark im alten sozialdemokratischen Milieu verwurzelte Opposition und Dissidenz unter den Industriearbeitern. Dieser für die politische Geschichte der DDR besonders wichtige und

die hysterische Reaktion der SED-Spitze zum Teil erklärende Aspekt ist in der historischen Forschung der Bundesrepublik erst erstaunlich spät entdeckt worden²¹). Die historiographische Kanonisierung als „Volksaufstand“ hat offenbar lange Zeit verdeckt, daß große Teile der Arbeiterschaft den von der SED vorgezeichneten sowjetsozialistischen Weg ablehnten, ohne damit einfach den westlichen Weg übernehmen zu wollen. Sie brachten diese Ablehnung während des Aufstandes, aber auch noch Tage danach in Formen zum Ausdruck, die sich auf tradierte Muster der deutschen Arbeiterbewegung aus den ersten Nachkriegsjahren, aber auch noch aus der Zeit vor 1933 bezogen. In der Organisation des innerbetrieblichen Protests, in der Solidarität der Belegschaften bei der Abwehr der Verhaftung von sogenannten „Rädelführern“ und in den Parolen und Liedern, die den Aufstand bestimmten, kam viel von jenem „Sozialdemokratismus“ zum Ausdruck, gegen den sich in den folgenden Monaten und Jahren die ideologischen Kampagnen und Repressionen der SED besonders richteten²²).

Zu den wichtigsten institutionellen Trägern ideologischer Dissidenz mit Ansätzen zur politischen Opposition gehörte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre besonders die evangelische Kirche. Hier gibt es zumindest eine institutionelle Kontinuität bis 1989, als die zentrale Rolle der Kirche im Vorfeld der Revolution offenkundig wurde. 1950 gab es noch ca. 14 Millionen getaufte DDR-Bürger²³). Die Landeskirchen der DDR hatten starke institutionelle Bindungen an die Bundesrepublik, insbesondere über die gemeinsame EKD. Prominente Kirchenführer stammten aus der „Bekennenden Kirche“, so Otto Dibelius als Ratsvorsitzender der EKD und Bischof von Berlin-Brandenburg. Sie besaßen damit nicht nur eine besondere Legitimation, sondern auch konkrete Erfahrungen im Umgang mit den Mächtigen. Nach einem anfänglich erträglichen Modus vivendi führte die Stalinisierung der DDR zur Konfrontation: Marxismus-Leninismus in den Lehrplänen, Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen, Diskriminierung kirchlicher Jugendarbeit, insbesondere Verfolgung der „Jungen Gemeinden“ und Studentengemeinden an den Universitäten, intensive atheistische Propaganda im öffentlichen Leben – dies alles konnten die Pfarrer und die Kirche als Institution nicht schwei-

¹⁷) Vgl. Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 209.

¹⁸) Vgl. U. Klußmann (Anm. 14), S. 270.

¹⁹) Zu Zaisser vgl. K. W. Fricke (Anm. 8), S. 105 ff. Der Begriff „Erneuerung“ wurde Herrstadt ausdrücklich vom sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow in einer Unterredung im Juli 1953 kritisch vorgehalten (Vgl. das Herrstadt-Dokument [Anm. 14], S. 152). Auch wenn sich Herrstadt von jeder „Fraktionsbildung“ distanzierte, hatte er auf der Sitzung des Politbüros vom 7. Juli den Antrag auf Rücktritt Ulbrichts als Generalsekretär der Partei gestellt (ebd., S. 126 f., 149).

²⁰) R. E. Hardt, Die Beine der Hohenzollern, Berlin 1960.

²¹) Vgl. dazu vor allem den ausführlichen Aufsatz von Klaus Ewers/Thorsten Quest in: Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

²²) Zum „Sozialdemokratismus“ vgl. Hans Jürgen Spanger, Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982.

²³) Vgl. Horst Dähn, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980, Opladen 1982, S. 26 ff.; DDR-Handbuch, Köln 1985³, S. 720.

gend hinnehmen, ohne ihre Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Parallelen zur Zeit des „Kirchenkampfes“ drängten sich auf. Proteste, hartnäckige Verweigerung und zahlreiche Interventionen aus der Bundesrepublik und dem Ausland blieben schließlich nicht ohne Wirkung. Die Diskriminierungen und Schikanen wurden mit dem „Neuen Kurs“ zunächst eingestellt²⁴). Später brachen im Zusammenhang der 1954 eingeführten Jugendweihe jedoch neue heftige Konflikte auf. Anders als in den achtziger Jahren war die Haltung der Kirche in den frühen fünfziger Jahren mehrheitlich von einer grundsätzlichen Ablehnung des Staates geprägt, der einen dezidierten Atheismus propagierte und praktizierte. Die Grenzen zwischen weltanschaulicher Dissidenz und politischer Opposition qua Institution Kirche waren daher fließend.

Nur äußerlich ist in diesem kirchlichen Milieu die CDU als wichtigste Blockpartei einzuordnen.

Gleichwohl bleibt interessant, daß es bis 1952 innerhalb der CDU noch deutlich identifizierbare unterschiedliche Flügel und Zielsetzungen gab. So versuchte Otto Nuschke, der Nachfolger Jakob Kaisers im Parteivorsitz, zunächst noch ein Höchstmaß an Eigenständigkeit gegenüber der SED zu wahren. Er erneuerte Kaisers Bekenntnis zum „christlichen Sozialismus“ und votierte gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Er strebte ebenso wie der sächsische Landesvorsitzende Hugo Hickmann eine Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen an. Demgegenüber erwies sich der spätere langjährige CDU-Vorsitzende Gerald Götting ab 1949 als willfähriger Vertreter der Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht in seiner Partei. Aber erst 1952 war der Gleichschaltungsprozeß abgeschlossen, und die Partei begann, ihren Part als monotone „Blockflöte“ zu spielen²⁵).

III. Die Wirkungen der Entstalinisierungskrise von 1956

Auf die erste, eher DDR-spezifische und ohne Parallelen in Osteuropa verlaufende punktuelle Entstalinisierung 1953 folgte 1956 die weltweite Erschütterung des stalinistischen Systems nach dem 20. Parteitag der KPdSU. Sie verlief in der DDR – anders als in Polen und Ungarn – bemerkenswert undramatisch. Im Unterschied zu 1953 blieb die Arbeiterschaft weitgehend ruhig, steckte ihr doch der Schock des gescheiterten Aufstandes noch unmittelbar in den Knochen. Überdies versuchte die Ulbricht-Gruppe mit einer Mischung aus verbaler Distanzierung von Stalin und Demonstration der Stärke (besonders durch den Aufmarsch von Betriebskampfgruppen) eine Destabilisierung der eigenen Herrschaft bereits im Ansatz zu verhindern.

Martin Jänicke's Untersuchung hat detailliert zu belegen versucht, wie tief die Entstalinisierungskrise die DDR-Gesellschaft dennoch betraf²⁶). Intellek-

tuelle in nahezu allen Zweigen von Kultur und Wissenschaft waren vom Bazillus der ideologischen Dissidenz so infiziert, daß sich die Partei in den folgenden Jahren vorrangig bemüßigt fühlte, ihre Immunisierungsstrategie in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Die besondere Brisanz bestand auch noch 1956/57 darin, daß eine breite Dissidenz unter den Intellektuellen sich mit einem bis heute nicht genau zu qualifizierenden parteiinternen Konflikt verband, deren Spitzenrepräsentanten der Staatssicherheitschef Ernst Wollweber und der für Kaderpolitik zuständige Politbüro-Funktionär Karl Schirdewan waren, zu denen aber auch die Wirtschaftsfunktionäre Gerhart Ziller (er beging 1957 Selbstmord) und Fritz Selbmann gehörten. Schirdewan verlor nach seiner Entmachtung 1958 seinen Posten in ZK und Politbüro, erhielt eine „strenge Rüge“, wurde jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen. Er übte 1959 Selbstkritik und war bis 1965 Leiter der staatlichen Archivverwaltung in Potsdam.

Schirdewans inhaltliche Vorstellungen sind bislang nur in Umrissen bekannt geworden. Aus den Hinweisen von Heinz Brandt geht hervor, daß Chruschtschow in der Entstalinisierungskrise 1956 in Schirdewan den „deutschen Gomulka“ gesehen und eine Ablösung Ulbrichts erwogen haben soll²⁷). Wenn es solche Überlegungen gab, so wurden sie nach dem Ungarn-Aufstand hinfällig. Es wiederholte sich somit eine prinzipiell ähnliche Konstellation wie die vom Juni 1953. Schirdewans Kritik richtete sich jedoch vor allem gegen den Stil des „politischen Feldwebels“, wie Ulbricht einmal

²⁴) Hinweise zu den Formen der Konflikte geben Günter Köhler (Hrsg.), *Pontifex, nicht Partisan. Kirche und Staat in der DDR 1949–1958*, Stuttgart 1974; Martin Onasch, *Konflikt und Kompromiß. Die Haltung der evangelischen Kirche zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR am Anfang der fünfziger Jahre*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte*, 3 (1990), S. 152–165.

²⁵) Vgl. S. Suckut, in: H. Weber (Anm. 9), S. 126f. Detailliert dazu jetzt die gründliche Untersuchung von Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1990.

²⁶) Vgl. Martin Jänicke, *Der Dritte Weg. Antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*, Köln 1964. Zur inhaltlichen Diskussion ferner Helga Grebing, *Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956*. Ernst Bloch – Wolfgang Harich – Robert Havemann, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/77, S. 3–19.

²⁷) Vgl. H. Brandt (Anm. 17), S. 328.

von Georgi Dimitroff genannt worden war. Eine fraktionelle Plattform, wie man ihm später vorwarf, hat er offenbar nicht ausgearbeitet. „Ich kritisierte Ulbricht zwar“, stellte er im Februar 1990 in einem Interview fest, „wollte ihn aber nicht stürzen. Ich wollte eine Demokratisierung, die Aufhebung der Alleinherrschaft eines Mannes im Politbüro.“²⁸⁾

Damit ging er weniger weit als Herrstadt 1953, und der Begriff „Demokratisierung“ entsprang eher der Situation von 1990 als der von 1957. Trotzdem traf ihn, der 1954 auf dem IV. Parteitag der SED noch triumphierend den Sieg über „die parteifeindliche Fraktion“ verkündet hatte, das gleiche Los wie Herrstadt, dessen Vorgesetzter er nun als Chef der staatlichen Archive wurde²⁹⁾.

Wenig ist bislang auch über Wollwebers Rolle bekannt. Die im Sommer 1990 veröffentlichten Erinnerungen an Ulbricht (1964 verfaßt), sind nur begrenzt ergiebig³⁰⁾. In jedem Falle spielten, wie diese Erinnerungen deutlich machen, zwei wichtige Elemente für die Gegner Ulbrichts in der Parteispitze eine Rolle: die Einschränkung der „Republikflucht“ durch politische Maßnahmen und die Frage nach den Ursachen für den ständig schwindenden kommunistischen Einfluß in der Bundesrepublik. „Ich war der Meinung“, schreibt Wollweber, „daß wir nicht dazu kommen, konkret die Frage der Wiedervereinigung zu stellen, wenn es uns nicht gelingt, den Einfluß der Kommunisten in Westdeutschland zu stärken. Das bedeutete praktisch, die sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre für eine Linie zu gewinnen, die von uns entwickelt werden mußte. Um diese Frage handelte es sich.“³¹⁾ Immerhin dauerte es bis 1958, bis Ulbricht die endgültige Ausschaltung seiner Gegner gelungen war.

Die ideologische Dissidenz in der künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Intelligenz der DDR entwickelte in den Jahren 1956/57 ihre größte Bandbreite. Neben den bekannten Namen wäre auch auf die an verschiedenen Universitäten entstandenen studentischen Diskussionszirkel nach ungarischem Vorbild zu verweisen, so in Halle, Jena, Dresden. Soweit sie bekannt wurden, wurden

²⁸⁾ Interview mit Schirdewan in der „Berliner Zeitung“ vom 10./11. Februar 1990. Dort auch die Wiedergabe der Charakterisierung Ulbrichts.

²⁹⁾ Sehr kritisch zur Rolle Schirdewans hat sich die Frau Rudolf Herrstadts geäußert in der Zeitung „Freiheit“ vom 27. April 1990. Die von Schirdewan für das 35. Plenum des ZK verfaßte Stellungnahme, die von Ulbricht unterschlagen wurde, ist jetzt erstmals veröffentlicht in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), S. 498 ff. Inhaltliche Positionen gehen daraus nur bedingt hervor, weil der Text aus einer Verteidigungshaltung heraus geschrieben ist.

³⁰⁾ Vgl. Ernst Wollweber, Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), S. 350 ff.

³¹⁾ Ebd., S. 376.

sie alle zerschlagen und ihre Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt³²⁾.

Ob sich unter der Intelligenz auch eine organisierte Opposition entwickelt hat, wie die Parteiführung später behauptete, ist sehr fraglich. In Gustav Justs Tagebuch (1990 erschienen) heißt es am 13. Februar 1957: „Die Wendung bereitet sich vor. Die Opposition in der Partei hat keine Form, keine Führung, kein Programm, aber sie ist da und wächst.“³³⁾ Mit Sicherheit stellte sich aus der Perspektive Ulbrichts die Situation viel dramatischer dar, als sie wirklich war. Drei Namen sind hier vor allem zu nennen, die dieser Dissidenz den Anstrich spektakulärer politischer Opposition gaben: Wolfgang Harich, Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, Walter Janka, Leiter des Aufbau-Verlages, und Gustav Just, stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung „Der Sonntag“. Alle sind 1990 zusammen mit anderen Dissidenten wie Manfred Hertwig, Richard Wolf und Heinz Zöger rehabilitiert worden. In ihren Umkreis gehört auch Bernhard Steinberger, ein jüdischer Emigrant, der mehrere Jahre in einem Arbeitslager in der Schweiz interniert war, 1945 nach Deutschland zurückkehrte, der KPD beitrug und im Mai 1959 zusammen mit seiner ungarischen Frau verhaftet wurde. Er verbrachte sechs Jahre in einem sowjetischen Straflager, kehrte im März 1956 zurück. Nachdem ihn Wolfgang Harich gebeten hatte, Vorstellungen zu einer alternativen Wirtschaftspolitik für die DDR zusammenzustellen, wurde er zusammen mit Harich verhaftet und saß bis 1960 im Gefängnis. „Seine Biographie ist mindestens so eindrucksvoll wie jene von Walter Janka“, hat der ehemalige DDR-Schriftsteller Rolf Schneider festgestellt, „doch kaum jemand kennt sie. Die Zeitgeschichte ist launisch.“³⁴⁾

Harichs programmatische „Plattform“ vom Herbst 1956³⁵⁾ hat außerhalb der DDR den größten Bekanntheitsgrad erreicht, während Janka und Just erst durch ihre offizielle Rehabilitierung wieder ins öffentliche Bewußtsein gerückt sind. Jankas 1989 veröffentlichter Bericht „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ und Justs Buch „Zeuge in eigener Sache“ sind beklemmende Reportagen über die Praktiken eines stalinistischen Polizeistaates und geben aufschlußreiche Hinweise zum Umfeld des Prozesses gegen Harich³⁶⁾. Auch der schon 1974 in der Bundesrepublik erschienene autobiographische Bericht „Der Widerspruch“ von Gerhard Zwerenz³⁷⁾,

³²⁾ Vgl. K. W. Fricke (Anm. 8), S. 126 f.

³³⁾ Gustav Just, Zeuge in eigener Sache. Die fünfzig Jahre in der DDR, Frankfurt 1990, S. 22.

³⁴⁾ Rolf Schneider, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: Der Spiegel, Nr. 23, 1990, S. 85 ff.

³⁵⁾ Text in: SBZ-Archiv, 8 (1957), S. 72 ff.

³⁶⁾ Vgl. Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Frankfurt 1989.

³⁷⁾ Vgl. Gerhard Zwerenz, Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Frankfurt 1974.

einem Schüler Ernst Blochs, dem noch rechtzeitig die Flucht in die Bundesrepublik gelang, gibt einen plastischen Eindruck in das Dissidentenmilieu in Leipzig nach dem 20. Parteitag. In Harichs Konzept verbanden sich – z. T. konfuse – reformkommunistische Vorstellungen, die noch weit über das polnische Vorbild hinausgingen, mit gesamtdeutschen Überlegungen, die den politischen Führungsanspruch der SED ins Mark treffen mußten und die Existenz der DDR mehr oder minder deutlich in Frage stellten. Zur historischen Wahrheit gehört aber offensichtlich auch ein sehr zwielichtiges Verhalten Harichs, durch das Walter Janka im Prozeß schwer belastet wurde³⁸⁾.

Der Name Harich repräsentierte jedenfalls 1956/57 die Spitze eines Eisbergs ideologischer Dissidenz mit dilettantischen Ansätzen zur politischen Organisation. Der gemeinsame Nenner der heterogenen Dissidentengruppen ohne Verbindungen zum proletarischen Milieu war die Ablehnung des stalinistischen Systems und der auf konsequente Abgrenzung orientierten Deutschlandpolitik der SED-Spitze. Antistalinismus und Rekurs auf die „Deutsche Frage“ ergaben damit eine brisante Mischung, auf die die Ulbricht-Gruppe mit drakonischen Sanktionen reagierte. So wurde neben den genann-

ten Personen auch an dem Leipziger Schriftsteller Erich Loest in diesem Zusammenhang ein Exempel statuiert³⁹⁾. Er wanderte wegen des völlig haltlosen Vorwurfs „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ für sieben Jahre ins Zuchthaus.

Die schnelle und harte Bestrafung Harichs und anderer hat ihre abschreckende und demoralisierende Wirkung offensichtlich nicht verfehlt. Seit der Ausschaltung der angeblichen „Fraktion“ in der Parteispitze gelang Ulbricht die volle Wiederherstellung der Kontrolle. Die Kulturpolitik wurde in Bitterfeld 1959 an neuen Zielen ausgerichtet. Mit den Parolen „Greif zur Feder, Kumpel“ und „Stürmt die Höhen der Kultur“ sollten einerseits proletarische Eigeninitiativen gefördert und andererseits die Orientierung am „klassischen Erbe“ gestärkt werden. Ulbrichts persönliche Stellung war gefestigter denn je, und der 22. Parteitag der KPdSU mit der zweiten Entstalinisierung entwickelte 1961 in der DDR nur noch geringe substantielle Wirkung. In diese Phase fällt auch eine für die weitere Entwicklung des Systems wichtige Entscheidung: der Beschluß des Politbüros von 1960, der den Staatsapparat ausdrücklich zur unmittelbaren Ausführung aller Parteibeschlüsse verpflichtete, und die erhebliche Ausweitung des Parteiapparats⁴⁰⁾.

IV. Das Scherbengericht über Schriftsteller und Künstler

In anderer Form, aber von der „strategischen Clique“ (Ludz) als kaum weniger gefährlich eingestuft, tauchte der Konflikt mit den Intellektuellen knapp zehn Jahre nach dem 20. Parteitag unter den veränderten Bedingungen einer durch den Mauerbau gewaltsam stabilisierten DDR erneut auf. Der Mauerbau ist auch für die Oppositionsgeschichte ein wichtiges Datum: Die offene Grenze zwang die Parteiführung einerseits zu gewisser Rücksicht aus Eigeninteresse. Die relative Privilegierung der Fachintelligenz war ein Indiz dafür. Andererseits konnte Oppositionspotential durch die offene Grenze abgebaut werden, weil Flucht eine Möglichkeit der Konfliktlösung bot. Insofern ist von der Fluchtbewegung trotz aller wirtschaftlichen Destabilisierung auch eine „latente Stabilisierungswirkung“ ausgegangen, wie Ralf Dahrendorf schon 1960 fest-

stellte⁴¹⁾. Nach 1961 war dies anders. Beide Seiten waren gehalten, neue Formen des Arrangements zu suchen. Dies ist der Hintergrund für die Formveränderung oppositioneller und reformerischer Tendenzen in den sechziger Jahren.

Zwar demonstrierte die Partei- und Staatsführung noch unmittelbar nach dem Mauerbau ihre Macht, danach jedoch bemühte sie sich verstärkt um Zustimmung und Loyalität in der Gesellschaft. Partiiell avancierten jetzt sogar „revisionistische“ Konzepte von 1956/57 zur offiziellen Linie der Wirtschaftspolitik. Das Gefühl des „dauernden Ausnahmezustandes“ (Staritz) nahm sowohl in der Machtelite wie in der Gesellschaft ab. Statt dessen gab es mehr Anpassungsbereitschaft und Aufstiegsorientierung innerhalb der besonders im Bildungswesen gebotenen Möglichkeiten, aber auch die Forderung nach mehr Spielraum und Erweiterung von individuellen Entfaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft. Symptomatisch dafür war der massive Konflikt der Partei mit ihren Schriftstellern und Künstlern Mitte der sechziger Jahre⁴²⁾. Auch dieser Konflikt erreichte schnell eine politische Dimension, weil Lite-

³⁸⁾ Harich hat Janka deshalb wegen Verleumdung verklagt; vgl. „Das Blatt“ (Berlin-Ost) Nr. 12, 1990, S. 19.

³⁹⁾ Vgl. Erich Loest, *Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf*, Frankfurt 1984.

⁴⁰⁾ Der Text des entsprechenden Beschlusses des Politbüros vom 12. Juli 1960 ist jetzt erstmals vollständig veröffentlicht in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 32 (1990), S. 513 ff. Wichtiger als der Beschluß dürfte jedoch die gleichzeitig forcierte erhebliche Ausweitung des Parteiapparats sein.

⁴¹⁾ Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Freiheit*, München 1965, S. 310 f.

⁴²⁾ Vgl. dazu Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriß*, Köln 1982.

ratur und Kunst in der DDR stets eine besondere Qualität hatten und insofern als „politische Institution“ fungierten⁴³). Insbesondere die Literatur war in der DDR in einen umfassenden Kontroll- und Lenkungsapparat eingespannt, da die SED ihr stets wesentliche politische Aufgaben zugeordnet hatte. Andererseits entwickelte sich Literatur mangels anderer Artikulationsmöglichkeiten zugleich auch immer wieder zum Medium kritischer und abweichender Tendenzen. Dieses Muster blieb prinzipiell in allen Phasen der DDR-Geschichte bis 1989 gleich, aber im „Kulturkampf“ Mitte der sechziger Jahre trat es besonders deutlich hervor. Vor allem kamen hier die spezifischen Bedrohungsängste der SED gegenüber der Bundesrepublik wieder krass zum Vorschein.

Das 11. ZK-Plenum vom Dezember 1965 inszenierte ein großes Scherbengericht über die unlieb-samen Schriftsteller und Künstler der DDR. Zuvor hatte es bereits eine Kampagne gegen „bürgerliche Relikte“ gegeben, deren Opfer Peter Huchel als Herausgeber von „Sinn und Form“ war. Er verabschiedete sich 1962 mit der letzten von ihm selbst redigierten Nummer, die unter anderem Brechts „Rede über die Widerstandskraft der Vernunft“ enthielt. Im Zentrum des Konflikts von 1965 stand aber nicht der bürgerliche Huchel, sondern der unorthodoxe Kommunist Wolf Biermann. Seine Lieder bedeuteten in den Augen der Parteiführung Verrat an sozialistischen Grundpositionen, weil sie „Unmoral und Skeptizismus“ verbreiteten. Erich Honecker als Berichterstatter des ZK-Plenums setzte mit biedermännischer Geste seine sozialistische Variante viktorianischer Moral dagegen: „Die DDR ist ein sauberer Staat. In ihr gibt es unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte.“⁴⁴)

Die Attacken richteten sich einerseits gegen Einflüsse „westlicher Dekadenz“ in der Literatur jüngerer Schriftsteller und in der Beatmusik⁴⁵), andererseits gegen die darin enthaltenen Abweichungen vom Pfad der Tugend des „sozialistischen Realismus“. In gradueller Abstufung wurden die Schriftsteller Stefan Heym, Stephan Hermlin (der Mentor Biermanns), Peter Hacks, Heiner Müller, die Filmregisseure Frank Beyer und Kurt Maetzig und viele andere einer scharfen politischen Kritik unterzogen. Maetzigs Filmtitel „Das Kaninchen bin ich“ – künstlerisch keineswegs eine Spitzenleistung –

avancierte zum Symbol der verbotenen Filme: der „Kaninchenfilme“. Frank Beyers temperamentvoll-kritischer Film „Spur der Steine“ mit Manfred Krug in der Hauptrolle wurde nach geplanten FDJ-Störaktionen wieder abgesetzt; Frank Vogels „Denk bloß nicht, ich heule“ ebenso. Fast die gesamte Jahresproduktion der DEFA verschwand in den Schränken der Zensur⁴⁶). Es waren realistische und gesellschaftskritische, aber keineswegs oppositionelle Filme. „Die DEFA konnte sich von diesem Schlag nie erholen“, stellte rückschauend ein Filmmacher fest, „zerstörte Kontinuität, verlorene Energien, Entmutigung und Verwirrung, auch Abbau künstlerischer Maßstäbe und Kreativität waren die Folge“⁴⁷).

Unter einigen der Kritisierten – besonders bei Biermann und Stefan Heym – gab es deutlich radikalere Formen indirekter Stalinismuskritik, zugleich verbunden mit Vorstellungen eines „dritten Weges“. So vage diese auch sein mochten, sie entwickelten in der DDR stets eine besondere Brisanz, weil sie aus der Sicht der „strategischen Clique“ immer ein Stück Annäherung an die Bundesrepublik bedeuteten und damit die Abgrenzung als Staatsraison der SED-DDR in Frage stellten. So wurde Stefan Heyms Rede auf dem Internationalen Schriftstellerkongreß in Berlin vom Dezember 1964 in der DDR nicht publiziert, sondern erschien unter dem Titel „Stalin verläßt den Raum“ 1965 in der ZEIT in Hamburg⁴⁸). Ebenso konnte Wolf Biermanns erste Liedersammlung „Die Drahtarfe“ 1965 nur in West-Berlin publiziert werden⁴⁹).

Schon für die Konfliktkonstellation von 1965 ist nun aber charakteristisch, daß der Parteiführung eine konsequente Gleichschaltung und Kontrolle der Dissidenten nicht mehr voll gelang. Dazu trug ohne Zweifel der Reform- und Modernisierungsdruck bei, dem sich die Führung vor allem mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) selbst ausgesetzt hatte. Die wesentlichen Elemente dieser Wirtschaftsreform (wie Dezentralisierung und stärkere Eigenverantwortung der Betriebe) deckten sich mit Konzepten, die 1956/57 Wirtschaftswissenschaftler wie Fritz Behrens, Arne Benary und Gunther Kohlmey vorgeschlagen hatten, von der SED aber damals verdammt worden waren⁵⁰). Auch Ansätze einer offiziellen, wenngleich esoterischen Demokratiediskussion wie bei Uwe Jens Heuer fehlten 1965

⁴³) Vgl. Werner Rossade, Literatur als politische Institution, in: Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern, hrsg. von Ralf Rytlewski, PVS-Sonderheft, 20 (1989), S. 246 ff.

⁴⁴) Text des Berichts von Erich Honecker auf dem 11. Plenum in: Elimar Schubbe (Hrsg.), Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der DDR, Band 1, Stuttgart 1972, S. 1076 ff.

⁴⁵) Vgl. M. Rauhut, Der Tag, an dem die Illusionen starben. Hintergründe einer Demonstration Leipziger Beatanhänger am 31. Oktober 1965, in: „Freitag“ vom 23. November 1990.

⁴⁶) Vgl. M. Jäger (Anm. 42), S. 120 ff. Vgl. jetzt als Bericht eines Filmmachers: Klaus Wischnewski, Verbotene Filme. Aufbruch und Absturz: der DEFA-Spielfilm zwischen 1961 und 1966, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, hrsg. v. J. Cerny, Leipzig 1990, S. 228–245. Die Filme waren im Winter und Frühjahr 1989/90 mehrfach in den Kinos der DDR zu sehen.

⁴⁷) Ebd., S. 244.

⁴⁸) Die Zeit vom 5. Februar 1965.

⁴⁹) Wolf Biermann, Die Drahtarfe, Berlin (W) 1965.

⁵⁰) Vgl. M. Jänicke (Anm. 26), S. 104 ff.

nicht⁵¹). Ein verändertes innenpolitisches Klima schränkte die Instrumentarien der Repression ein. So erschienen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Reihe belletristischer Publikationen, die nach dem Scherbengericht von 1965 eigentlich nicht hätten erscheinen dürfen, z. B. Jurek Beckers „Jakob, der Lügner“ und insbesondere Christa Wolfs „Nachdenken über Christa T.“. In diesem Beispiel von „reflexiver Literatur“ und radikalem Subjektivismus, dem Beispiele aus der Lyrik von Volker Braun, Karl Mickel und anderen zur Seite zu stellen wären, war literarische Dissidenz gegenüber den Maximen des „Bitterfelder Weges“ quasi zum Programm erhoben worden⁵²).

Scheinbar literaturästhetische Debatten erhielten so eine unübersehbare politische Dimension, die noch dadurch verschärft wurde, daß einerseits Autoren verboten oder ausgegrenzt wurden, andererseits die gleichen Autoren eben deswegen in der Bundesrepublik auf besondere Resonanz rechnen konnten. In diesem Sinne polemisierte z. B. Dieter Noll vom Schriftstellerverband 1966 im Zusammenhang einer plumpen Invektive gegen Hans Mayer, der in die Bundesrepublik geflüchtet war, gegen den „Fetisch eines verabsolutierten Qualitätsbegriffs“ und beschwor die Gefahr, „dem gesamtdeutschen Reich des ästhetischen Scheins“ zu erliegen⁵³).

V. Die Entstehung der Dissidentengruppen

In der Ära Honecker sollte sich zeigen, daß die Partei gerade den Konflikt mit den Schriftstellern und seit Ende der siebziger Jahre mit neu entstehenden Dissidentengruppen nie mehr voll unter Kontrolle bekam und daß dieser Konflikt ein Element im Prozeß des Niedergangs der SED-Herrschaft wurde. Die neue Lage nach der internationalen Anerkennung der DDR und der Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen trug dazu wesentlich bei und erschwerte es, die alten Methoden der offenen Unterdrückung unvermindert weiter anzuwenden. Honeckers kulturpolitische Liberalisierung der frühen siebziger Jahre schuf eine gewisse Entspannung, ermunterte aber damit indirekt Schriftsteller und Künstler um so mehr, ihren Anspruch auf Autonomie wahrzunehmen und auszubauen. Der harte Konflikt um die Ausbürgerung Biermanns und die relativ breite Solidarisierung mit ihm 1976/77 signalisierten, daß der Bruch zwischen Parteibürokratie und vielen Schriftstellern kaum noch zu kitten war⁵⁴).

Nur am Rande sei erwähnt, daß in diese Phase auch die Auseinandersetzung um Rudolf Bahros Buch „Die Alternative“ und das in der Bundesrepublik im „Spiegel“ veröffentlichte angebliche Manifest oppositioneller SED-Mitglieder fiel, die sich als „Bund demokratischer Kommunisten“ bezeichneten⁵⁵). Mittlerweile spricht alles dafür, daß es sich dabei um eine Fälschung, von welcher Seite auch immer produziert, handelte. Hätte dahinter eine relevante Gruppe gestanden, so hätten die Autoren

sich heute offen dazu bekennen können und müssen, läßt sich doch kaum eine schärfere und schonungslosere Kritik des SED-Regimes der siebziger Jahre denken, als sie in diesem Manifest formuliert wurde⁵⁶).

In die Linie marxistisch motivierter Kritik und Dissidenz gehören auch die kurz- und langfristigen Wirkungen des „Prager Frühlings“ von 1968. Daß dieses Jahr — anders als für Polen — in der DDR-Geschichte keine sichtbare Zäsur darstellt, ist offenkundig. Dennoch hat es möglicherweise innere Erosionserscheinungen verstärkt. In Polen, wo die Bezeichnung „Dissidenten“ sich niemals eingebürgert hat, weil die oppositionellen Gruppen und ihre Normen in sehr engem Zusammenhang mit der Gesellschaft standen, wurde das Jahr 1968 besonders folgenreich, als nach den brutal zusammengeknüppelten Studentendemonstrationen zwei bislang eher getrennte Milieus enger zusammenwuchsen: die revisionistische Intelligenz und die katholische Laienbewegung. Dieser Brückenschlag, für den Adam Michniks Buch „Die Kirche, die Linke — ein Dialog“ (1976) symptomatisch war, prägte die gesellschaftliche Opposition der siebziger und achtziger Jahre⁵⁷).

Formal lassen sich hierzu in der DDR erst für die achtziger Jahre Parallelen ziehen. Dennoch hat das Jahr 1968 auch für viele Intellektuelle in der DDR neue Impulse ausgelöst. Karl Wilhelm Fricke schätzt, daß die Zahl derer, die demonstrativen

⁵¹) Vgl. Uwe Jens Heuer, Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (O) 1965.

⁵²) Vgl. dazu die Hinweise bei Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988, S. 384 ff.

⁵³) Zit. bei M. Jäger (Anm. 42), S. 132 f.

⁵⁴) Zur Biermann-Ausbürgerung vgl. ebd., S. 161 ff.

⁵⁵) Vgl. Der Spiegel, Nr. 1 und 2, 1978.

⁵⁶) Herrmann von Berg, Vorbeugende Unterwerfung. Politik im realen Sozialismus, München 1988, S. 135 f. hat den Text dem „Spiegel“ vermittelt. Der Spiegel hielt auf meine Anfrage an der Echtheit fest (Brief an den Verfasser). Von Berg antwortete nicht. Stefan Heym (Nachruf, München 1988) hält das Ganze für ein Manöver der Stasi.

⁵⁷) Vgl. Helga Hirsch, Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980, München 1985, S. 10, 127 ff.

Protest gegen die Vergewaltigung der Tschechoslowakei gewagt hatten, in die Hunderte ging⁵⁸). Es dominierten die typischen Formen des „kleinen“ Protests: handgeschriebene Flugzettel, Parolen an Häuserwänden, tschechoslowakische Fahnen, Sprechchöre. Für Rudolf Bahro, ehemals stellvertretender Chefredakteur der FDJ-Zeitschrift „Forum“, wurde der Einmarsch in Prag der Anstoß zur Revision seines bisher heilen marxistisch-leninistischen Weltbildes, deren Ergebnis das Buch „Die Alternative“ war⁵⁹). Vor allem aber sorgte Robert Havemann, für den der „Prager Frühling“ ein überzeugendes Modell der Überwindung des Stalinismus darstellte, dafür, daß dieses für die SED traumatische Thema aktuell blieb⁶⁰).

Seit seinen Vorlesungen von 1963/64 über „naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ aus der Partei ausgeschlossen, später auch aus der Liste der Akademiemitglieder gestrichen, prägte Havemann als überzeugter Kommunist und glaubwürdiger Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus einen neuen Stil zivilen Muts und politischer Dissidenz, der in den siebziger Jahren nicht ohne eine gewisse Breitenwirkung blieb. Unter Wahrung strikter formaler Legalität suchte er für seine Thesen und Schriften konsequent die Öffentlichkeit, die ihm zwar nur in der Bundesrepublik zur Verfügung stand, aber indirekt über die Medien in die DDR zurückwirkte. So wurde Ende der siebziger Jahre der „Sokrates von Grünheide“⁶¹), wie man ihn genannt hat, nicht nur individuell für viele zur Verkörperung einer sozialistischen Alternative, sondern vor allem seine Methode machte Schule: sich offen und mit persönlichem Risiko zur Herausforderung der SED und zum „Leben in Wahrheit“ zu bekennen. Viele Wehrdienstverweigerer-, Bürgerrechts-, Friedens- und Ökologiegruppen taten dies seit Ende der siebziger Jahre⁶²).

Eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit und Wirksamkeit einer solchen Herausforderung bildete die veränderte gesellschaftliche Funktion der evangelischen Kirche. Sie wuchs seit Honeckers

⁵⁸) Vgl. K. W. Fricke (Anm. 8), S. 148 f.

⁵⁹) Rudolf Bahro, *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977. Vgl. dazu Hermann Weber, *Der Dritte Weg*. Bahro in der Tradition der antistalinistischen Opposition, in: *Deutschlandarchiv*, (1978), S. 921 ff.

⁶⁰) Zu Robert Havemann vgl. K. W. Fricke (Anm. 8), S. 176 ff.; Dieter Knöttsch, *Innerkommunistische Opposition*. Das Beispiel Robert Havemann, Opladen 1968; Rüdiger Rosenthal (Hrsg.), *Robert Havemann. Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten*, Reinbek 1990.

⁶¹) Zit. bei K. W. Fricke (Anm. 8), S. 178.

⁶²) Vgl. die Dokumentation von Peter Wensierski/Wolfgang Büscher (Hrsg.), *Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982*, Hattingen 1982; Klaus Ehring/Martin Dallwitz (Hrsg.), *Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR*, Reinbek 1982.

historischem Gespräch mit Bischof Schönherr 1978 auf der Basis eines wechselseitigen Arrangements in eine neue politische Rolle hinein⁶³). Sie thematisierte zunächst in sehr vorsichtiger Form, später immer nachdrücklicher die Fragen einer neuen Generation in der DDR, die an die alten Antworten der SED, sofern diese überhaupt Antworten gegeben hatte, nicht mehr glaubte, der das Aufbaupathos der Ulbricht-Ära nicht mehr zu vermitteln war und die im Zuge intensiver deutsch-deutscher Kommunikation andere Lebensentwürfe als frühere Generationen in der DDR entwickelte. Lutz Niethammers lebensgeschichtliche Interviews in der DDR haben diesen generationspezifischen Erklärungsansatz bekräftigt⁶⁴).

Auf die zahlreichen Gruppen ist hier im einzelnen nicht einzugehen. Auch die Rock-Szene als jugendliche Massenkultur mit Ansätzen einer Subkultur wäre dazuzurechnen⁶⁵), die anders als zu Ulbrichts Zeiten nicht mehr massiv eingeschränkt werden konnte, obwohl sie politisch nicht ohne Brisanz war. Überall in der DDR entstanden seit Ende der siebziger Jahre die genannten Gruppen unter schwierigen Bedingungen, oft ohne Kontakt miteinander, personell und programmatisch häufig nur in Umrissen im Westen bekannt⁶⁶). Als eindeutig erscheint jedoch, daß es überwiegend junge Leute waren, die hier mitmachten, und daß zu ihren Initiatoren und Mentoren viele Künstler, Pfarrer und Intellektuelle gehörten.

Die Gruppen in der DDR der achtziger Jahre besaßen nie das organisatorische und programmatische Profil der polnischen Opposition. Sie waren insofern echte Dissidenten, als sie nur auf eine begrenzte Unterstützung durch die Gesellschaft rechnen konnten. Ihr Kennzeichen war überdies die Ausrichtung auf einzelne Schwerpunktthemen, nicht auf grundsätzliche politische Opposition⁶⁷). Darin werden wesentliche Unterschiede zu den kirchlichen und kommunistischen Oppositionellen der fünfziger Jahre deutlich. Auch die evangelische Kirche hat nicht annähernd die gleiche gesellschaftliche und politische Bedeutung gehabt wie die katholische in Polen. Gleichwohl ließe sich insofern eine Parallele ziehen, als auch die Kirche als einzige autonome Organisation das Dach für die Annähe-

⁶³) Vgl. H. Dähn (Anm. 23), S. 193 ff.

⁶⁴) Vgl. Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel*. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: *Bios*, (1988) 1, S. 19–66.

⁶⁵) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung von Olaf Leitner, *Rockszenen DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus*, Reinbek 1983.

⁶⁶) Vgl. Hubertus Knabe, *Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1–2/90, S. 21–32; Erhart Neubert, *Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Ausgewählte Aspekte einer Bewegung*, in: *Die DDR im 40. Jahr*, Köln 1989, S. 38–57.

⁶⁷) Vgl. H. Knabe, ebd., S. 23.

rung zweier unterschiedlicher Milieus bot und damit zur Transformation von Dissidenz in politische Opposition wesentlich beitrug. Freya Kliers Tagebuch „Abreißkalender“ gibt – ähnlich wie Zwerenz für 1956 – einen sehr plastischen Einblick in die Spezifika dieses Dissidentenmilieus⁶⁸⁾.

Der Weg von dieser verbreiteten, wenn auch marginalisierten Dissidenz – die Ostberliner Historikerin Ulrike Poppe nennt 325 Gruppen für 1988⁶⁹⁾ – zur Revolution im Herbst 1989 war weder geradlinig noch zwingend. Vor allem gehören zu den Bedingungen eine Reihe wichtiger Faktoren, auf die hier nicht eingegangen wurde, weil sie allgemein bekannt sind: die tiefgreifende Veränderung des internationalen Umfeldes durch Gorbatschows Perestrojka, die vorangegangenen Reformprozesse in Polen und Ungarn, die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze mit der einsetzenden Massenflucht und nicht zuletzt die völlig bornierte und im Sinne der eigenen Herrschaftssicherung geradezu selbstmörderische Strategie der SED und ihres Polizeiapparats. Aber das Dissidentenmilieu, das sich im wesentlichen aus Intellektu-

⁶⁸⁾ Freya Klier, *Abreißkalender*. Ein deutsch-deutsches Tagebuch, München 1989.

⁶⁹⁾ Vgl. H. Knabe (Anm. 66), S. 22, Anm. 4. Ein zusammenfassender Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit dazu vom 1. Juni 1989 in: „Ich liebe euch doch alle“: Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989, hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin 1990, S. 46 ff. In diesem Bericht, der den charakteristischen Titel trägt „Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“, werden ca. 160 Gruppierungen genannt.

ellen rekrutierte, war eine wichtige zusätzliche Voraussetzung, die den Stein ins Rollen brachte.

Der historische Längsschnitt zeigt das spezifische Profil und die Formveränderung von Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. In der SED gab es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zwar große Unzufriedenheit und innere Empörung – so insbesondere nach dem Verbot des „Sputnik“ 1988⁷⁰⁾ –, aber keine manifeste Opposition. Diese hätte – anders als 1953 und 1956 – nun optimale Chancen gehabt, da das osteuropäische Umfeld völlig verändert war. Auf der anderen Seite hatten als politisches Gegenstück zur Ausreisewelle oppositionelle Bewegungen in „personellen Zusammenschlüssen“ (so die Stasi-Bezeichnung) erstmals so breite Formen angenommen, daß der „führende Partei“ und ihrem Sicherheitsapparat die Kontrolle und Unterdrückung nicht mehr gelangen – es sei denn durch eine „chinesische Lösung“.

Die programmatischen Vorstellungen der Initiatoren der Revolution vom Herbst 1989 waren uneinheitlich. Die Reformkonzepte erscheinen aus heutiger Sicht illusionär, weil in ihnen kaum das Problem der nationalen Einheit, sondern eher der „dritte Weg“ als tiefgreifende Reform der DDR thematisiert wurde. Gerade in dieser Akzentuierung gehören sie aber auch in die von Kontinuitäten und Brüchen geprägte lange Geschichte von Opposition und Dissidenz in der ehemaligen DDR.

⁷⁰⁾ Vgl. zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die SED: *Der Spiegel*, Nr. 48, 1988, S. 26 f.

Dietrich Staritz: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 3–16

Daß die SED-Führung seit den Weichenstellungen für die Gründung der Bundesrepublik Mitte 1948 nach Möglichkeiten suchte, den in der SBZ entstandenen politischen und wirtschaftlichen Strukturen eine staatliche Form zu geben, war seit langem bekannt. Häufig erwähnt und zum Teil belegt wurde ebenfalls, daß die Integration dieses Staates in das sich formierende östliche Bündnisssystem im Kalkül der SED eine zentrale Rolle spielte. Andererseits ermittelte die zeitgeschichtliche DDR-Forschung in Westdeutschland schon vor Jahren eine Reihe von Indizien, die dafür sprachen, daß der SED-Wunsch nach einer so angelegten Staatsgründung in der Sowjetunion bis zum Spätsommer 1949 auf Skepsis stieß und die Ausrufung der ostdeutschen Republik immer wieder abgelehnt wurde. Es wurde angenommen, daß Stalin lange Zeit meinte, das Auseinanderdriften der Besatzungsgebiete in Deutschland sei mit Hilfe einer von der SBZ ausgehenden breiten nationalen Bewegung zu verhindern, die Westintegration der anderen Besatzungszonen zu stoppen und vielleicht doch zu erreichen, daß sich ganz Deutschland zu einer sowjetfreundlichen, womöglich volksdemokratischen Republik entwickle.

Seit der Öffnung der DDR-Archive besteht nun die Möglichkeit, Fragen wie diesen wenigstens anhand der ostdeutschen Quellen nachzugehen. Eine erste Durchsicht der für diese Thematik relevanten Teile des Pieck-Nachlasses im Zentralen Parteiarchiv der ehemaligen SED bestätigte grundsätzlich die Richtigkeit der erwähnten Deutungsmuster. Sie förderte darüber hinaus Materialien zutage, die gute Einblicke in die Formen der Kooperation der damaligen SED-Spitze mit der Sowjetunion gestatten. Zu ihnen gehören die hier erstmals veröffentlichten Dokumente über die Planungen der SED und das sowjetischen Plazet für die Gründung der DDR.

Jochen Laufer: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 17–30

Auf der Grundlage unveröffentlichter Quellen und Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), von denen zwei hier zum ersten Mal veröffentlicht werden, wird die Vorbereitung und Durchführung der ersten Wahlen in der DDR untersucht. Dabei kann eindeutig nachgewiesen werden, daß bereits bei diesen ersten Wahlen eine äußerst intensive Wahlfälschung vorgenommen wurde. Diese kann nicht nur als formeller Akt der Fälschung der Ergebnisse verstanden werden — die auch aufgezeigt wird —, sondern muß in dem hier dargestellten Kontext der Repressionsmaßnahmen (Wahlterror), der Druckausübung auf die Wähler durch Regierung, staatliche Stellen und Einrichtungen (Wahlbeeinflussung) gesehen werden. Die Untersuchung verdeutlicht die in der Arbeitsweise des MfS gegebene Kontinuität von den Anfängen der DDR bis zu ihrem Untergang und zeigt, daß die Wahlfälschung ein wesentliches Element im Prozeß der Errichtung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft war.

Armin Mitter: Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 31–41

Die Mitte Juni 1953 beginnende Protest- und Streikbewegung in der DDR wurde zum Symbol des Widerstandes gegen das SED-Herrschaftssystem. Trotz des massiven Vorgehens des Unterdrückungsapparates zu deren Niederschlagung kam es auch danach noch zu umfangreichen Aktionen weiter Teile der Bevölkerung im Juni/Juli 1953. Sie zeigten die Tiefe und Breite des Protestpotentials. Auch nach dem 17. Juni trugen die Arbeiter den Widerstand. Darüber hinaus wurde aber gerade in dieser Zeit die Unzufriedenheit auch anderer sozialer Schichten mit den politischen Zuständen nachhaltig sichtbar. Die SED besaß keinen Rückhalt in der breiten Bevölkerung; um gleichwohl ihre absolute Herrschaft aufrechtzuerhalten, baute sie den Repressionsapparat, insbesondere die Staatssicherheit, massiv aus.

Stefan Wolle: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 42–51

Die Auswirkungen der im Februar 1956 durch die sowjetische Führung eingeleiteten Politik der Entstalinisierung betrafen auch die DDR. Im Unterschied zu Polen und Ungarn kam es zwar zu keinen vergleichbar schweren Erschütterungen des politischen Systems. Dennoch wäre es falsch, davon zu sprechen, daß die Bevölkerung der DDR im Herbst 1956 politisch inaktiv und gleichgültig geblieben sei. Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die bisher der Forschung gänzlich unzugänglich waren, zeigen für den Sommer und Herbst 1956 ein deutliches Ansteigen der Unzufriedenheit breiter Kreise der Bevölkerung. Es ging dabei vor allem um gravierende Versorgungsmängel; es ging aber auch um Forderungen nach einer Demokratisierung des Systems.

Die Unterlagen des MfS belegen, daß sich die Diskussionen um die Diktatur Stalins und die entsprechende Linie der Partei, die durch den XX. Parteitag der KPdSU ausgelöst worden waren, nicht – wie bisher weitgehend angenommen – auf die intellektuellen Schichten der Bevölkerung beschränkten. Im Sommer und Herbst 1956 kam es zu einem deutlichen Ansteigen von kleineren, spontanen Streiks in verschiedenen Teilen der DDR. Seit Anfang Oktober griffen diese Streiks auf große Industriebetriebe über, so daß sich die SED-Führung gezwungen sah, zu deutlichen Einschüchterungsmaßnahmen zu greifen. Die Akten des MfS zeigen, daß der Unwille und die Streikbereitschaft unter den Arbeitern weit größer waren, als dies bisher bekannt ist.

Christoph Kleßmann: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, S. 52–62

Zur Geschichte der fast 45jährigen Herrschaft der SED gehört auch die Geschichte der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die aus unterschiedlichen Motiven, mit divergierenden Zielsetzungen und in verschiedenartigen Formen dagegen opponierten. Das Erscheinungsbild dieser Opposition und Dissidenz war in allen Phasen der DDR-Geschichte von der „Deutschen Frage“ als Problem der geteilten Nation und des „Sozialismus in einem halben Lande“ geprägt und besaß daher ein spezifisch anderes Profil als etwa in Polen oder der Tschechoslowakei.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 waren es vor allem Intellektuelle, die mit der „führenden Partei“ auf unterschiedlichen Feldern in Konflikt gerieten. Sie waren und blieben stets eine kleine Minderheit gegenüber denen, die sich arrangierten oder aktiv mitmachten. Ihre politischen Vorstellungen orientierten sich in abgestuften Varianten durchgängig an einem eigenständigen Weg eines reformierten Sozialismus in der DDR, bis die von ihnen 1989 ausgelöste Dynamik sie selber überrollte.